

Es begann in Hamburg

Inhalt

	1	Grußwort von Dr. Prof. Klaus-Jürgen Tillmann
	2	Vorwort von Anna Ammonn
Strategie	4	Zur aktuellen Entwicklung und Situation der Stadtteilschule in Hamburg
Rückblicke und Einblicke	7	Entwicklung der Schulen des gemeinsamen Lernens 1968–2019
	12	Alter Teichweg – Gesamtschule der 1. Generation
	15	Grundschulen im Gesamtschulbereich
	17	Max Brauer Schule – Gesamtschule der 2. Generation
	21	Gesamtschule Walddörfer – Gesamtschule der 3. Generation
	22	Ein Gesamtschul-Kollegium im Fortbildungsrausch
	23	Frontalangriff auf die Gesamtschulen
	25	Einführung der Stadtteilschule
	26	Stadtteilschule Lurup
	29	Gründungsjahre der Schulen des gemeinsamen Lernens in Hamburg
Positionierungen	31	Leitbild Stadtteilschule in Hamburg
	32	Positionspapier der Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen
	34	Unverzichtbar – die AG Perspektive
	35	Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter der Stadtteilschulen
Aktionen und Kampagnen	37	Gesamtschultage
	38	Gesamtschule – Gut für alle
	39	Hamburger Schulbesuchstage
	40	zusammen leben zusammen lernen
	41	Im Gespräch mit Ilse Willoughby
Elternengagement	43	ARGE – Die Arbeitsgemeinschaft der Elternräte an Gesamtschulen
	44	Von der ARGE zur GEST
	45	Total loyal
Konzepte und Impulse	47	Lernen in Zusammenhängen – über die Fächer hinaus
	48	Wahlmöglichkeiten: Schwerpunkte setzen können
	50	Profilklassen
	52	Projektarbeit
	54	Von der Differenzierung zur Individualisierung
	56	Vier gewinnt: Von Allein zu Gemeinsam, so fing es an
	58	Wilde Zeiten
Umfassender Bildungsauftrag	61	Ganztage
	63	Beratungsdienste an Gesamtschulen
	65	Von der Integration zur Inklusion
	68	Schlußwort
	69	Impressum

Grußwort

1969 habe ich – damals als junger Lehrerstudent – erstmals eine Gesamtschule betreten: Die Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst, damals eine Großbaustelle mitten in einer Trabantensiedlung. Das war eine Situation, wie wir sie in den Jahren 1968 und 1969 in vielen Bundesländern vorfanden, als die ersten integrierten Gesamtschulen als Versuchsschulen eröffnet wurden. Das Ganze wurde getragen von einer breiten politischen Bewegung für mehr Chancengleichheit und gestützt vom Deutschen Bildungsrat, der 1969 seine „Empfehlung zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“ veröffentlichte. Wir blicken also auf eine 50-jährige Geschichte zurück, in der viele Menschen sich mit hohem Engagement für den Abbau von Bildungsungleichheit in einer demokratischen Schule eingesetzt haben. Dabei hat es viele Auseinandersetzungen, viele Erfolge, aber immer wieder auch Misserfolge gegeben. Und die Veteranen dieser Bewegung, zu denen auch der Autor dieses Grußwortes gehört, sind bei all diesen Höhen und Tiefen dabei gewesen. Angetreten sind wir für die Idee, das gegliederte und sozial selektive Schulsystem abzulösen – und zwar durch eine Gesamtschule: Eine Schule für alle auch jenseits der Grundschule, das war (und das ist) das Ziel. Diese Idee wurde nicht erst in den 1960er Jahren geboren, sondern nur wiederbelebt. Schon Wilhelm von Humboldt hat dies Anfang des 19. Jahrhunderts in seinen Litauischen Schulplänen konzipiert, und die Arbeiterbewegung im Kaiserreich hat sich entschieden dafür ausgesprochen, das gegliederte Schulsystem der Klassengesellschaft zu überwinden. In den 1960er Jahren wurde diese Idee wieder aufgenommen und gewann – auch durch unser Engagement – eine große politische Kraft. Allerdings war auch der frühe Gründungsschwung der 1970er Jahre bereits begleitet von erheblichen politischen Widerständen der konservativen Seite,

die das gegliederte Schulsystem, insbesondere das Gymnasium, massiv verteidigten. In dieser – mal schärferen, mal schwächeren – politischen Kontroverse entwickelte sich in den nächsten Jahrzehnten die Gesamtschule. Dabei zeichneten sich die zentralen Entwicklungsschritte in Hamburg besonders gut ab.

Von der Versuchsschule 1968 über die Regelschule 1979 wurde der Gesamtschulbau gesteuert durch den Elternwillen. Ab 1979 waren die Gesamtschulen – nicht nur in Hamburg – Teil eines viergliedrigen Konkurrenzsystems. Zur Umstellung auf die Zweigliedrigkeit (Gymnasien und Stadtteilschulen) kam es dann 2010. Alle Gesamtschulen blieben zwar bei ihrem integrativen pädagogischen Konzept, firmierten aber ab jetzt (wie die ehemaligen H/R-Schulen und die Aufbaugymnasien) als Stadtteilschulen. Anders formuliert: Die Gesamtschulidee lebt in Hamburg in der Stadtteilschule weiter. Dabei müssen die Stadtteilschulen so weiterentwickelt werden, dass gemeinsames Lernen in sozial gemischten Gruppen, dass gezielte Unterstützungen unterschiedlicher Begabungen, dass die Reduzierung von Chancenungleichheit zur alltäglich gelebten Praxis in allen Schulen wird.

So gesehen besuchen in Hamburg jetzt mehr als 50% der Heranwachsenden eine Gesamtschule, die Teil eines zweigliedrigen Systems ist. Das Ziel der Gesamtschulbewegung war nie diese Zweigliedrigkeit, sondern die eine Schule für alle. Das werden wir (vielleicht erst in einer fernerer Zukunft) aber nur dann erreichen, wenn uns jetzt in der Stadtteilschule eine überzeugende pädagogische Arbeit gelingt. Dafür wünsche ich allen Hamburger Gesamtschulaktivisten/innen viel Kreativität, Schwung und Freude – und vor allem einen langen Atem.



Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der GGG!

Vor 50 Jahren, am 24.01.1969, begann in Hamburg die Geschichte der GGG. Fast gleichzeitig wurden bundesweit die ersten Gesamtschulen geschaffen, in Hamburg bereits im Jahr zuvor als erste die Gesamtschule Alter Teichweg.

Das Zusammentreffen dieser beiden Gründungsjahre von GGG und Gesamtschulen ist kein Zufall, denn die GGG wurde auf Empfehlung des Bildungsrates gegründet, um die Gesamtschulentwicklung inhaltlich und organisatorisch zu begleiten und die öffentliche Diskussion zu befördern.

Diese „Patenschaft“ des deutschen Bildungsrates fand ihren Niederschlag auch in der Satzung der GGG, die damals als Ziel festlegte, die Errichtung neuer und die Zusammenarbeit bestehender Gesamtschulen voranzubringen.

In den Folgejahren wurden in Hamburg weitere Gesamtschulen aufgebaut, begleitet von einer intensiven Fachdiskussion zu Fragen des gemeinsamen Lernens.

Diese Gründungsjahre waren in der GGG geprägt von Aufbruchsstimmung und Optimismus.

Allerdings: Trotz der wissenschaftlich nachweisbaren Erfolgsbilanz der Gesamtschule haben die Gegner des gemeinsamen Lernens an Boden gewonnen. Heute sind wir von unserem Ziel, einer durchgängigen Schulorganisation nach dem Prinzip „Eine Schule für alle“, weit entfernt.

In Hamburg gab es insbesondere vor etwa einem Jahrzehnt drei Markierungspunkte für diese Entwicklung:

- Das gescheiterte Volksbegehren „Eine Schule für alle“ im Jahr 2008.
- 2010 die Umstellung auf ein Zweisäulenmodell, in das sich auch die Gesamtschulen einordnen mussten. Sie wurden zu Stadtteilschulen.
- Im gleichen Jahr die politische Niederlage des Senats, damals Schwarz-Grün, mit seinem Vorhaben „Sechsjährige Grundschule“.

In die Anlaufphase der Stadtteilschulen fiel eine neue Aufgabe: Die Meisterung des sich aus dem neuen §12 des Schulgesetzes ergebenden Auftrags der Inklusion.

Mit dieser Entwicklung hat sich auch das Aufgabenfeld der GGG in Hamburg grundsätzlich geändert: Ihr generelles Ziel bleibt zwar die Verbreiterung und Durchsetzung der Idee vom gemeinsamen schulischen Lernen in einer Schule für alle, sie muss dieses Ziel aber verfolgen in einer Schullandschaft, die durch die Parallelität und Konkurrenz von Stadtteilschule und Gymnasium geprägt ist.



Was bedeutet das für unsere konkrete Arbeit? Wir stellen uns auf der einen Seite der Aufgabe, die Qualität der Stadtteilschulen auch unter schwierigen Bedingungen hoch zu halten und die dort geleistete Arbeit für solidarisches gemeinsames Lernen zur Geltung zu bringen. Ein Großteil der Beiträge dieses Heftes ist diesem Ziel gewidmet. Wir unterstützen auf allen Ebenen die großartige Arbeit der Stadtteilschulen und ihre erfolgreichen Aktivitäten zur Steigerung ihres Ansehens, was ja in den letzten Jahren auch Erfolg zeitigte – in diesem Jubiläumsjahr haben die Stadtteilschulen erstmals annähernd gleiche Anmeldezahlen wie die Gymnasien.

Die Debatte, ob die Einführung des Zweisäulenmodells einen Schritt hin zu mehr gemeinsamem Lernen bedeutet oder das Gegenteil, die Verstärkung von Segregation, beinhaltet, wird indessen öffentlich und auch intern geführt. Dazu gibt es – auch in unseren Reihen – unterschiedliche Einschätzungen.

Auf der gesellschaftlich/politischen Ebene haben wir uns vor zwei Jahren entschlossen, noch einen neuen Weg zu gehen, um die Diskussion um die Vorteile des gemeinsamen Lernens wieder stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und zu forcieren:

Wir haben die Initiative *zusammen leben zusammen lernen* auf den Weg gebracht und sind damit auf einem guten Weg.

Die Frage der Schulstruktur stellen wir dort zurück. Denn wir haben aus Erfahrung gelernt: Schulstrukturelle Änderungen, auch wenn sie im Namen von Inklusion und Bildungsgerechtigkeit initiiert werden, sind allein auf politisch-administrativem Weg nicht durchsetzbar, sondern gründen sich auf pädagogische und sozialpolitische Überzeugungsarbeit. Dieser Herausforderung werden wir uns weiter aktiv stellen.

50 Jahre GGG, dies sei an dieser Stelle abschließend vermerkt, haben für viele, ja fast alle von uns auch eine starke biographische Note. Bei mir zum Beispiel fiel das Gründungsdatum zusammen mit meinem 20. Geburtstag. Das bedeutet für uns, dass wir die nachfolgende Generation für das praktische Engagement in unserer Organisation gewinnen müssen.

Ich wünsche mir, dass die Lektüre dieses Heftes ein Anstoß dazu wird. Den Autor/innen und der Redaktion gilt mein großer Dank.

ANNA AMMONN



Anna Ammonn,
seit 2014
Vorsitzende der
GGG Hamburg,
Verband der
Schulen des
gemeinsamen
Lernens

Zur aktuellen Entwicklung und Situation der Stadtteilschule in Hamburg

Die GGG Hamburg sieht in der aktuellen Situation drei strategische Herausforderungen und Handlungsfelder: Mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen, die Stadtteilschulen strukturell stärken, die Stadtteilschulen bei der Weiterentwicklung planvoll unterstützen. Diese sollen hier skizziert werden.

Mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen

Angesichts der in Deutschland immer noch wachsenden Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft und der in Hamburg sehr ausgeprägten Segregation der Bevölkerung muss es ein zentrales Ziel der Schulentwicklungsplanung sein, diese Segregation in der Stadt zu vermindern. Nur so können wir mehr Bildungsgerechtigkeit in Hamburg erreichen. Zu Bildungsgerechtigkeit gehört, dass Inklusion im breiten Sinne zur Selbstverständlichkeit wird: Jede/r ist besonders und wegen dieser Besonderheit eine Bereicherung für die Gesellschaft.

Ein Schulentwicklungsplan für die wachsende Stadt Hamburg muss die Stadtteilschulen stark stellen. Dies erfordert von der Politik einen Plan mit Mut und Weitsicht und der Maxime einer guten Durchmischung der Schüler*innenschaft an Stadtteilschulen. Alle an Schule Beteiligten im Stadtteil/Quartier müssen an den Entscheidungen über Schulplanungen beteiligt werden.

- Sinnvoll ist eine Steuerung über Wohnungsbau und eine gute Durchmischung der Neubau- und Ergänzungsgebiete.
- Den Schülerinnen und Schülern müssen gute Alternativen angeboten werden. Dies kann durch die Errichtung von Langformschulen sowie durch Schulen mit besonderer pädagogischer Ausprägung oder fachlicher Schwerpunktsetzung gesteuert werden.

In der aktuellen Ausprägung verfestigt das Zweisäulensystem die Segregation mehr, als dass es sie, wie intendiert, überwindet. Im Rahmen einer Gesamtstrategie ist es deshalb für eine neue Ausbildungsordnung wichtig, den Bildungsauftrag für Gymnasien so zu erweitern, dass auch sie sich an der gesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion (im breiten Sinne verstanden als Förderung jedes einzelnen Kindes entsprechend seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse) sowie der langfristigen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung beteiligen und diese Kinder und Jugendlichen zum bestmöglichen Abschluss führen.

Die GGG tritt für einen Bildungscampus unterschiedlicher Bildungs- und Kultureinrichtungen ein, die sich unter einer gemeinsamen Zielsetzung um die Erziehung und Bildung der Menschen in ihrem Quartier kümmern und dabei auf die Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen setzen. Zentrum eines solchen Bildungscampus sollte eine Langform-Stadtteilschule sein, eine inklusive Schule für alle Kinder und Jugendliche des Quartiers.

Die Stadtteilschulen strukturell stärken

Die GGG ist der Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens und setzt sich aktiv für die Stärkung der Stadtteilschule ein. Dabei verfolgt sie als langfristige Perspektive die „Eine Schule für Alle“.

Die Beratungspraxis am Ende der 4. Klasse ist dahingehend zu schärfen, dass deutlich wird, dass Schülerinnen und Schüler aller Fähigkeiten und Begabungen an der Stadtteilschule ihre Potenziale entwickeln und erfolgreich lernen können.

Um gebrochene, belastete Schülerbiografien zu vermeiden und an den Stadtteilschulen kontinuierliche Lern- und Entwicklungsprozesse in den Lerngruppen zu ermöglichen, müssen alle Schulen verpflichtet werden, ihre Schülerinnen und Schüler auch so lange zu behalten, bis sie sie zu einem ihnen angemessenen Abschluss geführt haben.

Derzeit wird die Zügigkeit der Stadtteilschulen unter Verweis auf den Elternwillen erhöht. Der Referentenentwurf für den Schulentwicklungsplan 2019 sieht Zügigkeiten an Stadtteilschulen von bis zu acht Zügen vor. Damit wird die bisherige Grenze von sechs Zügen deutlich überschritten und in Kauf genommen, dass die betroffenen Schulen ihre Profile und Schulentwicklungsvorhaben wegen der damit verbundenen Größe der Kollegien und Jahrgangsteams nur noch mit großen Schwierigkeiten oder auch gar nicht mehr verfolgen können. Die GGG fordert deshalb, eine Höchstgrenze von sechs Zügen für Stadtteilschulen im Schulentwicklungsplan festzuschreiben und nur im Ausnahmefall und unter Einbeziehung der betroffenen Stadtteilschule diese Zügigkeit zu überschreiten.

Die Stadtteilschulen planvoll unterstützen

Pädagogische Konzepte können nur aus den Schulen heraus entwickelt werden. Die innere Entwicklung der Stadtteilschulen kann und muss dabei unterstützt, moderiert und gesteuert werden. Hierzu haben die Stadtteilschulen schon sehr früh, im Jahr 2010, ein Leitbild entwickelt, das als Maßstab für die Entwicklung jeder Einzelschule tauglich ist.

Alle Stadtteilschulen sollten als Lerngemeinschaft zusammengefasst werden. Das lernende Netzwerk der Hamburger Stadtteilschulen hätte u.a. folgende Elemente:

- Regelmäßige Beratung zu Vorhaben,
- gemeinsame Fortbildung zur Pädagogik der Heterogenität,
- gemeinsame Lernreisen zu anderen Schulen,
- Hospitationszirkel,
- Übereinkunft zu Zielklärungen in Form von gemeinsamen Zielvereinbarungen.

Um die Stadtteilschulen in der Entwicklung zu stärken, sollen der Einzelschule Ressourcen in nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Diese Ressourcen sollen zur Unterrichts- und Schulentwicklung genutzt werden, über ihre Verwendung soll Rechenschaft abgelegt werden.

Das lernende Netzwerk sollte über eine zentral angesiedelte und hochdotierte Stelle einer/s Grundsatzreferentin/en (ergänzt um weitere Referenten) gesteuert werden, die/der auf große Expertise in inklusiver Schulentwicklung zurückgreifen kann und mit Gestaltungshoheit ausgestattet ist.

Die Stadtteilschulen haben seit Einführung des Arbeitszeitmodells einen erheblichen Mehrbedarf an Fortbildung und Kooperation. Dies ergibt sich aus den vielfältigen Anforderungen und Berufsbildern im Zusammenhang mit der Inklusion, der Einführung des Ganztags und aus der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund. Deshalb ist es notwendig, dass in der Lehrerarbeitszeitverordnung der durchschnittliche Anteil der A- und F-Stunden einer Lehrerstelle deutlich erhöht wird, so dass die Lehrerinnen und Lehrer weniger unterrichten und dafür mehr Zeit für Kooperation, gegenseitige Hospitationen, Fortbildung und die Beteiligung an Schulentwicklungsgruppen haben.

Rückblicke und Einblicke

Entwicklung der Schulen des gemeinsamen Lernens 1968–2019

Die jüngere Geschichte der Schulen des gemeinsamen Lernens in Hamburg lässt sich in vier Phasen beschreiben.

BARBARA RIEKMANN

Schulversuchsphase von
1968 bis 1979

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre folgten viele Bundesländer den Empfehlungen der Bildungskommission zur „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“. In Hamburg wurde schon 1968 – gegen den entschiedenen Widerstand der CDU – die erste Gesamtschule (Alter Teichweg) gegründet. Die Gründungsphase der Gesamtschulen fiel in eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums, in der der Ausschöpfung der Bildungsreserven hohe Bedeutung zugemessen wurde. Es ging aber auch gesellschaftspolitisch und pädagogisch um das Ziel, Chancengerechtigkeit herzustellen.

In Hamburg bildeten acht integrierte und eine kooperative Gesamtschule den Schulversuch (Gesamtschule Alter Teichweg, Kooperative Gesamtschule Heinrich-Hertz, Gesamtschule Horn, Peter-Petersen-Schule, Julius-Leber Schule, Gesamtschule Steilshoop, Otto-Hahn-Schule, Gesamtschule Mümmelmannsberg und die seit 1950

nach einem integrierten pädagogischen Konzept arbeitende Albert-Schweitzer-Schule).

„Die GS-Versuche sind von ihrer Zielsetzung her so umfassend angelegt, dass sich in ihnen alle pädagogischen Fragen, die mit der Erziehung und dem Unterricht von jungen Menschen zwischen dem 10. und dem 18. Lebensjahr zu tun haben, neu stellen und neu beantwortet werden müssen.“ (Jürgen Riekmann, damaliger Grundsatzreferent, später Leiter der Gesamtschulabteilung in der Schulbehörde bis 2000).⁽¹⁾

Die Bildungspläne, die Unterrichtsorganisation, die Studentafel, Fragen des Wahlpflichtbereiches sowie der inneren und äußeren Differenzierung, bis hin zu neuen integrierten Fächern wie Politik oder Arbeitslehre, Benotungsfragen und Abschlussfragen, aber auch Leitungs- und Arbeitsstrukturen sowie die Einrichtung von Beratungsdiensten – alles sollte bedacht sein.

Das Neue nahm zunehmend Gestalt an. Zwei Schulen entstanden auf der grünen Wiese in neu gebauten Großsiedlungen, andere erwachsen Schritt für Schritt aus der Umwandlung ehemaliger Gymnasien oder Haupt- und Realschulen. Heftige Auseinandersetzungen um das Ziel der flächendeckenden Einführung der Gesamtschule als Regelschule bestimmten die Debatten der 70er Jahre. Mit der Schulgesetznovelle zur „Einführung des Elternrechtes auf Wahl der Schulform“ wurde 1977 die weitere Schulentwicklung in die Hände der Eltern gelegt und damit faktisch das Instrument der politischen Steuerung des Schulwesens aufgegeben.

„Ich halte ... den Verzicht des Parlaments, eine Entscheidung für den Ausbau des Gesamtschulsystems

*Konservatives
Sperrfeuer schon
vor dem Start*

HAMBURGER PHILOLOGENVERBAND
2000 Hamburg 72 Farmsener Höhe 17 Tel. 643 10 64

PRESSEKONFERENZ
27.06.67

Die Zerschlagung des Gymnasiums in Hamburg hat begonnen. Sie wird durch zwei einander scheinbar widersprechende Maßnahmen eingeleitet: Die Einführung der Förderstufe in den Klassen 5 und 6 (vorerst als sog. Beobachtungsstufe) als erster Schritt zu einer Gesamtschule sozialistischer Prägung, zugleich mit der Durchführung einschneidender Sparmaßnahmen im Schulwes.

zu treffen und stattdessen den Elternwillen entscheiden zu lassen, auch verfassungsrechtlich für bedenklich. Die Hamburger Regelung hat einen kräftigen Geschmack von Reprivatisierung politischer Entscheidungen und stellt ein – dem Gedanken des Parlamentsvorbehalts widersprechendes – Ermächtigungsgesetz dar ... Es geht ... um politische Grundsatzentscheidungen.“ So die Kritik von Knut Nevermann auf dem Bundeskongress Gesamtschule im Mai 1979.⁽²⁾

Gleichzeitig wurde die Gesamtschule als eine die Schulformen des gegliederten Schulwesens ergänzende, nicht aber eine sie ersetzende Schulform etabliert. Gewissermaßen als Kompromiss wurde in der Präambel des Schulgesetzes festgehalten, dass „die Schule in Richtung auf ein integriertes System fortentwickelt werden“ sollte. An diese Präambel knüpften sich in der Folge Hoffnungen auf Unterstützung einerseits, aber auch Ängste um die Vernachlässigung der Schulen des gegliederten Schulwesens andererseits. Beides trat nicht ein.

Gesamtschulen der 2. und 3. Generation von 1979 bis 2000

Das Schulwahlverhalten der Eltern führte zu einer erheblichen Ausweitung der Gesamtschulen. In zwei Tranchen wurden zwischen 1979 und 2000 je 15 neue Gesamtschulen überwiegend durch Umwandlung bestehender Schulen gegründet – teilweise begleitet von starken und heftigen Protesten.

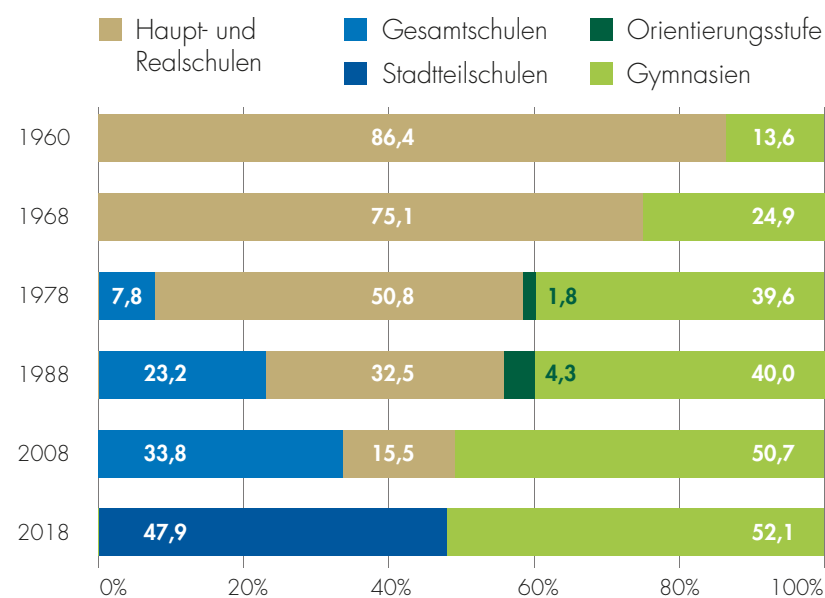
1982 trat die KMK-Vereinbarung über die „gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen“ in Kraft. Die stark an den Vorgaben des gegliederten Schulwesens orientierten Auflagen für die äußere Leistungs differenzierung sollten sich in späteren Jahren als Hemmnis für die innere Entwicklung der Gesamtschulen erweisen. Dennoch sicherte diese Vereinbarung die Abschluss- und Anschlussfähigkeit der Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler in ganz Deutschland ab.

Im Fokus der Kritik der Vertreter des dreigliedrigen Schulsystems stand fortan die vermeintliche Besserausstattung der Gesamtschulen, so dass trotz der besonderen Aufgaben eines integrierten Systems mehrere „Konsolidierungswellen“ zu teilweise erheblichen Kürzungen führten.

Dennoch bauten die 39 Gesamtschulen erfolgreiche und attraktive Systeme auf. Die Anmeldezahlen zeigten sich stabil; die intensive inhaltliche Arbeit an gesamtschulspezifischen Konzepten und Ausprägungen, z.B. im Wahlpflichtbereich, in der Berufsorientierung, in Fragen der inneren und äußeren Differenzierung prägten diese Phase.

Mit der „empirischen Wende“, die von Senatorin Rosemarie Raab in den 90er Jahren eingeleitet wurde, wurde die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen erstmalig auch in Zahlen belegt (zunächst in der Lernausgangslagenuntersuchung – kurz LAU, später auch in einem Gutachten des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung – kurz DIPF).

Verteilung der Schülerinnen und Schüler in Klasse 5 der allgemeinbildenden Schulen



Quellen: Bildungsbericht 1970, Drs. 14/4000, Schulstatistiken der BSB, eigene Berechnungen

Nach PISA – Entwicklung von 2000 bis 2010

Im Zuge der Diskussionen um die PISA-Ergebnisse geriet das gegliederte Schulwesen erneut in die Kritik, aber auch die innerschulischen Strukturen der Gesamtschulen, die in den letzten 25 Jahren ausgeprägt worden waren, mussten infrage gestellt werden. Mit der KESS-Untersuchung (Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern) wurde deutlich, dass die Gesamtschulen ihren Systemvorteil, die Heterogenität, nicht voll auszuschöpfen vermochten. Insofern galt es auch, die durch die KMK auferlegten und zum Teil auch selbst geschaffenen institutionellen Barrieren zu hinterfragen und durch eine noch wirkungsvollere individuelle Förderung jedes Einzelnen zu überwinden.

Ein gemeinsamer Lernprozess von Reformschulen und Gesamtschulen nahm auch in Hamburg an Fahrt auf, so dass von einigen Hamburger Gesamtschulen im Verlaufe der 2000er Jahre wegweisende Entwicklungs- und Reformarbeit geleistet wurde. Diese Arbeit wurde gestützt und begünstigt durch neue Freiräume im Rahmen von Schulversuchen („d.18-selbstverantwortete Schulen“ und „Alles>>Könnner“).

Insgesamt war die Überlebensfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems durch den Elternwillen deutlich infrage gestellt. Umso stärker wurde unter konservativer Regierung der Druck auf die Gesamtschule: Mit einer massiven, kurzfristigen Kürzung im Umfang von 10% im Jahr 2002/03 gelang es der damaligen schwarz-gelben Koalition nicht, die Gesamtschulen kaputtzusparen und das dreigliedrige Schulsystem zu stärken.

Wurden 1998 noch 27% der Fünftklässler an HR-Schulen angemeldet, so waren es 2008 nur noch knapp 16%. Gestiegen waren in diesem Zeitraum die Anteile der Gesamtschulen von 28% auf 34%, am stärksten allerdings die der Gymnasien von 43% auf 51%. Nur noch 10% der Schülerinnen und Schüler besuchten die Hauptschule – mit abnehmender Tendenz. Infolgedessen wurde die Schülerpopulation der Gymnasien immer heterogener, und in

der Hauptschule fanden sich immer mehr Kinder aus sozial belasteten Familien – eine Entwicklung, die sich auch in den Gesamtschulen auswirkte. Angemerkt werden muss an dieser Stelle, dass in dieser Zeit auch drei Gesamtschulen wegen Unterschreitung der Mindestzügigkeit und ungünstiger Standortbedingungen geschlossen wurden.

Die von der Hamburgischen Bürgerschaft eingerichtete Enquetekommission empfahl 2007 ein Zweisäulenmodell, nur die Grün-Alternative-Liste – kurz GAL – wich mit einem Minderheitenvotum hiervon ab und empfahl eine 9-jährige Schule gemeinsamen Lernens („9macht klug“).

2007 scheiterte ein von der GEW und der GGG getragenes Volksbegehren für „Eine Schule für alle“. Als dann auch noch die Primarschulreform, ein Vorhaben der schwarz-grünen Regierung, eine gemeinsame Schule bis einschließlich Jahrgang 6 zu schaffen, in einer Volksabstimmung 2010 scheiterte, fanden die Versuche, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu etablieren, ein vorläufiges Ende.

Für die Hamburger Schulen war das Scheitern der Primarschulreform ein großer Einschnitt, denn räumlich und personell waren bereits alle Schulen auf die 6-jährige Primarschule und das Zweisäulenmodell umgesteuert worden. Nun musste binnen kürzester Zeit zurückgerudert und mussten die inhaltlichen und organisatorischen Rahmensetzungen für die Jahrgänge 5 und 6 der Stadtteilschule neu konzipiert werden.

Zweisäulenmodell von 2010 bis 2019

Die neue Schulform Stadtteilschule stellte zunächst nur eine organisatorische Zusammenfassung von 39 Gesamtschulen, 3 Aufbaugymnasien und 19 Haupt- und Realschulen dar. Sie erhielt folgende Strukturmerkmale:

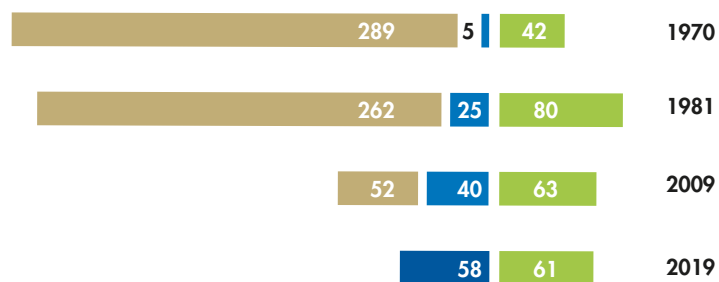
- Möglichkeit des Erwerbs aller Schulabschlüsse, d.h. insbesondere eine eigene Oberstufe für alle Stadtteilschulen (gegebenenfalls durch Kooperationen),
- 13 Jahre bis zum Abitur (statt 12 wie am Gymnasium),



Barbara Riekmann, 25 Jahre Schulleiterin der Max Brauer Schule, seit 2012 Werkstätten und Foren in der Deutschen Schulkademie, Mitglied des Club of Rome, im Vorstand der Hamburger GGG seit 2012

Anzahl weiterführender Schulen in Hamburg

- Haupt- und Realschulen
- Gesamtschulen
- Stadtteilschulen
- Gymnasien



Quellen: Bildungsbericht 1970, Drs. 14/4000, Schulstatistiken der BSB, eigene Berechnungen

- 10 Schuljahre für alle Schülerinnen und Schüler,
- ganztägige Angebotsstruktur,
- niedrigere Frequenzen als am Gymnasium (23 Schüler und Schülerinnen ab Jahrgang 5), allerdings mit einer Progression auf 25 Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 7, um Schulformwechsler aus den Gymnasien aufzunehmen.

Für die Gymnasien, deren Schülerinnen und Schüler nach der 6. und nach der 10. Klasse zur Stadtteilschule wechseln müssen bzw. können, wurde festgelegt, dass sie in den Klassen 7 bis 10 ihre Schülerinnen und Schüler ohne Klassenwiederholungen behalten müssen.

Nach anfänglichen Schwankungen scheinen sich die Anmeldezahlen für die Stadtteilschulen heute stabilisiert zu haben: Im Februar 2019 meldeten 48,8% der Eltern ihre Kinder an der Stadtteilschule, 1,3 % an sechsjährigen Grundschulen und 49,9% am Gymnasium an.⁽³⁾

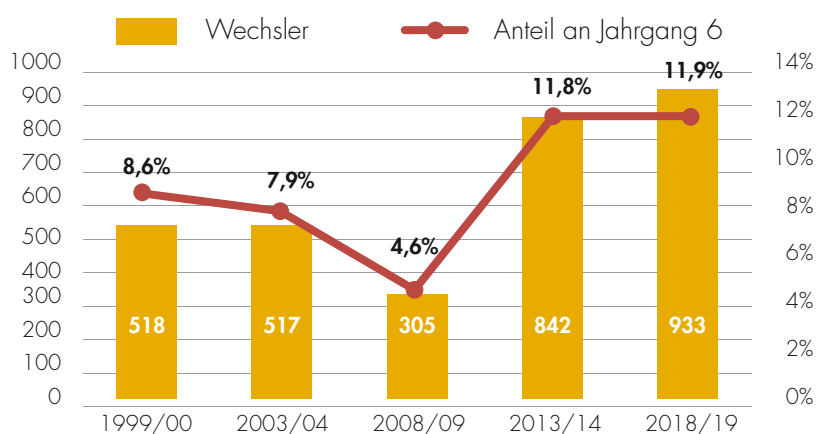
Während andere Bundesländer den Zugang zum Gymnasium begrenzen, hat Hamburg am Elternrecht festgehalten. Die Schülerschaft an den Gymnasien wird zunehmend heterogener, bleibt aber eine nach oben ausgelesene Schülerschaft. Jährlich werden knapp 1.000 Schülerinnen und Schüler vom Gymnasium in die Stadtteilschule abgeschult: ein nachweislich negativer Einschnitt in die Bildungsbiografie jeder betroffenen Schülerin und jedes betroffenen Schülers.

Zeitgleich wurde in Hamburg die UN-Konvention zur Inklusion in Teilen umgesetzt. Die Förderschulen wurden weitestgehend aufgelöst, und die Schülerinnen und Schüler werden seitdem nahezu ausnahmslos in das System Stadtteilschule aufgenommen.

Die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems ließe sich in einem Zweisäulensystem jedoch nur durch eine langfristig angelegte Steuerung anbahnen (z.B. durch Steuerung von Schülerströmen oder durch Verbleib der „Schulformwechsler“ im System Gymnasium). Das jedoch ist politisch derzeit nicht gewollt. Mit der Einführung von ausgewählten Stadtteilschulen als Schwerpunktschulen für die speziellen Förderbedarfe entfernt sich die Stadt sogar von dem Grundgedanken einer inklusiven Schule.

Die Frage der Entwicklung zu einem inklusiven und integrativen Schulwesen ist zudem vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und sozialen Schiefen in der Stadt zu beurteilen. Dem vierten Hamburger Bildungsbericht 2017 ist zu entnehmen, dass beispielsweise auf den Elbinseln und im Hamburger Osten deutlich über 60 % der 6- bis 18-Jährigen einen Migrationshintergrund haben

Wechsel aus Klassenstufe 6 der Gymnasien in eine andere Schulform



Quellen: Schulstatistiken, Drs. 18/3714,20/12066

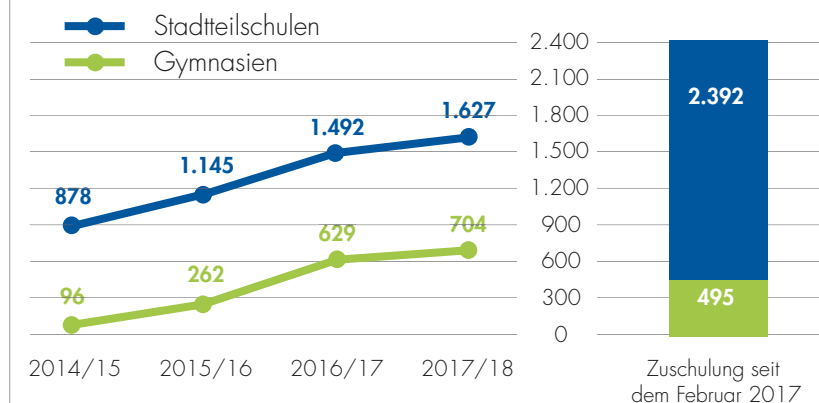
(Durchschnitt 48,9 %). 20,9 % der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren sind auf Sozialleistungen angewiesen – in einigen Stadtteilen sogar 35 % und mehr⁽⁴⁾. Die Disparitäten zwischen den Stadtteilen und zwischen den Schulen sind groß. Dies gilt in besonderer Weise für Stadtteilschulen.

In einer datengestützten Analyse zur Lage der Stadtteilschulen in Hamburg hat das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung Hamburg 2016 repräsentative Klassenzusammensetzungen an Stadtteilschulen aufbereitet und dabei festgestellt, dass die Integrationsleistung der Stadtteilschulen vor dem Hintergrund ihrer Schülerschaft erheblich ist. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung, aber auch Schülerinnen und Schüler mit Profilen im oberen Leistungsbereich prägen das Bild und machen die spezifische, nicht mit dem Gymnasium vergleichbare Heterogenität der Stadtteilschule aus.

„Die Stadtteilschulen“, so das Fazit, „tragen nachweislich zu einer Erhöhung von Chancengerechtigkeit bei, indem sie soziale Durchlässigkeit und Bildungsteilhabe erhöhen.“ So kommen laut Bildungsbericht⁽⁵⁾ gut 3.200 (35%) der Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten des Jahrgangs 2016 aus einer Stadtteilschule, und auch die Quoten von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss verringern sich kontinuierlich. Ganz besonders in sozialen Brennpunkten leisten die Stadtteilschulen Immenses – auch für den sozialen Zusammenhalt der Stadt. Die Stärke der Stadtteilschulen liegt in einer Pädagogik der Vielfalt, die selbstbewusst weiter ausgeprägt und nach vorne getragen werden muss.

Auf ihrer ersten Herbsttagung im Jahr 2010 haben die Schulleiter und Schulleiterinnen ein Leitbild erarbeitet, das die Prinzipien des gemeinsamen Lernens in den Mittelpunkt stellt. Ein bemerkenswerter Vorgang, wenn man bedenkt, dass hier drei Schulformen mit sehr unterschiedlichen „Biografien“ zusammengefügt wurden. Mit einem Positionspapier, das 51 der 58

Schülerinnen und Schüler in IVK und Basisklassen in der Sekundarstufe I



Quellen: IfBQ, Schulstatistiken, Rechnungshofbericht 2019

Schulleiterinnen und Schulleiter der Stadtteilschulen unterschrieben hatten, wurde 2016 dieses Leitbild wieder aufgenommen, und vor dem Hintergrund der sozialen Herausforderungen wurde die Intensivierung der Debatte um mehr Bildungsgerechtigkeit und das bildungspolitische Ziel einer inklusiven Schule für alle Kinder angemahnt. Das Papier fand bundesweit große Aufmerksamkeit und hat zu einer verbesserten Wahrnehmung der Stadtteilschulen geführt, konnte aber im Kern nicht den bildungspolitischen Kurs der Stadt nachhaltig verändern.

Für die zukünftige Debatte fordert die GGG aktuell in ihrem Strategiepapier die „Starkstellung der Stadtteilschulen“. Auch wenn in der Vergangenheit vieles hierfür geschehen ist, so bedarf es gerade vor dem Hintergrund der „wachsenden Stadt“ enormer Anstrengungen, um das Ziel einer bildungsgerechten Stadt zu erreichen.

Ein Zweisäulenmodell war nie das Ziel der Gesamtschulen und der GGG, aber wenn es denn da ist, geht es weiterhin um den Weg zu einer inklusiven Schule für alle Kinder und Jugendlichen der Stadt.

(1) 25 Jahre Gesamtschule in Hamburg. BSB und GGG (LV-HH). Hamburg 1994, S. 5
 (2) zit. n. 25 Jahre Gesamtschule in Hamburg. BSB und GGG (LV-HH). Hamburg 1994, S. 9
 (3) Pressemitteilung der BSB vom 25.02.2019
 (4) (5) Bildungsbericht Hamburg 2017, BSB, S.31 ff, S. 155

Alter Teichweg – Gesamtschule der 1. Generation

MANFRED SCHÄFER

Manfred Schäfer,
Kollege am ATw
und verantwortlich
für die Öffentlichkeitsarbeit

Pädagogische Häutungen

Wie soll etwas beschrieben werden, wenn es keine lebendige Erinnerung mehr daran gibt? Dass die Schule am Alten Teichweg 200 in Hamburg-Dulsberg Hamburgs erste integrierte Gesamtschule war, lässt sich an der immer noch gültigen Internet-Adresse „gs-atw@hamburg.de“ (Gesamtschule Alter Teichweg) erahnen. Ein Gang in den besonders geschützten Strong-Room im so typisch rotgeklinkerten Schumacher-Bau hilft auch etwas weiter, wenn auch der Großteil der früher archivierten Unterlagen in der Zeit zwischen 1995 und 2001 in den Bestand des Hamburger Staatsarchivs übergegangen ist. Aber ein paar Kopien früherer Lehrerkonferenzen, eine Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der 1931 gegründeten Schule lässt sich finden, so mancher Zeitungsartikel.

Klar wird schnell: Eine Schule ist in ihrer Geschichte Häutungen unterworfen, sie ändert sich und ist Teil des Zeitgeists, gelegentlich ein wenig vorweg, manchmal ein wenig hinterher.

Eine der Häutungen kann mit konkretem Datum benannt werden: Am 01.04.1968 wurde aus den benachbarten Volks- und Realschulen mit den Adressen Alter Teichweg 200 und Alter Teichweg 200a die integrierte Gesamtschule Alter Teichweg. Gestartet waren beide Lehranstalten als jeweilige Jungen- und Mädchenschule – in einem Gebäude mit zwei Anschriften. 1957 gab es im Rahmen eines Schulversuchs die Anfänge der Koedukation. Die zeitgleich als Gesamtschule an den Start gehende Heinrich-Hertz-Schule sollte additiv Gymnasium, Volks- und Realschule beheimaten, der Alte Teichweg alle bisherigen Schulformen integrieren.



Es sollte wahrlich ein radikaler Neuanfang sein. Der Individualität jeden Schülers (und jeder Schülerin) sollte Rechnung getragen werden. Der einschränkende Klassenverband wurde aufgelöst,

an seine Stelle trat ein leistungsdifferenzierendes Kurssystem mit Kern-Unterricht. Die Schülerschaft sollte so das entwickeln, was in einer modernen Gesellschaft gebraucht würde: Partnerschaft und soziale Beweglichkeit, so steht es jedenfalls zu lesen in einem Ausriss der Hamburger Morgenpost vom 09.11.1967.

Das neue Angebot wirkte offenkundig reizvoll. 327 Anmeldungen verzeichnete die Schule im ersten Jahr, 187 Schüler und Schülerinnen konnten aufgenommen werden, darunter „63 potentielle Gymnasiasten, 53 potenzielle Realschüler und 71 potenzielle Hauptschüler“ (Festschrift „75 Jahre Schule auf dem Dulsberg“). Als potenzielle Gymnasiasten galten SchülerInnen mit einem Notenschnitt von 2 oder besser im Abschlusszeugnis der vierten Klasse, um jeweils eine Note im Durchschnitt schlechter wurde das Realschul- oder Volksschul-Potenzial eingestuft. Weitergehende Testungen gab es nicht.

Frust gab es in der neuen Schulform auch

Doch schnell machte sich offenkundig Frust unter den Kolleginnen und Kollegen, Eltern und der Schülerschaft breit. Die sozial so beweglichen Kinder kamen mit der neuen Klassen-losen Freiheit nur wenig klar, 1970 stand der Versuch davor beendet zu werden.

Ein Teil des Kollegiums hatte angekündigt, so schnell wie möglich versetzt werden zu wollen, einige bestanden darauf, mit dem vollen

Stunden-Deputat nur noch in der (dreizügigen) angeschlossenen Grundschule unterrichten zu wollen. Ebenso häuften sich offenkundig Aussagen von Eltern, die ihre vor allem leistungsstärkeren Kinder doch lieber auf das Gymnasium geschickt hätten.

Ein Protokoll der Lehrerkonferenz vom 27.10.1970 dokumentiert die angespannte Lage: Aufgrund der äußeren Leistungsdifferenzierung waren zum Beispiel in der Klasse 5d 22 Kollegen und Kolleginnen eingesetzt. Ein Mathe-Lehrer, der an sich die Klasse fünf Stunden in der Woche unterrichten sollte (und so wohl für etwas pädagogische Stabilität sorgen sollte), sah aufgrund der eingeführten Differenzierung nur noch zehn der Schüler- und Schülerinnen der Klasse. Das Kurssystem bewirkte offenkundig, dass sich mancher Lehrer, manche Lehrerin nicht verantwortlich für das Geschehen außerhalb des jeweiligen Fachunterrichts sah. Unterricht in den Augen der

Eltern, so steht es im genannten Protokoll: „Lehrer kommt herein (bis 10 Min. verspätet), sorgt für Ruhe so oder so – oder auch nicht – unterrichtet, geht mit dem Läuten. Für die Probleme der Kinder ist keine Zeit vorhanden.“ Die Lösung war die Einführung einer täglichen Tutorenstunde, letztlich die Besinnung auf die Pädagogik.

1974 besuchten 1.500 Schülerinnen und Schüler die Klassen 1-10, hinzugekommen war ein im selben Jahr eingeweihter Neubau, der die Raum-Kapazität der Schule verdoppelte, 1976 verließen die ersten Abiturienten und Abiturientinnen die Schule. Auch wenn es am ATw immer etwas lauter, heftiger und unruhiger als an anderen Schulen war, die Gesamtschule war ein lebendiger Erfolg und für Schüler und Schülerin eine echte Chance auf Bildungserfolg. Mitte der Achtzigerjahre gab es deswegen auch deutlich mehr Gesamtschulen in Hamburg, der Alte Teichweg hatte deshalb etwas von seiner

Das historische Gebäude der STS Alter Teichweg stammt aus dem Jahr 1931 und wurde von Fritz Schumacher entworfen.



Einzigartigkeit verloren, und womöglich fehlte es der einzelnen Lehrkraft auch am Anfangschwung der früheren Jahre. Weniger als 1.000 Schülerinnen waren noch registriert, Sorgen um den Bestand der Schule machten sich breit.

ATw ständig im Wandel

Und so folgten weitere Häutungen: 1986 wurde ein Aufbaugymnasium am ATw eingerichtet, das die Oberstufe stabilisierte, 1992 wurden gegen den Willen des Gesamtschulkollegiums die ersten Integrationsklassen in der Sek-I eingerichtet, die es zuvor nur in der Grundschule gegeben hatte. Die Integrationsklassen wurden aber schnell akzeptiert und zu einer pädagogischen Selbstverständlichkeit.

1998 ging die Schule eine Kooperation mit dem benachbarten Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein ein, die 2007 dazu führte, dass der Deutsche Olympische Sportbund dem ATw das Prädikat „Eliteschule des Sports“ (EdS) verlieh. Damit dies richtig verstanden wird: Es geht nicht um Eliteschüler (die gibt es hier selbstredend auch!), sondern um Nachwuchs-Elitesportler, die unter besonderen Bedingungen

möglichst optimal beschult werden. Rund 300 der heute fast 1500 Schülerinnen und Schüler werden zum EdS-Zweig gerechnet.

Die nächste Häutung steht bevor: Es wird nämlich gebaut, (fast) alles verändert sich. Die Grundschule erhält neue Gebäude, der „Neubau“ von 1974 wird saniert und völlig neu aufgeteilt, und auch der alte Schumacher-Bau wird mit einbezogen. Inwieweit dann die Funktion der neuen Form folgt, ist eine spannende pädagogische Aufgabe, die den Alltag der Schule erneut verändern kann.

Gleichzeitig bleibt der ATw aber eine Schule im sozialen Brennpunkt, in der eine Schülerschaft aus 80 bis 90 Nationen manchmal laut, gelegentlich heftig, aber immer lebendig ist. Die äußere Differenzierung gibt es nicht mehr, die Klassenverbände bleiben in der Sek-I zusammen, das Kurssystem ist nur noch in Ansätzen da, die Inklusion eine Herausforderung.

Doch nach 50 Jahren ist als verbindendes Element geblieben: „Wir sind eine Schule für alle“, betont der aktuelle Schulleiter Björn Lengwenus. Und das ist doch der Geist der Gesamtschule, auch wenn sie seit 2010 nun einen anderen Namen trägt. ■



Mein Engagement in der GGG begann in einer Zeit, in der das Hamburger Schulgesetz eine Präambel enthielt, in der ein Auftrag zur Entwicklung zu einem integrierten Schulsystem formuliert war. Die Praxis der Gesamtschulen hatte nicht nur in Hamburg den Beweis erbracht, eine erfolgreiche Schulform für alle Schüler sein zu können. Eine tragfähige politische Mehrheit kam nicht zustande, weil die Lobby der gymnasialen Bildung ihre Privilegien im so genannten Hamburger Schulfrieden festschreiben konnte. Mit der Zweigliedrigkeit bleibt es – wie immer wieder festgestellt wird – bei einer sozialen Ungerechtigkeit. Eine Schule für alle war und muss wieder Ziel schulpolitischer Bewegungen werden.

Willi Hasse, Familienberater, GGG-Vorsitzender von 1982 bis 1986, Lehrer an den Gesamtschulen Mümmelmannsberg und Allermöhe

Grundschulen im Gesamtschulbereich

Grundschulen im Gesamtschulbereich, das gleicht, schulorganisatorisch gesehen, einem Gemischtwarenladen. Es gab die Grundstufe des Schulversuchs der Albert-Schweitzer-Schule, Grundstufen an Gesamtschulen, Gesamtschulen ohne Grundschulkassen, eigenständige Grundschulen im Gesamtschulbereich. Diese verschiedenen Organisationsformen lassen sich aus der geschichtlichen Entwicklung erklären.

GERHARD HEß

Als ältester Gesamtschulversuch in Hamburg ist nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst die Albert-Schweitzer-Schule zu nennen. Mit einer musischen und einer an die ehemalige Lichtwark-Schule ausgerichteten Pädagogik nahm sie ihre ganz eigene reformerische Entwicklung im Hamburger Schulwesen wieder auf. Bis 1968 führte sie die Klassen 1-13, dann wurde sie in ein Gymnasium und in eine neu gegründete Gesamtschule (1 bis 10) an neuer Stätte geteilt.

Der nächste Gesamtschulversuch in Hamburg ist dann aus der Grund- und Hauptschule Alter Teichweg hervorgegangen. Er hatte eine Grundstufe als Bezirksgrundschule und ab Jahrgangsstufen 5 bis 13 dann den Gesamtschulversuch. Eltern hatten dabei das Recht, ihre Kinder nach der vierten Klasse in den Gesamtschulversuch zu geben oder sie auf eine andere Haupt- und Realschule oder ein Gymnasium wechseln zu lassen.

In gleicher Weise verfuhr man auch zum Beispiel bei der Peter-Petersen-Schule in Wellingsbüttel oder der Gesamtschule Horn. Diese Gesamtschulversuche hatten alle Grundstufen mit einer eigenen Abteilungsleitung, einem gemeinsamen Kollegium und Elternrat.

Während die Abteilungsleitung der Sekundarstufen an Gesamtschulen A 15 erhielten, blieb es bei der Abteilungsleitung Grundstufe bei A 13/A 14. Diese Besoldungsunterschiede der Abteilungsleitungen in Langformen waren (und sind) ungerecht.

Einige Gesamtschulen, etwa die Otto-Hahn-Schule oder die Julius-Leber-Schule, waren aus

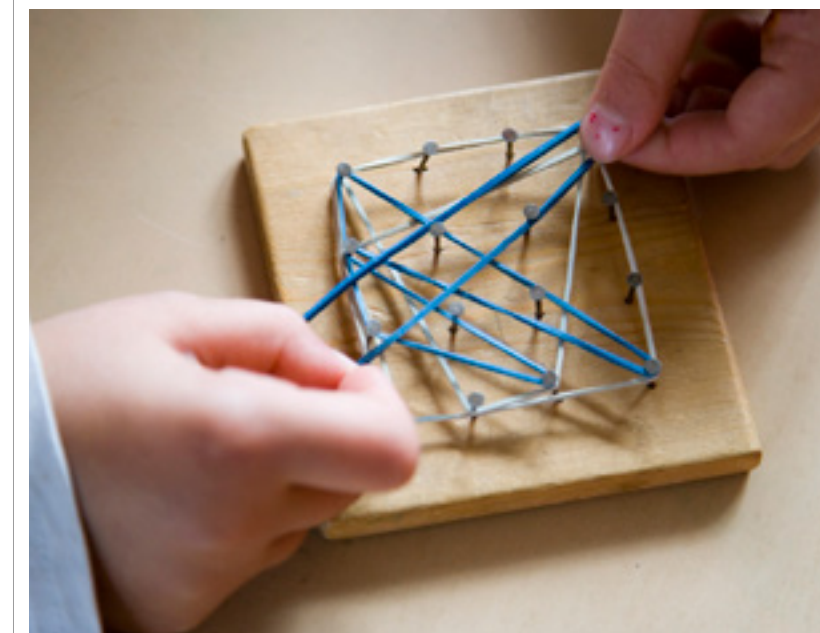
Gymnasien hervorgegangen und hatten keine eigenen Grundschulklassen.

Grundschulen und Gesamtschulen in den Neubausiedlungen

In besonderer Weise gestaltete sich die Vorbereitung der Schulen in den beiden Neubaugroßsiedlungen Steilshoop⁽¹⁾ und Mümmelmannsberg⁽²⁾. Für beide Standorte ging es darum, eine Bildungslandschaft zu gestalten, die viele Einrichtungen und Institutionen des Stadtteils integrierte. So errichtete man 1971 extra das Sekretariat Gesamtschulen. In einer Senatsdrucksache wurde die Schulorganisation für diese Neubauschulen von vornherein festgeschrieben. Die je zwei Bezirksgrundschulen wurden als eigenständige Grundschulen dem Gesamtschulbereich lediglich



Gerhard Heß, Schulleiter der Grundschule Mümmelmannsberg von 1972 bis 2003



zugeordnet, nicht aber wie vom Sekretariat gewünscht, als Grundstufen der Gesamtschulen angegliedert. Man befürchtete wohl, dass bei der Größe jeder dieser Schulen und ihren Aufbau- und Entwicklungsaufgaben diese Grundschulen als Abteilungen der beiden großen Schulen „unter die Räder“ kommen könnten.

Die neuen Grundschulen der Gesamtschulabteilung nicht dem VR-Bereich im Amt für Schule zu unterstellen, geschah jedoch auch mit der Zielsetzung, sie als „Zubringerschulen“ für die Gesamtschulen zu sehen.

Die beiden neuen Gesamtschulen und die eigenständigen Bezirksgrundschulen entwickelten ihre Zusammenarbeit auf ihre je spezifische Weise. Didaktische und methodische Reformansätze wurden zwar von der Behörde geduldet, vorausgesetzt, sie führten zu keinen Ressourcenforderungen. Erwartet wurde aber schon, dass aus diesen Bezirksgrundschulen möglichst viele der Kinder nach Klasse vier in eine Gesamtschule wechselten. Dafür musste auf Elternabenden und Sonderveranstaltungen viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Vereinzelt gab es Bestrebungen, Fachlehrer aus der Gesamtschule in den Jahrgangsstufen drei und vier der Grundschulen einzusetzen, um so beim Übergang in die Gesamtschule weniger Lehrerwechsel zu haben. Unfreiwillig half zudem am Mümmelmannsberg eine Notsituation: Wegen Asbestverwendung in dem neuen Gebäude der Gesamtschule mussten während der Sanierung Klassen ausgelagert werden. Das trug nicht nur zu einem stabilen und guten Miteinander bei, sondern sorgte auch für eine größere Wertschätzung der Grundschularbeit auf allen Ebenen.

(1) Drucksache VII/29 vom 05.05. 1970, Bildungszentrum Gesamtschule Steilshoop

(2) Drucksache VII/1514 vom 26.10.1971, Bildungszentrum Gesamtschule Mümmelmannsberg

(3) Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Berlin (Hrsg.): Wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule – Abschlussbericht. Autorinnen und Autoren: Bastian, Johannes / Brümmer, Felix / Herrmann, Joachim / Killus, Dagmar / Ivanov, Stanislav / Nikolova, Roumiana / Vieluf, Ulrich – unter Mitarbeit von Kristina Broens. Berlin 2016

Eine organisatorische Neuorientierung erfolgte ab 2010 nach dem Scheitern der Einführung der 6-jährigen Primarschule, indem die bisherig verbliebenen Grundstufen an Gesamtschulen auch zu eigenständigen Grundschulen umgewandelt werden konnten. Hiervon machten einige Grundstufen Gebrauch.

Langformschulen besonders erfolgreich

Derzeit gibt es unter den 58 Stadtteilschulen noch 14 Schulen als Langform. Das ist ein knappes Viertel aller Stadtteilschulen. Die Langformschulen gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler ohne Schulwechsel nach der 4. Klasse einen in sich konsistenten Bildungsgang von der Vorschule bis zum Abitur durchlaufen können. Dass diese Langformen besonders erfolgreich sind, haben J. Bastian und U. Vieluf u.a. anhand der Berliner Gemeinschaftsschulen in einer wissenschaftlichen Studie nachgewiesen.⁽³⁾

Bewegung kam bereits in den 90er Jahren durch die Einrichtung von Integrativen Regelklassen und Integrationsklassen an Grundschulen hinein, nun endlich auch mit Ressourcenerhöhungen für die verstärkte Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Bereitschaft der Gesamtschulen, diese Kinder dann auch in ihre fünften Klassen aufzunehmen, verdient Anerkennung.

Die Erhebung der Behindertenkonvention in Gesetzesrang, zu der sich die Bundesrepublik verpflichtete, hat die Forderungen und Verpflichtung zu einer inklusiven Bildung über alle Jahrgangsstufen in jüngster Zeit erhöht. Inhaltliche Gestaltungsaufgaben in der Grundschularbeit gewannen endlich den Vorrang gegenüber Schulorganisationsentscheidungen. Grundschulen und Grundstufen sowie Sekundarstufen in heutigen Stadtteilschulen haben den gemeinsamen Auftrag, integrativ zu arbeiten und Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu integrieren. Diesem Integrationsauftrag werden sich in Zukunft auch nicht länger die Gymnasien entziehen können. ■

Max Brauer Schule – Gesamtschule der 2. Generation

„Gehört die Grundschule dazu oder nicht? Natürlich gehört sie, denn in der Grundschule wird Gesamtschule praktiziert. Sie ist Gesamtschule.“
(Gudrun Schulz, Schulleiterin 1976-1986)

ANDREA RUNGE

Beinahe wäre die Umwandlung der Max Brauer Schule 1979 in eine Gesamtschule gescheitert. Nachdem die Schulbehörde in den 70er Jahren zunächst ein bis zu 10-zügiges Mittelstufenzentrum zusammen mit dem Gymnasium Bahrenfeld geplant hatte, akzeptiert sie die Forderungen zahlreicher Elterninitiativen aus Ottensen und Blankenese nach Einrichtung einer Gesamtschule und konfrontiert eine selbstbewusste Grund-, Haupt- und Realschule mit dieser Entscheidung.

„1974 bis 1978: Unter den Eltern gärt es. 20.000 Eltern ziehen durch Altona und Eimsbüttel, um gegen die Verkrustung in der Schule zu protestieren. ... Ich wurde von meinem Lehrer gezwungen, mit einer Blechdose Geld zu sammeln – für das Müttergenesungswerk und für die Aktion »Macht das Tor auf«. Im Turnunterricht übten wir im Gleichschritt laufen. Zum Abschluss mussten alle Schüler gemeinsam dreimal »Gut Heil« rufen. Das war meine »unpolitische« Schule nach 1945. ... Mit der Gesamtschule wollten wir eine Schule, die man als Teil des eigenen Zuhauses begreifen konnte ... Jedoch, was für uns der Beginn einer deutschen Demokratie war, war für andere die Zerstörung des deutschen Wohlstandes. ... Wir wollten die »Einheitsschule«. Wir waren »Kommunistenpack« und dumm sowieso.“ (Horst Nagel, langjähriger Elternrat, in der Zehnjahreschronik)

Dem Gesamtschulgedanken stimmt die Mehrheit des Lehrerkollegiums zwar grundsätzlich zu,

kritisiert aber die Gesamtschulversuche wegen zu großer Schuleinheiten, fehlender sozialer Bindungen der Schülerinnen und Schüler durch die Auflösung der Klassen sowie die Selektion durch die äußere Leistungsdifferenzierung. Die Schulkonferenz lehnt die Pläne ab: „Gesamtschule ohne Grundschule? Nie im Leben – da können Sie gleich wieder nach Hause gehen, Herr Riekmann.“

Eltern und Behörde leisten in den folgenden Wochen Überzeugungsarbeit, so dass die Schulkonferenz nach der Zusicherung des Verbleibs der Grundschule zustimmt und das Schuljahr 1979 mit zwei ersten und vier fünften Klassen starten kann. Die Gremien des benachbarten Gymnasiums Bahrenfeld bleiben bei ihrer Ablehnung.

MBS als Gesamtschule

„Die KollegInnen ... betrachteten uns Neulinge mit vorsichtiger bis misstrauischer Skepsis. Sie hielten uns wohl zum Teil für naive Idealisten – und tatsächlich hatten wir viele »Rosinen im Kopf«. Unsere jeweiligen Erfahrungen und vor allem unsere Sprache waren so unterschiedlich, als kämen wir aus verschiedenen Ländern.“ (Cornelia von Ilsemann 1989)

Alle Kolleginnen und Kollegen der MBS waren an den bestehenden Gesamtschulen systematisch fortgebildet worden und hatten intensiv hospitiert. Einige nahmen das Angebot der Behörde an, sich an andere Schulen umsetzen zu lassen, andere kamen aus dem Gymnasium Bahrenfeld



Andrea Runge, von 1990 bis 2012 in verschiedenen Positionen in der Schulbehörde, von 2012 bis 2016 Schulleiterin der Max Brauer Schule



Max Brauer Schule



Demo für bessere
Unterrichts-
versorgung

und aus den bestehenden Gesamtschulen, so dass am 01.08.1979 mit vier Gesamtschulklassen unter der Leitung von Cornelia von Ilsemann und Christian Rieger aus dem Gymnasium Bahrenfeld sowie Hannelore Heidenreich und Barbara Riekman aus der MBS) gestartet werden kann.

„Da kommen jetzt die Überflieger. Taugt das denn gar nichts, was wir bisher gemacht haben? Bis ich gemerkt habe, dass die auch nur mit Wasser kochen.“ (Ulf Kahlke an der MBS von 1964 bis 2004, davon 30 Jahre als Stellvertretender Schulleiter)

„Zugegeben, skeptisch waren wir schon, wir alten Hasen (Haupt- und Realschullehrer von Max Brauer), als unsere Schule Gesamtschule werden sollte. ... denn die Formel von der Chancengleichheit, wir wollten sie ernst nehmen! ... Vieles an Inhalten aus der Haupt- und Realschule und dem Gymnasium tauchte wieder auf, häufig aber in neue und bessere Zusammenhänge eingebettet. ... In den Ferien fuhrn wir zukünftigen Gesamtschullehrer nach Hannover, besichtigten die dortige integrierte Gesamtschule. ... August

1979: Wir starten, und unsere neuen Schüler – die Gesamtschüler – sind aufregend im wahrsten Sinne des Wortes, ein bunter Haufen. Aus Otten- sen, Altona und vielen Schulen des Hamburger Westens kommen sie, Haupt-, Real- und Gymna- sialschüler, sie sind alle vertreten.“ (Tutoren der 10. Klassen im Rückblick 1984)

In den folgenden Jahren wächst die Schule rasant. Immer neue Lehrerinnen und Lehrer kommen hinzu. Ein stetiger Verständigungsprozess sorgt dafür, dass sich die unterschiedlichen Erfahrungen fruchtbar bei der Schulentwicklung ergänzen.

Infolge des rasanten Wachstums platzt die MBS schon drei Jahre später mit 31 Klassen, 845 Schülerinnen und Schülern sowie 71 Lehrkräften aus allen Nähten, ohne dass die Schulbehörde die entsprechenden Ressourcen zeitnah zur Verfügung stellt. Es fehlen Lehrer, so dass die Eltern entscheiden, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken und ab Ende November unter höchster medialer Aufmerksamkeit in einen 10-tägigen Schulstreik „Für eine bessere Schule“ treten.

Im Ergebnis darf eine Kollegin aus dem Erziehungsurlaub an die Schule zurückkehren, erfolgt eine befristete Einstellung und wird eine ABM-Kraft geschickt. Die MBS erhält die Räume an der Daimlerstraße.

In den vergangenen 40 Jahren hat die Max Brauer Schule durchgängig daran gearbeitet, für alle Schulstufen Formen des Unterrichts, des Lernens und der Leistungsrückmeldung zu entwickeln, die individualisiertes, fächerübergreifendes und projektorientiertes Arbeiten ermöglichen.

In den Klassen der Grundschule werden schon in den 80er-Jahren Prinzipien individualisierten Unterrichts diskutiert und umgesetzt – Gesprächskreise, Tages- und Wochenpläne, Freie Arbeitszeit, individualisiertes Unterrichtsmaterial, Werkstattunterricht, Chfsystem, Leistungsbewertung ohne Zensuren und offene Pausen werden zu prägenden Elementen dieser Stufe.

Anfang der 90er Jahre wird die Profiloberstufe als KMK-Modellversuch entwickelt und trägt durch Evaluation, wissenschaftliche Untersuchungen, Fortbildung für andere Schulen und regelmäßige Veröffentlichungen ihrer Erfahrungen dazu bei, dass die Diskussion um Oberstufendidaktik über Hamburg hinaus vorangetrieben wird. Durch die Problemorientierung des Profiltitels werden die Rahmenpläne kombiniert und umstrukturiert, um so zu einem schlüssigen Profilkonzept zu kommen (roter Faden über zwei Jahre, Semesterpläne, Projektcurriculum, Kompetenzprogression). Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler forschend in Zusammenhängen lernen und dadurch neben den wichtigen Schlüsselqualifikationen auch übergreifende wissenschaftliche Kompetenzen erwerben. Mit der Profiloberstufe gelingt es bereits in den 1990er-Jahren, an drei Tagen in der Woche fächerverbindendes Lernen in konstanten Lerngruppen zu konzentrieren. In den profilgebenden Fächern wird das Abitur auf der Basis einer Ausnahmegenehmigung auch heute noch dezentral abgenommen.

„Achtung, die Schulaufsicht kommt – alle Stundenpläne runter von den Wänden!“

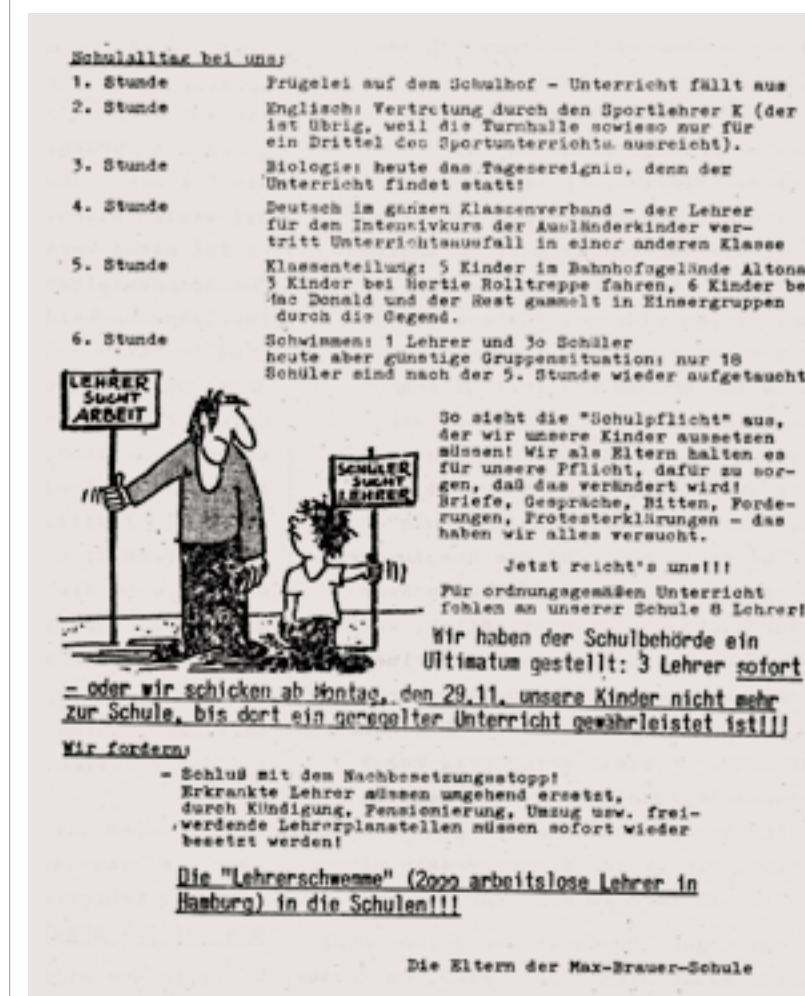
In der Sekundarstufe I wird mit Projekttagen und -wochen, mit Epochenunterricht, mit alternativer Leistungsrückmeldung (beispielsweise beschließt die Schulkonferenz bereits 1986 Berichtszeugnisse in Klasse 5) und flexiblen Formen der äußeren Leistungsdifferenzierung der Versuch unternommen, dem eigenständigen Arbeiten und dem Lernen in Zusammenhängen einen angemessenen Rahmen zu geben. Das aber war angesichts der starren organisatorischen Vorgaben, der Fächerstruktur und der Auflagen für die äußere Leistungsdifferenzierung an Gesamtschulen nur begrenzt möglich.

Innerhalb des Kollegiums wird das Bedürfnis dringlicher, diese Begrenzungen in der Sekundarstufe I nicht auf Dauer hinzunehmen und über eine neue Max Brauer Schule gemeinsam nachzudenken.

Die Neue MBS

An einer „Traumgruppe“, die keiner beauftragt hatte, beteiligen sich im Januar 2001 elf Kolleginnen und Kollegen, einschließlich zweier Mitglieder der Schulleitung. Sie beginnt mit einer pädagogischen Traumreise durch Zeit und Raum. Im Februar 2004 liegt ein durch Eltern und LehrerInnen erarbeitetes Konzept vor, das reformpädagogische Elemente konsequent mit den Grundprinzipien der Gesamtschule verbindet. Ein erfahrenes Kollegium, mutige Eltern und Spielräume in organisatorischer, personeller und rechtlicher Hinsicht durch die Beteiligung an dem Projekt „Selbst verantwortete Schulen“ sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Im Schuljahr 2005/06 beginnt die „Neue MBS“ aufwachsend mit der neuen Jahrgangsstufe 5.

Realsatire zur
Personal- und
Raumsituation



Die Neue MBS hat vier Säulen:

1. Das Lernbüro mit Deutsch, Mathe und Englisch als Ort des individualisierten Lernens in den Kernfächern.
2. Den Projektunterricht als Ort des fächerverbindenden und handlungsorientierten Lernens (Gesellschaft, Naturwissenschaft – Kunst, Musik, Religion, ein wenig Deutsch und Mathematik).
3. Die Werkstätten als Ort des interessegeleiteten Lernens vorzugsweise im sportlichen und musischen Bereich, ab Klasse 7 ergänzt um den Wahlpflichtbereich, in dem sich die weiteren Fremdsprachen (Französisch, Spanisch und Türkisch) wiederfinden.
4. Raus aus der Schule sowohl als Element als auch quer liegendes Prinzip – hierunter verbirgt sich auch die Lebens- und Berufsorientierung.

Gelernt wird im Ganzttag und bis zur Klasse 8 ohne Noten. Ein roter Faden verbindet alle Stufen von der Vorschule bis zum Abitur.

Hannelore Heidenreich gehört 26 Jahre nach Gründung der Gesamtschule erneut zu den „Pilotinnen“ und beschreibt die Atmosphäre:

„AUFBRUCHSTIMMUNG! Raus aus dem Korsett der 45-Minuten Taktung! Raus aus dem Gleichschritt! Weg von den nichtssagenden Zensuren! Stattdessen: Selbstbestimmt und -verantwortet im eigenen Tempo arbeiten im Lernbüro. Größere Freiheit, um im Rahmen eines Projektes an individuellen Themen zu arbeiten. Wahlfreiheit bei Kursen. Das war sicher sowohl für uns Lehrer als auch für Eltern und Schüler ein Aufatmen.“

Heute wird die Max Brauer Schule von knapp 1.500 Schülerinnen und Schülern besucht. 160 Menschen sind unbefristet und 60 befristet tätig.

Die MBS ist eine der am meisten evaluierten und untersuchten Schulen Hamburgs und kann deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse vorweisen. Der Erfolg der Schule basiert auf der heterogenen und engagierten Schülerschaft, die das Lernen zu ihrer eigenen Sache macht, auf einer mutigen, engagierten und überzeugten Elternschaft, die sowohl hinter dem pädagogischen Konzept als auch hinter der notwendigen Heterogenität der Lerngruppen steht, und auf einer engagierten, professionellen Lehrerschaft, die nach dem MBS-Konzept und in ständiger Kooperation agiert. ■

Deutscher Schulpreis 2006

„Die Vision der Max Brauer Schule heißt: »Dem Lernen Zeit geben«. Das ist ein pädagogischer Kontrapunkt gegenüber einer belasteten, hektischen, für Kinder auch gefährlichen Umgebung. ... Die Schule lebt und webt in einem Netz von Herkunftskulturen, Lernorten und Kooperationsbeziehungen. Sie hat längst entdeckt und umgesetzt, dass Evaluation hart ankommt, aber auch weiterhilft, dass Elternarbeit belastet, aber auch trägt, Demokratie mühsam ist, aber mündig macht und dass Reform eine Daueraufgabe ist, die Kräfte bindet, aber genauso auch freisetzt. Schule als pädagogische Erfinderwerkstatt – so könnte man die Max Brauer Schule und ihren Geist charakterisieren.“
(aus der Laudatio)

**Gesamtschule Walddörfer – Gesamtschule der 3. Generation****Eine Gesamtschule in den Walddörfern?**

Das hat keine Chance, so die Einschätzung der damaligen Schulsenatorin Rosemarie Raab. Warum diese Einschätzung einer Senatorin, die doch das gemeinsame Lernen befördern wollte?

BARBARA BUCHSTEINER & MATTHIAS KAMMER

In den Walddörfern wählten traditionell etwa drei Viertel der Eltern das Gymnasium für ihre Kinder. Und den-



noch entstand eine engagierte und tatkräftige Elterninitiative für eine Gesamtschule in der Region. Welchen Anspruch hatten diese Eltern an eine neue, andere Schule für ihre Kinder? Der Bogen der Erwartungen spannt sich bis auf den heutigen Tag zwischen den Zielen „gemeinsames Lernen“ und „bewusste Förderung individueller Interessen und Kompetenzen“. Die Offenheit und Vielfalt der Lernangebote und des Bildungsweges waren und sind bis heute tragende Säulen an der 1991 gegründeten Gesamtschule Walddörfer.

Kennzeichen dieser Zielsetzung ist ein inhaltlich vielfältiges und anspruchsvolles Neigungskursangebot in den Jahrgängen 5 und 6, das sich fortsetzt im Wahlpflichtangebot und Profilen in der Mittelstufe und später der Oberstufe.

Diese Entscheidungen zur Struktur des Bildungsangebotes wurden in intensiver und bisweilen durchaus kontroverser Beratung im Kollegium und mit dem Elternrat diskutiert und abgestimmt. Aus der Elterninitiative heraus bildete sich der spätere Elternrat. Schnell sprach sich das Konzept der neuen Schule herum und stieß auf hohes Interesse in der Hamburger Lehrerschaft, und so entstand eine interessante Mischung aus erfahrenen und neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen. Es war der Beginn der Phase, in der Schulleitungen auf dem Hintergrund der zugewiesenen Mittel in der Personalauswahl und in der Gestaltung der

Schulstruktur recht eigenverantwortlich handeln konnten.

Im Herbst 1990 begann die beschriebene Konzeptarbeit

zwischen der vorläufig vorgesehenen Schulleiterin und der Elterninitiative. Die Elterninitiative organisierte, begleitet von einer klugen Öffentlichkeitsarbeit, sehr systematisch etliche Informationsabende für interessierte Eltern der Grundschulen der Region. Das zeigte Wirkung, so dass nach der Anmelderunde die Behörde dem Schulgesetz folgend die Neugründung in die Wege leitete. 104 Kindern, die von ihren Interessen und ihren Lernvoraussetzungen so heterogen waren, wie es sich Gesamtschulpädagogen wünschen, waren angemeldet, und es konnten vier Klassen für das kommende Schuljahr gebildet werden, und das geplante Schulkonzept konnte umgesetzt werden.

Das Interesse der Elternschaft an der neuen Schule wuchs so sehr, dass es in den folgenden Jahren immer deutlich mehr Anmeldungen als Schulplätze gab. Sehr schnell gab die Schulbehörde die Planung von Erweiterungsbauten in Auftrag. Aber die von einem renommierten Architektenteam geplante Standorterweiterung für die Grundschule und die Gesamtschule stieß bei den Anwohnern und Walddörfern auf sehr intensiven Widerstand – die „Mammutschule“ sollte nicht die „grüne Wiese des Dorfes“ verschandeln! Der öffentliche Protest war so massiv, dass die Behörde bald statt dessen einen weiteren Gesamtschulstandort in Bergstedt plante, und der Standort der Gesamtschule Wald-



Barbara Buchsteiner, Gründungs-schulleiterin GS Walddörfer, Schulrätin a.D.



Matthias Kammer, Senats-direktor a.D.

dörfer wurde architektonisch ansprechend unter Einbeziehung der Wünsche der Schule zunächst vierzünftig gestaltet. Die beschriebene Aufbauarbeit für die Schule war von allen Seiten der Beteiligten her – Eltern, Lehrern, Behörde – in intensiver Kooperation von großem Engagement und Freude getragen. Es war eine große Chance für die Region, aber auch für die Gesamtschulentwicklung in Hamburg. Der beschriebene Konflikt mit der Bürgerinitiative vor Ort war zwischenzeitlich eine bittere Erfahrung. Heute aber ist die Schule als wichtiges Bildungsangebot vor Ort von Seiten der Anwohner

nicht wegzudenken und regional gut eingebunden. Diese positive Entwicklung der Gesamtschulen war seinerzeit getragen von einem bildungspolitischen Aufbruch und bewussten Investitionen in die integrierte Schulform in Form von Lehrstellen und Ausstattung. Sie erfuhr leider nach dem Regierungswechsel aufgrund veränderter bildungspolitischer Zielsetzungen durch die Kürzungsmaßnahmen bei den Zuweisungen für die Schulform spürbare Einschränkungen in den Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit. ■

Ein Gesamtschul-Kollegium im Fortbildungsrausch DIRK HAGENER



Dirk Hagener, Mitglied des Gründungskollegiums der Gesamtschule Mümmelmannsberg, Schulleiter der Gesamtschule Bergedorf

August 1973: In der Dienstmappe im Lehrerzimmer der noch jungen Ganztages Gesamtschule Mümmelmannsberg liegt eine Einladung der GGG zum Norddeutschen Gesamtschulkongress in die Gesamtschule Bremen-West – ein attraktives Programm, das die Herzen höherschlagen lässt. Lauter Themen und Probleme, mit denen man sich im Schulalltag herumschlägt und auf die man Antworten sucht. Im Dienstbuch die Bitte des Schulleiters, sich bei Interesse einzutragen. Denn es geht auch um Dienstbefreiung, da der Kongress schon an einem Donnerstagnachmittag beginnt (Ende selbstverständlich erst am Sonntag).

Fast zwei Drittel des Kollegiums, dazu auch die gesamte Schulleitung, meldet Interesse an. Was nun? Fortbildung in diesem Stadium der Gesamtschulentwicklung ist von zentraler Bedeutung,

gerade der Austausch mit Kollegen aus anderen Bundesländern. Was also soll die Schulleitung tun? Sie organisiert einen Notplan, ernennt eine Stallwache und fährt zusammen mit mehr als der Hälfte des Kollegiums zum Kongress.

Das wird nicht von allen akzeptiert, die daheim geblieben sind. Im Dienstbuch beschwert man sich über das leichtfertige Verhalten des Schulleiters und den Egoismus der nach Bremen gefahrenen Kolleginnen und Kollegen. Auch auf der nächsten Lehrerkonferenz machen die Kritiker den Exodus der Kolleginnen und Kollegen nach Bremen zum Thema. Wir wissen nicht im Detail, ob und wie sich die Schulaufsicht eingeschaltet hat ... Alle aber, die in Bremen an dem Kongress teilgenommen haben, sind motiviert und voller Anregungen und neuer Erkenntnisse an ihre Schule zurückgekehrt.



50 Jahre gemeinsames Lernen in Hamburg, da war ich von Anfang an – mit Unterbrechungen – an vielen Stellen beteiligt. Ich wünsche den Stadtteilschulen, dass sie das Erbe der Gesamtschulen achten und weiterentwickeln.

Lutz Trautmann, Gründungs-Vorsitzender der GGG-Hamburg (1974–1975); Schulleiter Gesamtschule Steilshoop (1976–1990); Schulleiter der Deutsche Schule Den Haag (-1998), Personalreferent, Grundsatzreferent (-2006)



Feuer und Flamme für Bildung – Lichterzug um die Binnenalster im November 2003

Frontalangriff auf die Gesamtschule

Sparprogramme waren für die Hamburger Gesamtschulen nichts Neues. So wurden schon für die zweite Generation Gesamtschulen im Jahr 1978/79 die Bedarfsgrundlagen deutlich reduziert und im Rahmen rot-grüner Haushaltskonsolidierung in den Jahren 1999 und 2000 um 118 Stellen gekürzt.

ANDREA RUNGE

Im Mai 2002 aber setzte Bildungssenator Rudolf Lange (FDP) zum Angriff auf die Substanz an, indem er verkündete, dass in den Klassen 5 bis 10 der Gesamtschulen bereits vom August an knapp 150 Lehrerstellen eingespart werden sollten. Einen solchen radikalen Eingriff in den laufenden Betrieb einer Schulform hatte es weder in Hamburg noch in einem anderen Bundesland jemals gegeben.

Im „Maßnahmen-Giftcocktail“ war konkret eine Kürzung um 35% in den Bereichen Teilung, Differenzierung im Wahlpflichtbereich, Tutorienarbeit und Koordination vorgesehen. Eine vierzünigige Gesamtschule hätte auf einen Schlag vier Lehrkräfte verloren. Gert Rauschnig, Abteilungsleiter Gesamtschulen in der Schulbehörde, schreibt in einer Mitteilung an die Schulleitungen: „Die Entscheidungen des Senators, den

Konsolidierungsbeitrag der allgemeinbildenden Schulen zu mehr als 2/3 auf den Unterrichtsbedarf der Sekundarstufe I der Gesamtschulen zu legen, ist eine politische Entscheidung, die aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar ist. Die Gesamtschulen werden in ihrer Funktions- und Leistungsfähigkeit schwer getroffen; sie werden die bisher erreichten Ergebnisse (s.a. LAU 9) nicht halten können.“ (Mitteilungen 4/2002, 03.06.2002)

Dieser Verstoß gegen das „Loyalitäts- und Zurückhaltungsgebot“ wird unter großem medialen Interesse mit einem Verweis geahndet.

An Fortführung von Gesamtschulen nicht interessiert

Rudolf Lange vertrat in der Personalversammlung der Gesamtschulen die Auffassung: „Die Gesamtschulen sind auch nach der Reduzierung in ihrer

Ausstattung noch an der Spitze in Deutschland.“ Diese stereotyp vorgetragene und ideologisch besetzte Begründung des Zurechtstutzens auf das normale Maß wurde durch das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) widerlegt.

„... die Hamburger Gesamtschulen (müssten) im Ländervergleich eine 17,8 Prozent höhere Zuweisung an Lehrerwochenstunden erhalten. Die Frankfurter Experten betonen ausdrücklich den »wesentlichen Beitrag« der Gesamtschulen zur Integration behinderter sowie ausländischer Kinder.“ (DIE WELT, 14.09.2002).

Den Verdacht, dass es sich um den Versuch handeln könnte, die erfolgreiche Schulform Gesamtschule in die Knie zu zwingen, erhärtete Alexander Heinz in seinem Bericht über einen von stürmischem Beifall begleiteten Vortrag des Bürgermeisters vor dem Wirtschaftsrat der CDU: „Häufig macht der Ton die Musik. Und im Ton machte Ole von Beust klar, dass er an der Fortführung der Gesamtschulen nicht wirklich interessiert ist.“ (Alexander Heinz. NDR 90,3, 10.06.02, 08.00h)

„Die Gesamtschule kann ohne diese Lehrerstunden ihren im Schulgesetz verankerten besonderen pädagogischen Auftrag im bisherigen Umfang nicht mehr erfüllen!“ (Presseerklärung der GGG Hamburg)

Den Auftakt zu einem heißen Herbst stellte eine Personalversammlung am 03.06.2002 dar.

„Mit Pfiffen und Buh-Rufen begrüßten sie ihn, mit Pfiffen und Buh-Rufen geleiteten sie ihn auch wieder nach draußen aus dem großen Hörsaal im Uni-Hauptgebäude: Etwa 800 GesamtschullehrerInnen bereiteten Bildungssenator Rudolf Lange (FDP) bei ihrer Personalversammlung gestern einen wenig herzlichen Empfang.“

Für den von Lange öffentlich demontierten Landesschulrat Peter Daschner gab es hingegen demonstrativen Beifall, ebenso wie für Gert Rauschning, in der Behörde Abteilungsleiter für Gesamtschulen.“ (<https://taz.de/!1106956/>)

Da vom Gesamtpaket alle Schulformen und vor allem die Lehr- und Lernmittelfreiheit betroffen waren, gingen wenige Tage etwa 50.000 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern auf die Straße. „Trillerpfeifen, Trommeln und Tröten – die Schüler, die aus allen Stadtteilen Hamburgs auf den Rathausmarkt gekommen sind, veranstalten ein Höllenspektakel, um gegen die geplanten Einsparungen an den Hamburger Schulen zu protestieren.“ (DIE ZEIT, 11.06.2002).

Mit ungewöhnlichen Maßnahmen wurde der Protest der 39 Gesamtschulen nach den Sommerferien bis in den November hinein fortgesetzt. Die Gesamtschulen Mümmelmannsberg, Winterhude, Bergedorf, Öjendorf, Fährbuernfleet und Kirchdorf führten (Montags)-Demonstrationen vor der Schulbehörde durch und übergaben Resolutionen und Unterschriftenlisten. Die Gesamtschule Walddörfer führte eine „kreative Sportstunde“ auf dem Rathausmarkt durch, Stellingen besetzte mit kleinen Aufführungen eine zentrale Kreuzung, der Alte Teichweg zog nach einer Unmutskundgebung auf dem Schulhof durch den Stadtteil Dulsberg. Die Protestaktionen gipfelten im November in einem Lichterzug des Bündnisses für Bildung um die Binnentalster: „Feuer und Flamme für Bildung – Gute Schule kostet Geld.“

Besondere Beachtung fand die schriftliche Remonstration von allen 39 Gesamtschulleitungen, die damit auch formal zum Ausdruck brachten, dass sie keine Möglichkeiten sahen, die Einsparungen innerhalb weniger Wochen organisatorisch, geschweige pädagogisch verantwortbar umzusetzen.

Im Ergebnis dieser umfassenden Proteste wurde das Kürzungsprogramm gestreckt und abgemildert, „Schlimmeres wurde verhindert“ – so die ehemalige Schulsenatorin Rosemarie Raab bei der Verabschiedung Gert Rauschnings. Überlagert und eingeebnet wurde die Umsetzung durch die Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells im Jahr 2003 mit der parallelen Anhebung der Arbeitszeit für alle Hamburger Beamten. ■

Einführung der Stadtteilschule

Zum Schuljahr 2010/2011 trat in Hamburg eine Schulreform in Kraft, die große Veränderungen für die Gesamtschulen mit sich brachte.

UWE TIMMERMANN

Unter dem neuen Dach **Stadtteilschule** konnten viele Gesamtschulen unter anderem Namen so weiterarbeiten wie bisher, andere mussten mit benachbarten Haupt- und Realschulen fusionieren. Es entstanden jetzt aber auch neue Schulen des gemeinsamen Lernens aus

- **vorherigen Haupt- und Realschulen**
- **der Fusion zweier Haupt- und Realschulen**
- **der Fusion einer oder mehrerer Haupt- und Realschulen mit einem Aufbaugymnasium**

Um zu gewährleisten, dass die Stadtteilschule eine gute inklusive Schule wird, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen und in der alle Abschlüsse erworben werden können, wurde extra eine Kollegin und später ein Kollege mit Gesamtschul- und Oberstufenexpertise als zusätzlicher Grundsatzreferent in die Behörde geholt. Der weitere Grundsatzreferent kam aus der Schulaufsicht für Haupt- und Realschulen und konnte insbesondere seine Expertise dazu nutzen, diese Schulen im Veränderungsprozess zu unterstützen.

Die Aufgabe der **Grundsatzreferenten** war es nun, unter Beachtung der (zuweilen schwierigen, mitunter auch widersprüchlichen) politischen Vorgaben eine gute inklusive Schule zu konzipieren, in der sich wesentliche Errungenschaften der Gesamtschule wiederfinden lassen:

So wird die innere Differenzierung als grundlegendes Unterrichtsprinzip der Stadtteilschulen ausgewiesen. Äußere Leistungsdifferenzierung soll die Ausnahme sein.

Neben dem Fachunterricht bleibt auch der Unterricht in Lernbereichen erhalten. Neben dem gesellschaftskundlichen Lernbereich wird ein integriertes Arbeiten auch für die Naturwissenschaften stärker ermöglicht, was aber von vielen Schulen nur in den unteren Jahrgängen umge-

setzt wird. Als neuer Lernbereich entsteht „Arbeit und Beruf“, in dem die Berufsorientierung noch einmal besonders gestärkt wird, in dem aber auch die Inhalte des Gesamtschulfaches Arbeitslehre ihren Platz finden.

Die Studentafel ermöglicht den Schulen die Einrichtung verschiedener Wahlpflicht- und/oder Profilbereiche, indem sie den Schulen einen Gestaltungsrahmen zur Verfügung stellt.

In den neu entstehenden kompetenzorientierten Bildungsplänen werden die Kompetenzen auf den drei den verschiedenen Abschlüssen entsprechenden Anforderungsebenen ausgewiesen. Zunächst war vorgesehen, bei den Stadtteilschulen das Niveau zur Erreichung des Eintritts in die gymnasiale Oberstufe nicht auszuweisen. Dies konnte verhindert werden.

Wie in den Gesamtschulen gehen alle SchülerInnen am Ende des Schuljahres in den folgenden Jahrgang über. Das Programm „**Fördern statt Wiederholen**“ stellt den Schulen Ressourcen für die Förderung zur Verfügung, damit SchülerInnen darin unterstützt werden, ausreichende Leistungen zu erbringen.

Die Notengebung orientiert sich an der Praxis der Gesamtschulen und erfolgt ab Jahrgang 7 auf zwei Niveaus. Anstatt der bisherigen A- und B-Noten gibt es jetzt **G-Noten** für die Erreichung des grundlegenden Anforderungsniveaus und **E-Noten** für die Erreichung des erweiterten Anforderungsniveaus.

Eine große Errungenschaft für die neuen Stadtteilschulen lag darin, dass nun nach Möglichkeit **jede Stadtteilschule eine eigene Oberstufe** erhalten sollte. Dadurch wurde für mehrere alte Gesamtschulen ein Nachteil aufgehoben, und man konnte jetzt an fast allen weiterführenden Schulen alle Abschlüsse erwerben. So wurden



Uwe Timmermann, Gesamtschullehrer seit 1981, Didaktischer Leiter der Ida-Ehre-Gesamtschule 2000–2010, Grundsatzreferent für die Stadtteilschule in der BSB 2010–2011, Schulleiter der Stadtteilschule Kirchwerder 2011–2018, Vorstandsmitglied der GGG seit 2018

auf einmal in Hamburg über ein Dutzend neue Oberstufen an inklusiven Schulen aufgebaut. In einem Arbeitskreis bot der Grundsatzreferent diesen Schulen eine Austausch- und Beratungsmöglichkeit. Ein besonderes Augenmerk lag hier auf der Gestaltung der 11. Klasse, die nach Einführung des 8-jährigen Gymnasiums nun zum Alleinstellungsmerkmal der Stadtteilschulen wurde. Hier galt es, tragbare Konzepte zu entwickeln, wie die Schülerinnen und Schüler, die die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe erreicht haben, gut auf eine erfolgreiche Arbeit in der Studienstufe vorbereitet werden können.

Gleichzeitig mit der Einführung der Stadtteilschulen wurde auch die Umsetzung der **Inklusion** in allen Hamburger Schulen beschlossen.

Während vorher nur an einzelnen Schulen Integrationsklassen unterrichtet wurden, war es jetzt Aufgabe aller Schulen, auch Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf aufzunehmen. Um diese Aufgabe sinnvoll umzusetzen, entstanden an allen Stadtteilschulen **multiprofessionelle Jahrgangsteams**, in denen neben den FachlehrerInnen auch Sonder- und SozialpädagogInnen sowie an einigen Schulen auch heilpädagogische Fachkräfte zusammenarbeiteten. Die Gestaltung der Zusammenarbeit dieser multiprofessionellen Teams stellte die Stadtteilschulen vor eine große Herausforderung, zumal die Ressourcenzuweisung für Sonder- und SozialpädagogInnen meistens nicht ausreichend war und deutlich hinter den Standard der Integrationsklassen und

integrativen Regelklassen zurückfiel. Eine weitere Herausforderung für viele neue Stadtteilschulen bestand darin, dass mit dem neuen Schulgesetz von 2010 allen SchülerInnen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr eine **ganztägige Betreuung** an der Schule ermöglicht werden musste. Die Schulen konnten nur noch entscheiden, ob sie eine offene oder gebundene Ganztagschule werden wollten. Auch durch diese Maßnahme erhöhte sich die Anzahl der Kollegiumsmitglieder noch einmal deutlich.

Im Herbst 2010 haben alle SchulleiterInnen der Stadtteilschulen gemeinsam ein **Leitbild der Stadtteilschulen** entwickelt, das deutlich macht, dass die Stadtteilschule sich als Schule des gemeinsamen Lernens bzw. inklusive Schule für alle versteht. ■

Stadtteilschule Lurup

JOACHIM HINZ



Joachim Hinz
Schulleiter der
Stadtteilschule
Lurup

Wie es begann... „Ihr fusioniert mit der Nachbarschule und werdet Stadtteilschule“ so die Ansage der Behörde 2009. Sicherlich, für uns nicht ganz überraschend, Stadtteilschule zu werden, aber von der Fusion war vorher keine Rede gewesen, genauso wenig davon, dass wir keine eigene Oberstufe am Standort erhalten sollten. Anders als in anderen Schulentwicklungsprozessen, wo aufgrund entwickelter Konzepte aus der Schulgemeinschaft oder schlechter Anmeldezahlen eine Motivation für Veränderung entsteht, war dies zunächst eine Entscheidung, die mit den handelnden Personen und Kollegien wenig zu tun hatten.

Die beiden Schulen, die miteinander fusionieren sollten, waren in ihrer Aufgabe und Struktur, obwohl in räumlicher Nähe, vollkommen

unterschiedlich. Hier die zweizügige Integrierte Haupt- und Realschule mit Integrationsklassen mit vielen guten Abschlüssen und hohen Übergängen ins Aufbaugymnasium und dort die älteste Ganztagschule Hamburgs, die Schule am Altonaer Volkspark, deren Aufgabe als reine einzügige Hauptschule bis Jahrgang 9 vor allem die Beschulung „schwieriger“ Kinder aus dem Hamburger Westen zum Ziel hatte.

Die Begeisterung der Kolleg*innen beider Schulen hielt sich nach der Entscheidung der BSB in Grenzen – gefühlt wurden im Stadtteil erfolgreiche Systeme aufgelöst, und es sollte etwas entstehen, von dem eigentlich niemand genau wusste, wie es aussehen sollte und ob dies eine erfolgreichere Beschulung bringen würde.



Erste Schritte... Eine Arbeitsgruppe mit Kolleg*innen und den Schulleitungen beider Schulen



in den Integrationsklassen in multiprofessionellen Teams. Die „Abschiedskonferenz“ und die zu jener Zeit geführten Diskussionen in der Öffentlichkeit über die neue Schulstruktur führten zu einer Aufbruchsstimmung und zum Wunsch aller Beteiligten, etwas Neues und Gutes gestalten zu wollen.

begann dann im Oktober die Fusion vorzubereiten. Beide Schulen hatten zu diesem Zeitpunkt auch noch Grundschulabteilungen, die sich in diesem Prozess zu Primarschulen entwickeln sollten. Dieser Aspekt führte zu weiteren Unsicherheiten der Kolleg*innen, da sich diese kurzfristig entscheiden sollten, an welcher Schulform sie in Zukunft arbeiten wollten.

An der IHR-Schule Luruper Hauptstraße gab es die gute Tradition der Bilanz- und Perspektivenkonferenzen, in denen sich das Kollegium regelmäßig über die Unterrichtsarbeit und die schulischen Projekte und Strukturen austauschte und sich neue Ziele setzte. So war naheliegend, das Ende der IHR-Schule mit einer „Abschiedskonferenz“ abzuschließen. Diese Konferenz im April 2010 war sehr emotional, schaffte aber in vielerlei Hinsicht erst die Voraussetzung, sich positiv auf das Neue einzulassen. Ein besonderer Schwerpunkt dieser Konferenz war der Blick auf die Stärken und Schätze der bisherigen Schule. Dazu gehörte vor allem die langjährige Erfahrung der Beschulung von Haupt- und Realschüler*innen im gemeinsamen Unterricht. Schon seit vielen Jahren hatten sich die Kolleg*innen zum Thema „Binnendifferenzierung“ fortgebildet und diese Konzepte entwickelt und umgesetzt (allerdings ohne den Blick auf die Anforderungen, die zum Abitur führen). Dazu gehörten auch die Arbeit mit „Risikoschüler*innen“ und die Arbeit

Nachdem im Mai die Leitungsfrage von der BSB entschieden wurde, luden Frau Dembski (Stv.SL) und Herr Hinz (SL) die Kolleg*innen beider Schulen zu einer Ganztagskonferenz ein. Thema war: Wie soll das gemeinsame Konzept der neuen Schule aussehen? Auf welche Erfahrungen der Vorgängerschulen können wir bauen? Wie gestalten wir den Unterricht, den Ganztags, die Verpflegung? Glücklicherweise gab es in beiden Kollegien erfahrene Kolleg*innen, und so entstand langsam im gemeinsamen Prozess eine erste Vision der neuen Schule.

Beide Fusionsschulen waren kleine Systeme ohne die notwendigen Strukturen für eine Schule mit vier und mehr Parallelklassen. Deshalb war es nötig, gemeinsam mit allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft schnell wichtige Entscheidungen zu treffen. Dazu gehörte die Gründung von Jahrgangsteams, die Auseinandersetzung mit den neuen Bildungsplänen für die Stadtteilschule und die Entwicklung eines schulischen Leitbilds. Dies wurde nach intensiven Überlegungen in einem 5-Säulen-Modell dargestellt, um Klarheit und Transparenz auch für Schüler*innen und Eltern zu schaffen.

Stadtteilschule
Lurup – immer in
Bewegung!



Eine der vielen
Auszeichnungen
der STS Lurup

Personal und Oberstufe

Ein besonders brisantes Problem für die neue Schulleitung bestand darin, adäquates Personal für die Schule zu finden. Am Ende des Schuljahres 2009/10 gab es an der StS Lurup keine(!) Gymnasiallehrkraft. Dies änderte sich zum neuen Schuljahr. Die BSB hatte unserer Schule inzwischen eine eigene Oberstufe zugestanden. Und so hatten die neuen Oberstufenkolleg*innen gleich die reizvolle Aufgabe, die Oberstufe aufzubauen. Eine Kollegin mit einer Funktionsstelle übernahm die Leitung der Arbeitsgruppe. In einem umfangreichen Prozess unter starker Beteiligung unserer Schüler*innen entwickelten wir gemeinsam mit der benachbarten Geschwister-Scholl-Schule ein Konzept für die Vorstufe und die Profiloberstufe. Mit Beginn des Schuljahres 2011/12 starteten die ersten 11. Klassen, ein wichtiger Schritt, um die Akzeptanz der neuen Schulform zu erhöhen.

Mit dem Schuljahr 2011/12 wurde ein weiteres Thema relevant: die Inklusion. Durch die ungesteuerte Zuteilung von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (6-8 Kinder pro Klasse) stellte sich die Frage, wie unter diesen Umständen noch eine erfolgreiche Beschulung aller möglich sei. Um Ängste und Bedenken der Kolleg*innen aufnehmen zu können, beschäftigte sich die Ganztagskonferenz im November mit diesem brisanten Thema. Modelle zur Beschulung,

Differenzierung und Förderung wurden diskutiert und werden seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Auch wurde beschlossen, vorrangig auch Sonderpädagog*innen und Sozialpädagog*innen einzustellen, um einen Professionenmix herzustellen.

Die steigenden Schülerzahlen führten dazu, dass wir mit Schuljahresbeginn auch noch die Räume der alten H/R-Schule Veermoor übernehmen mussten – 3 Standorte – Sozialindex 2 – gefühlt eine kaum lösbare Aufgabe – wie konnte es trotzdem gelingen?

Entscheidend für den Erfolg der Arbeit an mehreren Standorten ist sicher, dass es vor Ort Verantwortliche gibt, die sichere organisatorische Rahmenbedingungen schaffen und die täglichen Abläufe gut gestalten. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Idee einer Schule, an der gemeinsam gelernt und gelebt wird, von allen getragen wird. Dabei spielt die Auswahl des Lehrpersonals eine entscheidende Rolle. Glücklicherweise ist es gelungen, viele engagierte Kolleg*innen einzustellen, die bereit waren, an einer Schule im Aufbau mitzuarbeiten. Dies bietet für die Kolleg*innen zwar nicht immer die Sicherheit einer etablierten Schule, bietet aber die Chance zu einer motivierten Übernahme von Verantwortung. Dabei sind Fehleinschätzungen einkalkuliert und manche Beschlüsse und Maßnahmen wurden nach einer Evaluation schon nach einem Jahr vom Kollegium wieder verändert.

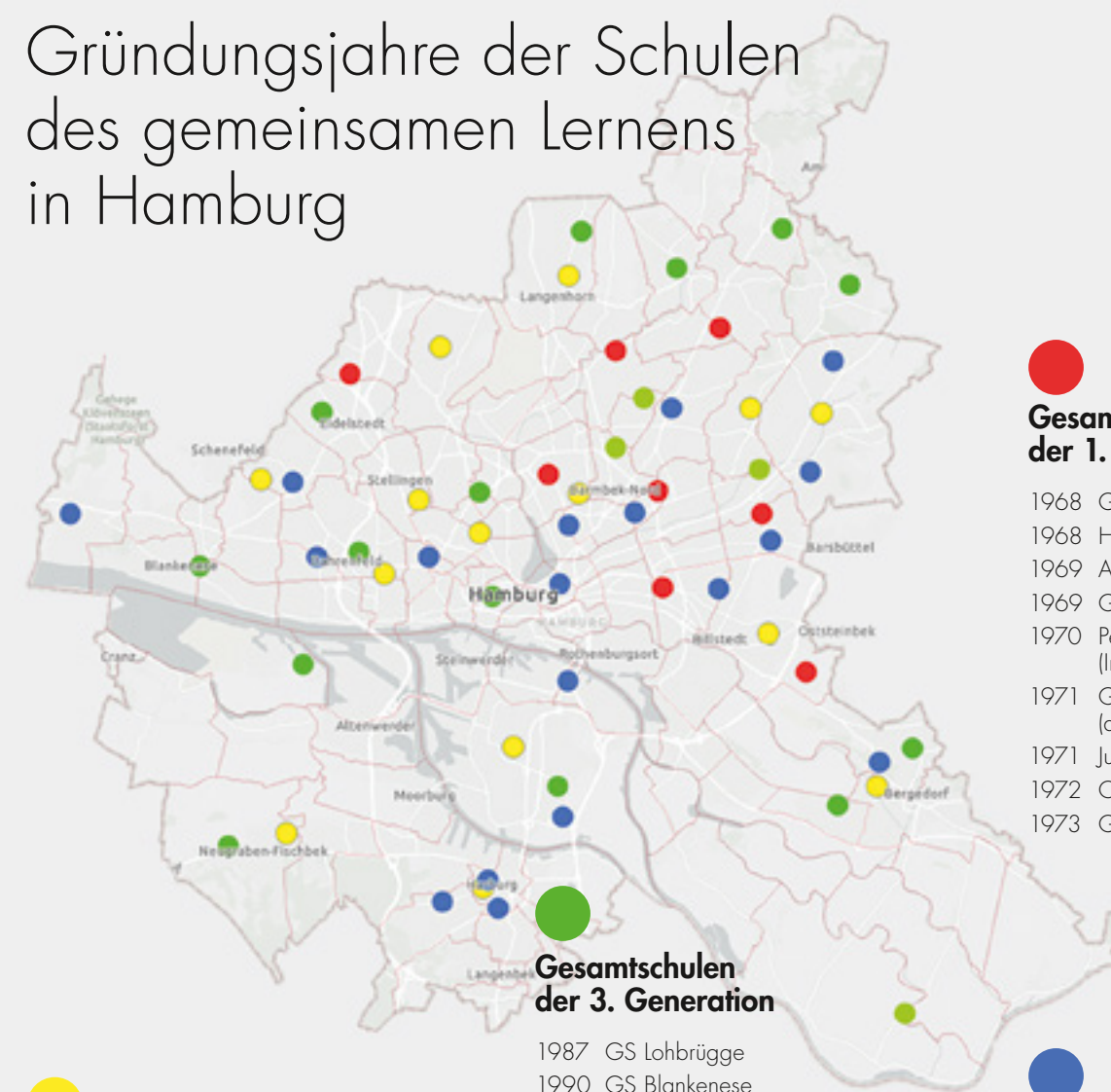
Wichtig hierbei ist, dass die Leitung Vertrauen in die Kolleg*innen setzt und den Mut hat, zu delegieren. Bei uns hat dies letztendlich zu einer hohen Identifikation der Kolleg*innen mit der Schule geführt.

Auch Schüler*innen und Eltern haben zunehmend Vertrauen in die neue Schulform gewonnen. Zudem hat das Kollegium im Laufe der Zeit erkannt, dass das gemeinsame Lernen und das Offenhalten der Abschlüsse inklusive des Abiturs eine gute pädagogische Arbeit ermöglicht. Ein „Zurück zum alten gegliederten Schulsystem“ spielt seit Jahren keine Rolle mehr. ■

Stadtteilschule Lurup heute:

ca.1030 Schülerinnen und Schüler,
120 Kolleg*innen unterschiedlicher Professionen
5–6-zügig in der SekI, alle inklusiv geführt, 3–4-zügig in der SekII
Verbindliche Ganztagschule mit vielfältigem Angebot
Aktive Stadtteilarbeit und Arbeit mit Jugendhilfeträgern zur Erhöhung der pädagogischen Möglichkeiten zur Beschulung aller Kinder
Begabtenförderung, erfolgreiche Teilnahme an unterschiedlichen Wettbewerben
Umzug in einen modernen Neubau mit Community School 2020

Gründungsjahre der Schulen des gemeinsamen Lernens in Hamburg



Gesamtschulen der 1. Generation

- 1968 GS Alter Teichweg
- 1968 Heinrich-Hertz-Schule
- 1969 Albert-Schweitzer-Schule
- 1969 GS Horn
- 1970 Peter-Petersen-Schule (Irena-Sendler-Schule)
- 1971 GS Steilshoop (ausgelaufen 2010)
- 1971 Julius-Leber-Schule
- 1972 Otto-Hahn-Schule
- 1973 GS Mümmelmannsberg

Gesamtschulen der 2. Generation

- 1979 Fritz-Schumacher-Schule
- 1979 GS Altona (Bruno-Tesch-GS ausgelaufen 2005)
- 1979 GS Bergedorf
- 1979 GS Farmsen-Berne (Erich Kästner Schule)
- 1979 GS Glückstädter Weg (Geschwister-Scholl-Schule)
- 1979 GS Harburg (Goethe-Schule-Harburg)
- 1979 GS Öjendorf
- 1979 GS Süderelbe
- 1979 GS Rahlstedt (ausgelaufen 1987)
- 1979 GS Stellingen
- 1979 GS Wilhelmsburg
- 1979 GS Meerweinstrasse (GS Winterhude – WI'R)
- 1979 Jahn-Schule (Ida Ehre Schule)
- 1979 Max Brauer Schule

Gesamtschulen der 3. Generation

- 1987 GS Lohbrügge
- 1990 GS Blankenese
- 1990 GS Eppendorf
- 1990 GS Grellkamp (2004 geschlossen)
- 1990 GS Poppenbüttel
- 1991 GS Allermöhe (Gretel-Bergmann-Schule)
- 1991 GS Fährbuernfleet (Fusion mit GSA 2005)
- 1991 GS Eidelstedt
- 1991 GS Fischbek
- 1991 GS Walddorfer
- 1992 GS Kirchdorf
- 1992 GS Neustadt (Rudolf-Roß-GS)
- 1992 GS Am Heidberg
- 1992 GS Bahrenfeld
- 1992 GS Finkenwerder
- 1995 GS Bergstedt
- 2000 KGS Benzenbergweg (STS Helmuth Hübener)
- 2006 KGS Tonndorf (Gyula Trebitsch Schule Tonndorf)
- 2008 Schule am See
- 2008 GS Kirchwerder

Stadtteilschulen ab 2010

- Brüder-Grimm-Schule
- Ilse-Löwenstein-Schule
- Kurt-Tucholsky-Schule
- Lessing-Stadtteilschule
- Max-Schmeling-Stadtteilschule
- Schule auf der Veddel
- Schule Maretstraße
- Stadtteilschule Altrahlstedt
- Stadtteilschule Barmbek
- Stadtteilschule Bramfeld
- Stadtteilschule Ehestorfer Weg
- Stadtteilschule Floitbek
- Stadtteilschule Hamburg-Mitte
- Stadtteilschule Lurup
- Stadtteilschule Meiendorf
- Stadtteilschule Oldenfelde
- Stadtteilschule Richard-Linde-Weg
- Stadtteilschule Rissen
- Stadtteilschule Stübenhofer Weg

Positionierungen

Leitbild Stadtteilschule in Hamburg

Vielfalt ist Reichtum – Gemeinsam erfolgreich lernen

- Jede Schülerin und jeder Schüler kann etwas.
- Jede Schülerin und jeder Schüler will lernen.
- Jede Schülerin und jeder Schüler bedarf der Würdigung ihrer/seiner Leistung.
- Jede Schülerin und jeder Schüler braucht seine Zeit und eigene Lernwege.

Leitsätze

- Wir wissen: Lernen ist ein individueller Prozess.
- Wir gestalten und sichern längeres gemeinsames Lernen.
- Wir fördern exzellente Leistungen jeglicher Art.
- Wir führen die Schülerinnen und Schüler zu den bestmöglichen Abschlüssen und Anschlüssen.
- Wir bieten und sichern einen profilgebenden Weg zum Abitur.
- Wir arbeiten in verlässlichen Netzwerken und Kooperationen, um voneinander zu lernen und ein breites Lern- und Unterstützungsangebot für jede Schülerin und jeden Schüler zu bieten.
- Wir fördern, fordern und betreuen die Schülerinnen und Schüler durch Teams mit unterschiedlichen Professionen.

Am 3. Dezember 2010
52 Stadtteilschulen



STS Eidelstedt, Herr Harnischfeger
STS Eppendorf, Herr Griep
STS Niendorf, Herr Paustenbach
STS Stellingen, Herr Mader
Ida-Ehre-Schule, Frau Wendland
Julius-Leber-Schule, Herr Tobel
STS Richard-Linde-Weg, Frau Maijer
STS Lohbrügge, Herr Schumacher
STS Bergedorf, Frau Nietzschmann
STS Kirchwerder, Herr Düsedau
Gretel-Bergmann-Schule, Herr Martens
STS Ehestorfer Weg, Herr Meyer
Lessing-STS, Herr Kauer
STS Harburg, Frau Pfeiffer

STS Fischbek, Herr Grübler
STS Süderelbe, Herr Rudolph
STS Bahrenfeld, Frau Fichtner
STS Blankenese, Herr Morgenroth-Marwedel
STS Goosacker, Frau Baumm
STS Lurup, Herr Hinz
Kurt-Tucholsky-Schule, Herr Becker
Max-Brauer-Schule, Frau Riekmann
Geschwister-Schöll-STS, Frau Natusch
STS Kirchdorf, Herr Giese
STS Bergstedt, Herr Rebers
STS Walddörfer, Frau Thölke
Irena-Sendler-Schule, Frau Pape

STS Poppenbüttel, Frau Manhart
STS Oldenfelde, Herr Stolle
STS Altrahlstedt, Frau Kaminski
Erich Kästner-STS, Frau Janke
Otto-Hahn-Schule, Frau Wiegandt
Kooperative Schule Tonndorf, Herr Brause
STS Bramfelder Dorfplatz/Hegholt, Herr Berger
STS am See, Frau Hoffmann-Humpf
STS Winterhude, Herr Heusler
STS Barmbek, Herr Radler
STS Alter Teichweg, Frau Bergemann
Albert-Schweitzer-Schule, Herr Pahl

STS Benzenbergweg, Frau Kreuzer
Heinrich-Hertz-Schule, Herr Augustin
STS Am Heidberg, Frau Smits
Fritz-Schumacher-Schule, Frau Müller
STS Langenhorn, Herr Bleckwedel
STS Mitte, Herr Bars
STS Mümmelmannsberg, Herr Aßmann
STS Stübenhofer Weg, Herr Stöck
STS Horn, Herr Koch
STS Wilhelmsburg, Herr Kallmeyer
STS am Hafjen, Herr Baier, Herr Pump-Berthé
STS Öjendorf, Frau Staschen
STS Finkenwerder, Frau Bernhardt

Positionspapier der Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen

Als die Anmeldezahlen für die fünften Klassen der Stadtteilschulen zum Schuljahr 2016/17 mit 42% des Jahrgangs einen Tiefstand erreichten, sahen sich die Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen im Juni 2016 veranlasst, mit einem fast einstimmig verabschiedeten Positionspapier (51:1:1) an die Öffentlichkeit zu treten. Sie formulierten die Befürchtung, dass das Zweisäulenmodell bei Anhalten dieses Trends zu scheitern drohe. Wir drucken das viel beachtete und diskutierte Dokument in Auszügen.

Wir Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen stehen mit Kopf, Herz und Hand für ein inklusives, demokratisches Schulwesen und suchen hierfür Bündnispartner in unserer weltoffenen Stadt Hamburg.

Das Ergebnis der Anmelderunde für die neuen fünften Klassen bestätigt den Trend der sozialen Segregation der Stadt. [...] Die soziale Ausgrenzung in Hamburg muss ein Ende haben: Die Hamburger Politik muss dafür sorgen, dass die Heterogenität in unserer Stadt hergestellt wird, dass sozial Schwache und auch die Zuwanderer in die Mitte unserer Gesellschaft gerückt werden und nicht an Ränder abgeschoben werden.

Heute blicken wir auf die Ergebnisse der Hamburger Bildungspolitik aus den letzten neun Jahren: Einem immer kleiner werdenden Teil der Hamburger Schülerinnen und Schüler, denjenigen, die sich selbst schon sehr anstrengen müssen, um ihre Bildungsnachteile aufholen zu können, werden die größten Herausforderungen unserer Zeit aufgebürdet. Diese 42% der Hamburger Schülerinnen und Schüler sollen dafür sorgen, auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und nun auch den allergrößten Teil der neu nach Hamburg zugewanderten Schülerinnen und Schüler zu integrieren. Diese

42% der Hamburger Schülerinnen und Schüler sollen mit ihren Eltern und Lehrern für den Zusammenhalt in unserem Tor zur Welt, unserer Stadt Hamburg sorgen. Das kann nicht gelingen!

Für den Zusammenhalt unserer Stadt, für eine moderne, soziale, gerechte und chancenreiche Gesellschaft braucht es alle Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern.

Das Hamburger Schulsystem muss seinen Beitrag zum Zusammenwachsen dieser Stadt leisten!

Wir Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen sind überzeugt, dass die Herausforderungen in unserer Stadt, eine moderne, vielfältige Gesellschaft zu leben, die sozial, demokratisch, gerecht und chancenreich ist, mit der **einen Schule für alle Schülerinnen und Schüler** bewältigt werden kann. Zum Wohl aller Hamburger Schülerinnen und Schüler suchen wir hierfür in der Politik und der Hamburger Gesellschaft Bündnispartner.

Doch auch wenn diese Vision gesellschaftlich und in den Köpfen der Menschen erst noch weiter wachsen muss, man sich in Hamburg mit dieser Vision erst noch anfreunden muss, kann auch das bestehende Hamburger Schulsystem

leistungsstark und gerechter sein und für die Kinder- und Jugendlichen dieser Stadt die passenden Chancen auf eine sehr gute Bildung bieten. Die Grundlagen dafür sind gelegt: Die Hamburger Stadtteilschulen zeigen jeden Tag, dass sie erfolgreich leistungsorientiert und talentfördernd arbeiten, dass gemeinsames Lernen gelingt. Die Hamburger Stadtteilschulen sind die Experten des gemeinsamen Lernens. Hierfür stehen wir mit unserem Leitbild.

...

Die Stadtteilschulen dieser Stadt arbeiten mit großer Anstrengung, Freude und Erfolg an einer guten Schule, an einer Schule, die den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht und sich an den Erkenntnissen aktueller Bildungsforschung ausrichtet. Die für unsere Schulform ermittelten und dokumentierten Lernzuwächse, die erreichten Abschlüsse, das soziale Engagement der Schulen und die zahlreichen Bildungspreise für herausragende Talente sind Zeugnis dieser guten Schulen. Diese Erfolge fußen auf dem gemeinsamen Lernen, auf einem wertschätzenden Blick auf jeden Schüler, auf Strukturen, auf Unterricht, der im Rahmen des gemeinsamen Unterrichtes die bestmögliche, individuelle Förderung eines jeden Schülers ermöglicht.

...

Wir sind nicht bereit, hinter unsere Ansprüche an gute Schulen zurückzufallen. Daher fordern wir einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog in der Stadt, der zum Ziel hat, die Bedeutung von Bildung und Schule für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft, in unserer auseinanderdriftenden Stadt herauszustellen. Wir fordern einen Dialog, der eine gemeinsame, von der Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger getragene Vision von guter Schule beschreibt.

Jede Stadtteilschule ist einzigartig:

Die Schule „von der Stange“ gibt es nicht! Die Stadtteilschulen entwickeln sich auf der Grundlage eines gemeinsamen Leitbildes und von Qualitätsstandards so, dass sie zu den Schülerinnen

und Schülern der Region passen. Neben dem Grundkonsens eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler zu sein, entwickelt jede Schule ihr eigenes Profil. Hierzu gehört die Freiheit, Lernzusammenhänge, Fächer, Lernbereiche etc. auf der Grundlage der Bildungspläne zu entwickeln und frei auszugestalten. Eine „Gleichmacherei“ aller Schulen passt nicht zu den Anforderungen an die unterschiedlichen Schulen und ihre Standorte. Sie passt auch nicht zu dem in Hamburg entwickelten Bild einer „selbstverantworteten Schule“.

Wir fordern:

Hamburgs Stadtteilschulen benötigen die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile. Die Handlungs- und Gestaltungsspielräume müssen für uns selbstverantwortete Schulen ausreichend groß sein.

Folgende weitere Themen stehen aus Sicht der Hamburger Stadtteilschulleitungen auf der Agenda zur Weiterentwicklung eines inklusiven Schulwesens, in die wir unsere Sichtweisen und Erfahrungen einbringen werden:

- 1) Inklusive Lehrerbildung
- 2) Anpassung der Rahmenbedingungen für das Personal unterschiedlicher Berufsgruppen an unseren inklusiven Ganztagschulen, z.B.:
 - a. Lehrerarbeitszeitverordnung
 - b. Arbeitsplatzbeschreibungen und Dienstzeitverordnungen für Sozialpädagogen und Erzieher
- 3) Neues Musterflächenprogramm für Hamburgs inklusive Ganztagschulen
- 4) Grundschulempfehlung und Aufnahmeentscheidung der weiterführenden Schule

Gemeinsam werden wir unsere Positionen in die von Senator Rabe angekündigten Gespräche über das Hamburger Bildungssystem einbringen.

www.ggg-hamburg.de/schulleiter-vereinigung/Inhalt/SL-STS-Positionspapier2016.pdf

Unverzichtbar – die AG Perspektive

Die AG Perspektive gratuliert der GGG zu ihrem 50-jährigen Bestehen! Da fragt sich doch die heutige Leserin, der heutige Leser vielleicht: „Wie bitte? Wer?“ Hier soll der nachfolgende Beitrag Abhilfe schaffen.

MATHIAS MORGENROTH-MARWEDEL



Mathias Morgenroth-Marwedel, Schulleiter der Stadtteilschule Blankenese

Im März 1998 entstand die AG Perspektive. Vordergründiger Anlass war das schlechte Abschneiden der Gesamtschulen bei der Anmelde-runde. Sehr schnell jedoch entstanden aus der Analyse Themen, die von der inneren Struktur und Verfasstheit bis hin zum Selbstverständnis und seiner Realisierung in den Schulen reichten. Früh erarbeitete die AG Perspektive Standortbestimmungen und Positionspapiere, erhob ihre Stimme in der schulpolitischen Diskussion in der Schulbehörde und darüber hinaus in Hamburg. Sie wurde bedeutsam und hatte Gewicht.

Ein Blick in die Protokolle aus dieser Zeit zeigt die intensive Auseinandersetzung mit vielen Fragen der inneren Ausgestaltung der Schulform, mit den „essentials“ guter Gesamtschularbeit. Es ging um die Frage der Differenzierung, die Möglichkeiten der Leistungsbeurteilung, die Ausgestaltung des Wahlpflichtbereiches und um Grundsätze für den Tutorenunterricht – immer mit Blick auf die Aufgabe, eine heterogene Schülerschaft gemeinsam zu unterrichten. Die Protokolle zeugen durchgängig von der gemeinsamen Zielsetzung, die integrierte Schulform Gesamtschule stabil neben den anderen (Gymnasium, Haupt- und Real-) Schule zu etablieren.

Für die Arbeit der AG Perspektive war es selbstverständlich, dass der Leiter der Schulaufsicht, der Grundsatzreferent und das IfL mit dabei waren und wesentliche Impulse setzten. Neben vielen anderen tauchen Jürgen Riekman, Gert Rauschnig und Aart Pabst immer wieder in den Protokollen

auf – sie haben sich große Verdienste um die inhaltliche Unterstützung und Weiterentwicklung der Gesamtschulen in Hamburg erworben!

Die Schulpolitik in Hamburg führte 2010 zu der heutigen Stadtteilschule im Rahmen des „Zweisäulenmodells“; zu den vormaligen Gesamtschulen kamen ehemalige Haupt- und Realschulen und Aufbaugymnasien hinzu. Nicht eben selbstverständlich war hier die Verständigung auf ein gemeinsames Leitbild der nunmehr 58 Schulen, die mit einem sehr unterschiedlichen Selbstbild und sehr unterschiedlichen Kulturen zusammen die Stadtteilschulen sein sollten.

Seit einigen Jahren wählen die Schulleitungen in jedem Bezirk in Hamburg ihre SprecherInnen. Sie haben das Mandat von den jeweils weiteren Stadtteil-Schulleitungen und nutzen die AG Perspektive für ihre regelmäßige Beratung, u.a. vor und nach den dienstlichen Gesprächen mit weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulbehörde oder auch mit dem Schulsenator.

Neben den Schulleiter-Dienstbesprechungen tragen diese Sitzungen dazu bei, angesichts der alltäglichen Arbeit die Weiterentwicklung der Schulform nicht aus dem Blick zu verlieren. Stets sind alle Schulleiterinnen und Schulleiter zu den Sitzungen eingeladen.

Angesichts der großen Themen, die uns im Zusammenhang mit unserem Leitbild und unserem Positionspapier bewegen, bleibt eines gewiss: die AG Perspektive ist auch in nächster Zeit unverzichtbar! ■



Für die Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter der Stadtteilschulen ist die GGG der richtige Ort!

RENATE NIETZSCHMANN & BARBARA RIEKMANN

Bundesweit einmalig ist die Hamburger Vereinigung der Schulleiter und Schulleiterinnen der Stadtteilschulen unter dem Dach der GGG. Der überwiegende Teil dieser Schulen, nämlich 45 von 58, hat sich 2013 zusammengeschlossen, um mit einer Stimme öffentlich sprechen zu können.

Zwischen 1969 und 1979 sind die Gesamtschulen noch wesentlich auf Betreiben engagierter und reformschulorientierter Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen gegründet worden. Sie sollten die „Eine Schule für Alle“ werden und die Gymnasien langfristig ersetzen. Wer als Schulleiterin oder Schulleiter solch einer Schule vorstand, wusste, auf was sie oder er sich einließ. Reformvorhaben, wie etwa der Verzicht auf Notenzeugnisse oder auf Formen äußerer Leistungs-differenzierung, hatten es schwer, mussten meistens in Auseinandersetzung mit der BSB umgesetzt werden, manchmal mit ihrer Duldung, selten auf ihre Initiative hin. Die Debatten auf den Schulleiterdienstbesprechungen um den richtigen Weg wurden heftig und politisch geführt. Auch waren fast alle Gesamtschulleitungen in der GEW und in der GGG organisiert – viele sind es heute noch-, so dass es genügend Gelegenheit für einen Austausch gab, auch über den eigenen Schulhaushorizont und über die Schulleiterdienstbesprechungen hinaus.

Mit der Einführung der Stadtteilschule änderte sich die Situation grundlegend. Die Stadtteilschule ist offiziell die zweite Säule in der Hamburger Schullandschaft neben dem Gymnasium, dessen Fortbestand überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird. In der Schulleiterdienstbesprechung mischten sich ehemalige Vertreter des dreigliedrigen Systems mit ehemaligen Vertretern der Gesamtschule. Zwar gaben sich bereits im Herbst 2010 die Schulleiterinnen und Schulleiter ein gemeinsames

Leitbild, dennoch wurde die Frage, welche Bedeutung das gemeinsame Lernen aller Kinder für die Ausrichtung der einzelnen Schulen und für die Hamburger Schulpolitik hat, sehr unterschiedlich beantwortet. Zudem wurde dieser Frage in den Schulleiterdienstbesprechungen nicht genügend Bedeutung beigemessen. Deswegen beschloss die überwiegende Zahl der Schulleiterinnen und Schulleiter im Frühjahr 2013, sich politisch zu organisieren.

Sie wollten mit eigener Tagesordnung diskutieren und sie wollten – so wie es die Schulleiterinnen und Schulleiter der Gymnasien seit langem taten – sich als Verband öffentlich äußern können. Den Rahmen dazu bot die GGG. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Sprecherinnen und Sprechern der Vereinigung zu:

Sie sind in der öffentlichen Wahrnehmung die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtteilschulen. ■



Renate Nietzschmann, ehemalige Schulleiterin der GSB Stadtteilschule Bergedorf



Ich möchte alle an Stadtteilschulen Tätigen (KollegInnen, SchülerInnen, Eltern) ermutigen, ihre Schulen auf dem Weg zu mehr Demokratie, Inklusion und gemeinsamem Lernen für alle voranzubringen.

Andreas Baumgarten, Vorsitzender der GGG Hamburg von 2002 bis 2003, danach bis 2010 Mitglied des Vorstandskollektivs, Lehrer an der Ida-Ehre-Schule und der Stadtteilschule Mitte

Aktionen und Kampagnen

Gesamtschultage

GERHARD LEIN

Im Jahre 1987, dem Jahr der Gründung erster Gesamtschulen der 3. Generation, hatte der GGG-Vorstand beschlossen, endlich eine landesweite Präsentation aller Gesamtschulen durchzuführen. Die Tage der offenen Türen der einzelnen Gesamtschulen waren in der Regel erfolgreiche Präsentationen der jeweiligen Schulen, trugen aber zu wenig zur Etablierung der Marke Gesamtschule bei.

Für diese erste Leistungs-Show der bewährten jungen Schulform wählte der GGG-Vorstand mutig die Markthalle am Hauptbahnhof und ging damit ein hohes (auch finanzielles) Risiko ein. Der Erfolg war beeindruckend. Das Abendblatt schrieb von 4.000 Besuchern. Bis zum Jahr 1998 wurde alle zwei Jahre diese Gesamtschul-Messe durchgeführt, die letzten Male dann in den Sälen des Curiohauses. ■



Es lohnt sich weiter zu kämpfen für die „Eine Schule für alle“, und die Schritte zur Veränderung sehe ich in der Individualisierung und dem Zurückdrängen der Noten.

Helga Kruse-Moosmayer, GGG-Vorsitzende 1980 bis 1982,
Abteilungsleiterin 5-7 an der Gesamtschule Horn, Hauptseminarleiterin

Gesamtschule Gut für alle



Foliensatz zur Präsentation in öffentlichen Veranstaltungen wurde erstellt und auch stark genutzt.

GERHARD LEIN

Anfang der 2000er Jahre kam eine Schill-lernende mit CDU und FDP garnierte neue Rathauskoalition auf die Idee, man solle der „überausgestatteten“ Gesamtschule den Hahn zudrehen, und begann mit einem drastischen Stellenabbau (hierzu an anderer Stelle dieses Heftes mehr).

Da trafen sich die bisher unsere Gesamtschulen tragenden Organisationen und politischen Parteien zu einem „Aktionsbündnis Gesamtschule“, aus der u.a. eine Kampagne „Gesamtschule – gut für alle“ entstand. Mit großen Plakataktionen, Veranstaltungen und weiteren Öffentlichkeitsaktionen verschaffte sie sich Gehör. Das Logo fand als Aufkleber sehr starke Verbreitung, auch weit über Hamburg hinaus und bis zum heutigen Tag. Die alljährlichen Anmeldewochen wurden mit Aktionen durch professionell gestaltete Plakate begleitet, ein

Ein Höhepunkt dieser mehrjährigen Kampagne war ein Fest zum 25-jährigen Jubiläum der zweiten Gesamtschulgeneration in den Räumen des TV-Senders Hamburg 1 mit einer TV-Diskussion unter Leitung von Herbert Schalthoff. Die Teilnehmerliste des anschließenden Buffets liest sich wie ein „who is who“ der Gesamtschulen. Die Kampagne wurde von den Gesamtschulen durch Umlage (zumeist über die Schulvereine) finanziert.

Völlig selbstverständlich war seinerzeit, dass die Schulleiterdienstbesprechungen mittendrin eine „Kaffeepause“ machten, an deren Rändern die Kampagne kritisch begleitet, Verabredungen getroffen, Material ausgetauscht wurde. „So, können wir dann weitermachen?“, war die Schulaufsichtsfrage in die Runde; deshalb gab es also auch keine dienstlichen Konflikte. Erst mit der neuen Kampagne zum Volksbegehren „Eine Schule für alle“ (ESfa) kam diese Kampagne zu einem Abschluss. ■



„Das Schulwesen zweigliedrig zu entwickeln mag für manchen Bildungspolitiker, aber auch Pädagogen etwas Verlockendes haben. Dafür eignen sich Sekundarschulen, H/R-Integrationen o.ä. besser. Es hilft meines Erachtens auch nicht, den Gesamtschulen dieses Modell dadurch schmackhaft zu machen, dass der zweiten Säule neben dem Gymnasium eine stärkere berufliche Orientierung als schulformspezifisches Profil zugeschrieben wird. So anmaßend es klingen mag, die Gesamtschule ist nicht geeignet, als Bestandteil in ein wie auch immer gegliedertes Schulsystem eingefügt zu werden. Gesamtschulen können nur als Gesamtschulen geführt werden; sie sind die Alternative zum gesamten gegliederten Schulsystem und müssen die Perspektive behalten können, einmal alles zu werden.“ (15.08.1995)

Jürgen Riekman († 2010), Mitglied im Gründungsvorstand der Hamburger GGG, in den Vorstandskollektiven von 2004 bis 2010, Grundsatzreferent, Leiter der Abteilung Gesamtschulen in der Schulbehörde bis zum Jahr 2000

Hamburger Schulbesuchstage, eine Initiative der GGG

ANNE VOLKMANN

Im Jahr 2009 hatte Hamburg ein Netzwerk Hospitationsschulen gebildet und das Programm mit Ressourcen ausgestattet. Es wurde vom Landesinstitut begleitet und später von der Universität (Prof. Dr. Dagmar Killus) evaluiert. Obwohl dem Hospitations-Netzwerk Effekte in der Schulentwicklung der besuchenden Schulen attestiert wurden, setzte die Behörde die Ressourcenzuweisung 2012 nicht mehr fort.

Das war eine deutliche Schwächung des Netzwerks und für die GGG ein Grund initiativ zu werden. Unter dem Motto **„Stadtteilschulen stärken sich gegenseitig – Schulen stellen ihre Konzepte und ihre Praxis vor“** fanden 2015 zum ersten Mal die Hamburger GGG-Schulbesuchstage nach Berliner Vorbild statt.

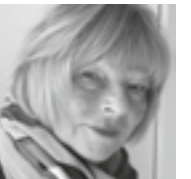
Zuvor waren im Herbst 2014 mit den SchulleiterInnen und Schulen Rahmensetzungen und Standards verabredet worden. 35 Angebote aus 15 Stadtteilschulen standen den interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Auswahl. Von „Freier Arbeit“ über „Projektunterricht“ und „Profiltagen“ bis zur „Berufsorientierung“ war viel Lohnendes und Spannendes dabei.

Die Akzeptanz war hoch, die Organisatorinnen im Landesvorstand der GGG konnten erfreulicherweise ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer „verbuchen“. Ein toller Erfolg, der zeigt, wie groß der Bedarf an Austausch und Begegnung unter den Stadtteilschulen ist. In den folgenden Jahren stieg die Teilnehmerzahl weiter an und mit 120 Teilnehmern waren 2018 alle Angebote bis auf den letzten Platz ausgebucht.

Das Feedback der Schulen, ergänzt um Auswertungs-Gesprächsrunden, hat uns bestärkt. Es war durchweg positiv. Hervorgehoben wurde die gute Organisation an den Schulen; betont wurde,

dass das Gesehene und Erfahrene motiviere, an der eigenen Schule hieran weiterzuarbeiten. Konzepte und deren Umsetzung konnten „hautnah“ erfahren und im Gespräch vertieft werden. Die eigene Schule werde noch einmal in „neuem Licht“ gesehen. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der anbietenden Schulen berichteten von wertschätzenden Feedbacks für ihre eigene Arbeit. Zu 95% hatten die Hospitationen den Erwartungen der Teilnehmenden entsprochen. Eine ermutigende Bilanz.

Inzwischen blicken wir auf vier Schulbesuchsrunden zurück. Auch wenn wir uns, die GGG und die Schulen, in 2019 eine Pause gegönnt haben, bleibt der Wunsch, die Schulbesuchstage in den kommenden Jahren weiterhin zu etablieren. ■



Anne Volkmann, ehemalige Abteilungsleiterin an der Gesamtschule Lohbrügge, im Vorstand des Hamburger Landesverbandes der GGG seit 2002



zusammen leben zusammen lernen – Eine Initiative der GGG

Mit der Initiative zusammen leben zusammen lernen wird der gesellschaftliche Dialog über eine Schule, in der alle Kinder gut gemeinsam lernen können, beflügelt.

ANNA AMMONN

Die Hamburger GGG hat vor zwei Jahren einen neuen Weg beschritten, um die Diskussion um die Vorteile des gemeinsamen Lernens noch stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und zu forcieren: Wir haben mit anderen Verbänden, dem Grundschulverband und dem Verband Integration an Hamburger Schulen, die Initiative *zusammen leben zusammen lernen* gegründet. Wir werden dabei unterstützt von bekannten Hamburger*innen. Zudem ist die Initiative für die Verbreiterung der öffentlichen Debatte im Gespräch mit verschiedenen Hamburger Organisationen, denen Bildungsgerechtigkeit und gemeinsames Lernen ebenfalls am Herzen liegen. Das ist die inhaltliche Grundlage, auf der wir arbeiten:

Bildungsgerechtigkeit ist unser aller Verantwortung

Wir wollen die politisch Verantwortlichen überzeugen, für eine Schule ohne Ausgrenzung einzutreten und Verantwortung hierfür zu übernehmen.

Demokratie und soziale Kompetenzen

Demokratie heißt: gemeinsam für jeden einzelnen. Es müssen Konflikte wahrgenommen, Lösungen entwickelt und ausgehandelt werden. Das erfordert soziale und kommunikative Kompetenzen. Schüler erwerben sie am besten, wenn ihr Umfeld vielfältig und heterogen ist.

Gemeinsames Lernen und Schulerfolg

Kinder lernen in besonderer Weise voneinander. Je vielfältiger das Umfeld ist, desto mehr profitieren sie von gegenseitiger Unterstützung. Das nützt auch den leistungsstarken Schülern: Wer andere Lernwege erfasst, durchdringt den Lernstoff in ganz besonderer Weise. Längeres gemeinsames Lernen nützt allen: Es fördert den Lernzuwachs und sichert den Schulerfolg.

Wachsende Disparitäten und soziale Begegnung

In vielen Aspekten entwickelt sich unsere Gesellschaft auseinander. Die Schule allein kann das nicht ändern. Sie kann aber lehren, damit umzugehen. In der Schule der Vielfalt kann der Gegenentwurf gelebt werden: Das Ringen um die Gemeinsamkeit aller.

Begegnung statt Ausgrenzung: Die Schulen machen den Anfang.

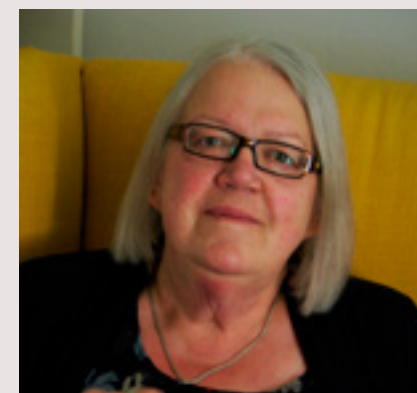
UN-Konvention und Inklusion

Jeder Mensch ist einzigartig. Wo jeder sichtbar wird, gewinnen wir alle. Das formuliert die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie fordert, dass „Behinderung“ nicht zum Ausschluss aus gesellschaftlichen Strukturen führt. Die allgemeine Schule muss sich so verändern, dass sie allen Kindern gerecht wird.

Infos unter: www.zusammenzusammen.de

Im Gespräch mit Ilse Willoughby. Sie ist überzeugt vom längeren gemeinsamen Lernen

ANNE VOLKMANN



Ilse Willoughby, ehem. Elternratsvorsitzende an der GS Wilhelmsburg

Ilse Willoughby empfängt mich in ihrer Wohnung in Ottensen.

Vor 25 Jahren nahm sie als Elternvertreterin der GS Wilhelmsburg an der Fachtagung „25 Jahre Gesamtschule in Hamburg“ teil. Ilse Willoughby war alleinerziehend und immer berufstätig. Sie er-

zählt: „Ich habe nach einer Schule für meine Kinder gesucht, in der die Schüler gemeinsam lernen und in der man nicht sitzenbleibt.“

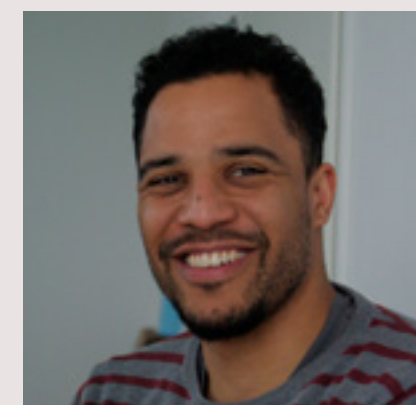
Über ein erstes Liebäugeln mit der Waldorfschule, die sie als zu esoterisch ablehnte, wurde sie sehr schnell auf die Gesamtschule aufmerksam. Ihr war es wichtig, dass Schüler unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem sozialen Background und Leistungsstand zusammen lernen. Dieses hat sie an der GS Wilhelmsburg gefunden. Begeistert berichtet sie: „Der Schulleiter brannte für diese Schulform und er holte viele Lehrerinnen und Lehrer an seine Schule, die 100-prozentig hinter der Gesamtschulidee standen.“ So führte sie ihr eigenes Engagement in den Elternrat. Sie unterstützte die Arbeit der Schule, die sich schnell zur

Ganztagsschule entwickelte. Ilse Willoughby sagt: „Eine Ganztagsschule ist für alle Kinder ein Gewinn. Besonders die zunehmende Berufstätigkeit der Eltern macht es nötig, den Schülerinnen und Schülern über die reine Wissensvermittlung hinaus, andere Kompetenzen zu vermitteln.“ Für sie

und ihre Kinder war das segensreich. Sie erzählt, dass ihr Sohn Marvin dank der Unterstützung des Sportlehrers zum Basketballprofi wurde. Doch zuvor machten er und seine Schwester Florence das Abitur an der Gesamtschule Kirchdorf.

Ilse Willoughby hat sich viele Gedanken über die „richtige“ Pädagogik gemacht. Sie sagt, wenn die Bildung inklusiv und demokratisch sei, könne die Spaltung der Gesellschaft schneller überwunden werden. Dazu bedürfe es aber auch einer Lehrerbildung, die genau diese Elemente enthielte und sich nicht nur auf Fachwissen spezialisiere. Unser Gespräch endet mit ihrer Feststellung: „Die ganze Schulgemeinschaft muss für eine Schule für alle brennen. Nur dort kann jeder zusammen mit und von den anderen lernen.“

Ihr Sohn Marvin Willoughby war lange Basketballprofi. Heute leitet er die Geschicke des Basket-



Marvin Willoughby, ehem. Gesamtschüler und Basketballprofi, heute Geschäftsführer der Hamburg Towers

ballvereins *Hamburg Towers* als Geschäftsführer und engagiert sich sozial im Stadtteil Wilhelmsburg und auch in unserer Kampagne *zusammen leben zusammen lernen*.

Sein Leitspruch für die Kampagne lautet: „Jedes Team braucht unterschiedliche Talente.“ Sport verbindet durch die soziale Interaktion sehr unterschiedliche Menschen. Jeder bringt das ein, was er besonders gut kann, und fühlt sich wertgeschätzt, wenn er eine definierte Rolle erhält,

die er erfüllen kann. So werden positive Emotionen geschaffen, die die sozialen Bindungen untereinander weiter festigen. Diese Erfahrung habe er erstmals als Schüler auf der GS Wilhelmsburg gemacht, und an der Gültigkeit habe sich bis heute nichts geändert. ■

Elternengagement

ARGE – Die Arbeitsgemeinschaft der Elternräte an Gesamtschulen

In Hamburg war am Ende der 60er Jahre die Zeit reif für die reformpädagogische Gesamtschule. Immer mehr Eltern, ihre eigenen Schulerfahrungen noch im Kopf, wählten für ihre Kinder diese neue Schulform. Mit kräftiger Unterstützung durch Elterninitiativen wurden es über die Jahre 37 Gesamtschulen.

BARBARA BEUTNER

Die Elternräte vor Ort organisierten sich in einer Arbeitsgemeinschaft der Elternräte der Gesamtschule (ARGE), weil die Schulverfassungsgremien wie Elternkammer und Kreiselternräte die Interessen der Gesamtschule weitgehend ignorierten bzw. belächelten. Der „Glaubenskrieg“ für das bessere Schulsystem in Hamburg wurde unter den Eltern und in der Politik leidenschaftlich ausgefochten.

Monatliche Treffen der ARGE in den Räumen der Schulbehörde, fast immer mit einem Vertreter der Schulaufsicht, ermöglichten den Delegierten aus allen GS-Elternräten einen Informations- und Erfahrungsaustausch, bei dem sie sich für die Arbeit in ihrem eigenen Elternrat inspirieren ließen. Aktuelle bildungspolitische und schulorganisatorische Themen wie kreative und offene Unterrichtsgestaltung, Ausstattung der Schulen inklusive Schulmobiliar, Unterrichtsausfall, Umgang mit der Leistungsbewertung bzw. Notengebung, Unterrichtsorganisation und -einteilungen, Lehrmittel- und Barrierefreiheit, Umgang der Schulen mit Ozon beim Sportunterricht im Sommer sowie mit den Schadstoffen Asbest und PCB wurden öffentlich diskutiert, und es wurden schulübergreifend Aktionen und Proteste organisiert.

Unter dem Motto „Gerades Rückgrat für gerade Menschen“ diskutierten Elternvertreter*innen, ob die Gesamtschulidee mit dem integrativen reformpädagogischen Ansätzen tatsächlich chancengerecht umgesetzt wurde und die Leistungseinstufungen in den einzelnen Unterrichtsfächern nicht nur nach „unten“, sondern auch nach „oben“ durchlässig waren. Nicht selten wurden engagierte

Eltern, die nicht nur das eigene Kind im Blick hatten und zusammen mit anderen Eltern Schule mitgestalten wollten, in der Schule als Störfaktor wahrgenommen. Doch es kann eine demokratische Erziehung nur dann erfolgreich funktionieren, wenn Schüler*innen mit ihren Eltern an Entscheidungsprozessen in der Schule beteiligt werden und selbst Ideen entwickeln können, die über den Lehrplan hinaus im Unterricht und in der Schulkonferenz zur Abstimmung stehen. Entscheidend war jedoch, gemeinsam nach Antworten zu suchen und Missstände zu beheben. Für engagierte Gesamtschuleltern war wichtig, über das eigene Kind hinaus das reformpädagogische Konzept mitzugestalten.

Ich wünsche der ARGE-Nachfolgeorganisation „Gemeinschaft der Elternräte der Stadtteilschulen“ (GEST) viel Erfolg bei ihrer Arbeit und erhoffe mir, dass Grundzüge der Reformpädagogik der nun ehemaligen Gesamtschule in Hamburg fortgeführt und weiterentwickelt werden. ■



Barbara Beutner, Grafikerin, Elternrat der Gesamtschule Horn, langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Gesamtschul-Elternräte (ARGE), Mitglied in verschiedenen GGG-Vorständen



In welchen Stadtteilen kann man auf die Zweiteilung Gymnasium – Stadtteilschule verzichten, da beide Schulformen nicht genügend Schülerinnen und Schüler haben und eine Stadtteilschule (Gesamtschule) genügen würde?

Wolfgang Huldich, GGG-Vorsitzender von 1986 bis 1990, Didaktischer Leiter der Gesamtschule Steilshoop, Gründungsschulleiter der Gesamtschule Blankenese, Oberschulrat für Gesamtschulen bis 2008



Von der ARGE zur GEST

Die Einrichtung der Stadtteilschule war für die Elternvertretung der Gesamtschulen (ARGE) wie auch die einzeln agierenden Elternräte der aus den gegliederten Schulen stammenden Stadtteilschulen eine gewaltige Herausforderung. Sie alle mussten sich über kurz oder lang mit einer Sekundarstufe II, also dem Abitur an der eigenen Schule auseinandersetzen.

KLAUS-PETER SCHIEBENER



Klaus-Peter Schiebener, kooptiertes Mitglied des Vorstands der GEST

Die ARGE sah diese Reform als Chance, die ehemaligen HR-Schulen mit ins Boot zu holen. Dazu musste sie sich neu konstituieren, und sie musste die neuen Stadtteilschulen in ihrer besonderen Situation in den Blick nehmen. Viele dieser neuen Stadtteilschulen und auch ihre Elternvertretungen fühlten sich in ihrer neuen Rolle überfordert, auf pädagogischem Neuland mit neuen organisatorischen Strukturen und fehlenden Ressourcen. Dieser Prozess der Neuorientierung dauert zum Teil immer noch an. Die ARGE entwickelte eine neue Geschäftsordnung, die dieser Entwicklung Rechnung trug, und benannte sich um. Die existierenden 58 Hamburger Stadtteilschulen werden seither kritisch begleitet und gefördert durch die GEST – Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg.

Erfahrungsaustausch unter den einzelnen Schulen und Stärkung der Stadtteilschulen als einer der beiden Säulen des allgemeinbildenden Schulsystems sind zwei Hauptaspekte der Arbeit der GEST. Die Stadtteilschule hat einen sehr umfassenden Bildungsauftrag, trägt die Hauptlast der Inklusion in der Sekundarstufe nahezu allein und vergibt mit ihrem Anspruch auf Vermitt-



lung „einer grundlegenden und vertieften allgemeinen Bildung“ alle Abschlüsse des Bildungssystems. Dabei erreichen viele Schüler durch die

Förderleistung der Stadtteilschule – wie früher die Gesamtschule – höhere Abschlüsse als ursprünglich prognostiziert.

Auf dem Weg zur selbstbewussten und wirkmächtigen Vertretung der Stadtteilschule ist die GEST erfolgreich, aber es gibt noch zu tun. Über die Hälfte aller Stadtteilschul-Elternräte ist auf den GEST-Sitzungen vertreten, Schulse-nator und Landesschulrat Gäste der Sitzungen. Klare Positionierungen zu Zügigkeit, Inklusion, Klassenfrequenzen und schulindividuellen Konzepten wurden beschlossen, mit den politischen Parteien wurde der Dialog zur Weiterführung des sog. Schulfriedens über die 10-jährige Gültigkeit hinaus geführt.

Die GEST fühlt sich ihrer geschichtlichen Verbindung mit der ARGE verpflichtet und setzt sich beharrlich für die Zusammenarbeit aller Eltern der Stadtteilschulen ein, denn „nur gemeinsam sind wir stark“. Und das Ziel bleibt, dass möglichst alle Schüler gemeinsam alles vollumfänglich lernen können, wie es Johann Amos Comenius (1592-1670) gefordert hatte. ■

Total loyal



In ihrer 50-jährigen Geschichte haben sich die Hamburger Gesamtschulen immer wieder höchst widerspenstig und kämpferisch gezeigt. Der innere Abstand zur Obrigkeit war zumeist groß. Die Auseinandersetzungen um Ressourcen, um Fragen der Leistungs-differenzierung oder um die Lehrerarbeitszeit wurden zeitweise mit erbitterter Härte geführt. Dass es aber durchaus auch humorvoll geistreich zugehen konnte, zeigt ein kleiner Schriftwechsel, den wir hier in Auszügen abdrucken.

Eine Gesamtschule beantragt am 01. April 1989 bei der Schulaufsicht, zusätzlich zum offiziellen Schulstempel künftig den Stempel „total loyal“ benutzen zu dürfen – „Damit sollen auch nach außen hin alle Zweifel bzgl. der Loyalität von Kollegium und Schulleitung gegenüber der BSBJ ausgeräumt werden.“

Der Leiter der Abteilung Gesamtschulen in der Schulbehörde, Jürgen Riekmann lehnt den Antrag gut zwei Wochen später ab, denn „... es widerspricht den Grundsätzen sparsamer Haushaltsführung, überflüssige Gegenstände zu beschaffen.“ Die sich anschließende Begründung ist außergewöhnlich.

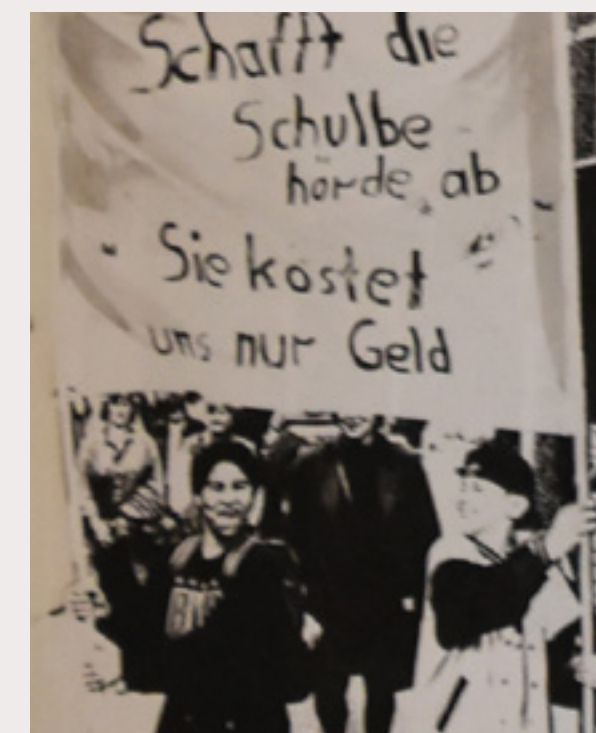
„Ein Stempel, der die Loyalität der Beamten, die ihn verwenden, hervorheben soll, ist, da er Selbstverständliches ausdrückt, überflüssig. Er könnte, und diese Gefahr liegt nahe, sogar, würde er auf den vielen Schreiben der Schulleitung der ... Gesamtschule an die Senatorin verwendet, bei der Adressatin eher Zweifel wecken als ausräumen, da auch in diesem Fall die schon klassischen Rilkeschen Verse sich aufdrängen:

» Sieh Dir die Liebenden an, wenn erst das Bekennen begann, wie bald sie lügen. «

Doch noch aus einem anderen Grunde muss Ihr Antrag zurückgewiesen werden: Die Begriffe loyal und total reimen sich zwar, passen aber sonst so wenig zueinander wie zwei linke Schuhe. Bei allem Verständnis dafür, dass sich die Kolleginnen und Kollegen ... zur totalen Hingabe gedrängt fühlen, so kann diese doch nicht angenommen werden und muß vor allem aus rechtsstaatlichen Gründen

zurückgewiesen werden. Beamte, die von der irrationalen Steigerung ihrer loyalen Pflichterfüllung zur total loyalen Pflichterfüllung nicht zurückgehalten werden können, drohen, aus subjektiv besten Absichten, unseren Staat, dem wir dienen, aus der Tradition eines Hugo Preuß zu lösen und in einen Staat nach den Vorstellungen eines Carl Schmitt zu transformieren. Das kann keiner wollen.

So muss ich die Schulleitung und die Kolleginnen und Kollegen bitten, sich auch künftig auf eine loyale Pflichterfüllung zu beschränken. Das ist sicher ohne einen zusätzlichen Stempel möglich. Mit freundlichem Gruß Riekmann“



Konzepte und Impulse

Lernen in Zusammenhängen – über die Fächer hinaus

In der Gesamtschule haben sich integrative Fächer entwickelt, die es so in den anderen Schulformen nicht gibt und die zu einem Alleinstellungsmerkmal geworden sind. Sie sollen hier kurz dargestellt werden.

UWE TIMMERMANN

Gesellschaftskundlicher Lernbereich

Der gesellschaftskundliche Lernbereich wurde an den Hamburger Gesamtschulen von Anfang an integriert unterrichtet. In ihn gehen die Inhalte und Lernziele der traditionellen Fächer Erdkunde/Geographie, Geschichte und Sozialkunde/PGW (Politik-Gesellschaft-Wirtschaft) ein. Das für die Gesamtschulen sehr bedeutsame Fach hieß zunächst „Politik“ und wurde später in „Gesellschaft“ umbenannt. Im Mittelpunkt stand immer die Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung, wodurch das Fach für die Erziehungsziele der Gesamtschule eine zentrale Rolle einnahm. Grundlage für diesen Ansatz war die Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Phänomene nicht richtig verstanden werden können, wenn man nur aus einer Fachrichtung auf sie blickt, sondern nur dann klarer werden können, wenn man die Zusammenhänge aus räumlicher, geschichtlicher, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht betrachtet. Durch die Integration der Fächer stehen im neuen Fach auch mehr Wochenstunden zur Verfügung, was die Umsetzung von projektorientiertem und selbstverantworteten Lernen in größeren Zusammenhängen erleichtert.

Auch in den Bildungsplänen der Stadtteilschulen wurde der integrierte gesellschaftskundliche Lernbereich zunächst fortgeführt. Leider hat der jetzige Senat beschlossen, dass Stadtteilschulen den Lernbereich auch auflösen und den Unterricht in den Fächern erteilen können, was aber nur sehr wenige Schulen umsetzen.

Arbeitslehre

Der Gesamtschule ist das ganzheitliche Lernen mit Kopf, Herz und Hand ein wichtiges Anliegen. Deshalb hat sie neben den vielen Fächern mit kognitivem Schwerpunkt mit der Arbeitslehre ein Fach mit handwerklichen Tätigkeiten aufgenommen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen an das Arbeiten mit Holz, Metall und Textilien herangeführt werden und auch Lernerfahrungen in der Hauswirtschaft sammeln.

In den Hamburger Gesamtschulen war Arbeitslehre ein Pflichtfach in den Jahrgängen 5 und 6 sowie 9 und 10, in den Jahrgängen 7–10 konnte es zusätzlich als Wahlpflichtfach angewählt werden. Für diesen Unterricht wurden die Schulen mit unterschiedlichen Werkstätten und einer Schulküche ausgestattet, in denen die Schülerinnen und Schüler jeweils für einige Monate im Block an ihren Projekten arbeiten konnten.

Neben der praktischen Arbeit übernahm das Fach Arbeitslehre aber auch den wesentlichen Anteil an der schulischen Aufgabe der **Berufsorientierung**. Hier wurden vielfältige Erfahrungen in der Arbeitswelt ermöglicht, durch Betriebsbesichtigungen, einzelne Schnuppertage in Betrieben oder längere Praktika. Alle diese externen Lernsituationen wurden im Unterricht vor- und nachbereitet. Durch das Einüben von Bewerbungsschreiben und Bewerbungsgesprächen, die Teilnahme an Potenzialanalysen, den Besuch von Berufsmärkten und eine intensive individuelle Betreuung erhielten die Schülerinnen und Schüler wichtige Unterstützung

bei der Frage, welcher berufliche Weg sich nach der Schule anschließen kann.

In den Stadtteilschulen wurde der Lernbereich „Arbeit und Beruf“ etabliert. Er hat vor allem die Aufgabe der Berufsorientierung übernommen. Die praktischen Anteile des Faches Arbeitslehre tauchen im Pflichtbereich jetzt nicht mehr auf. Viele Schulen setzen daher Stunden aus dem Gestaltungsbereich für die praktische Arbeit in den Jahrgängen 5 und 6 ein. Außerdem wird weiterhin im Wahlpflichtbereich und in den Profilen in den Werkstätten und der Lehrküche gearbeitet.

Naturwissenschaftlicher Lernbereich

Um das Jahr 1990 herum entstand in den Gesamtschulen eine Bewegung, die auch im Bereich der Naturwissenschaften einen fächerübergreifenden

ganzheitlichen Unterricht durchführen wollte. Das Konzept zur „Praxis integrierter naturwissenschaftlicher Grundbildung“ (PING) wurde entwickelt und in der Folge an vielen Gesamtschulen in den Jahrgängen 5–6/7 umgesetzt. In Unterrichtseinheiten wie „Ich und das Wasser“ wurde der Lerngegenstand aus biologischer, physikalischer und chemischer Sicht betrachtet.

In den Stadtteilschulen wurde in den Bildungsplänen der Lernbereich „Naturwissenschaft und Technik“ ausgewiesen, in dem man von einem integrierten Unterricht in den ersten Jahren und einem Fachunterricht in höheren Jahrgängen ausging. Heute haben fast alle Stadtteilschulen bis zum Jahrgang 6 oder 7 einen integrierten Unterricht im Fach „Natur“ oder „Nawi“, einige Schulen aber auch bis zur 10. Klasse. ■

Wahlmöglichkeiten: Schwerpunkte setzen können

Die Gesamtschule in Hamburg hat immer darauf geachtet, dass Schülerinnen und Schüler nach ihren Interessen und Neigungen persönliche Schwerpunkte setzen können. Deshalb wurden an allen Schulen Strukturen entwickelt, durch die man diesem Anspruch gerecht werden konnte. So gab und gibt es an allen Schulen Wahlpflichtbereiche, viele Schulen haben auch Fachklassen oder Profilklassen eingeführt.

UWE TIMMERMANN

Wahlpflichtbereich I

In den Gesamtschulen wurde dieser Wahlpflichtbereich in den Jahrgängen 7–10 angeboten und beginnt jetzt an einigen Stadtteilschulen schon im Jahrgang 6. Er ist mit 3–4 Stunden in der Woche recht umfangreich, weil in ihm auch die 2. Fremdsprache angeboten wird, in der man bis zum Eintritt in die Oberstufe 16 Unterrichtsstunden

nachweisen muss, um die Abituraufgaben zu erfüllen. Zur meistangewählten 2. Fremdsprache hat sich Spanisch entwickelt, aber auch Französisch und an einigen Schulen Latein sind wählbar. Daneben vervollständigen häufig Arbeitslehre, Natur und Technik, Naturwissenschaften und Sport das Angebot.

Wahlpflichtbereich II

An den Gesamtschulen gab es zusätzlich einen weiteren Wahlpflichtbereich, der der individuellen Schwerpunktbildung diente und der ab Jahrgang 7 dreistündig unterrichtet wurde. Da in dieser Wahlpflichtschiene keine Fremdsprachen lagen, wiesen die Lerngruppen mehr Heterogenität auf. Neben den schon im Wahlpflichtbereich I angebotenen Fächern konnten hier noch Literatur, Geographie, Geschichte sowie die künstlerischen Fächer dazukommen.

Jede Schule stellte ihr eigenes Setting zusammen und gab den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern die Möglichkeit, am Ende von Jahrgang 6 diese Fächer auf einem Marktplatz kennenzulernen.

Künstlerischer Wahlpflichtbereich

Nachdem die Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 5 und 6 die Fächer Musik und Bildende Kunst, später auch Theater kennengelernt haben, können sie ab Jahrgang 7 eines der drei Fächer wählen. In einigen Schulen sind in diesen Wahlpflichtbereich später auch noch Tanz oder Modedesign aufgenommen worden.

*Jede und jeder
nach seinen
Stärken und
Neigungen*



Fachklassen ab Jahrgang 7

Da in den Gesamtschulen bis in die 90er Jahre noch in vielen Fächern äußere Differenzierung durchgeführt werden musste, hatten die Klassen in den höheren Jahrgängen fast keinen gemeinsamen Unterricht mehr. Deshalb machten sich einige Schulen auf den Weg, ab Jahrgang 7 neue Klassen zu bilden, die an den Wahlpflichtbereich II anknüpfen. So erhielt man Fachklassen mit mehr gemeinsamen Klassenunterricht und mit dem Vorteil, dass die Schülerinnen und Schüler ein gemeinsames Interesse eint.

Profilklassen

Aus ähnlichen Beweggründen entwickelten sich die Profilklassen. Hier kommt aber noch der Ansatz des fächerübergreifenden Lernens hinzu. Es wurde ein Profiltag eingeführt, in dem die Schülerinnen und Schüler projekt- und ergebnisorientiert jede Woche zusammenarbeiten. Die Stunden für diesen Tag speisten sich auch aus dem Wahlpflichtbereich II sowie häufig der Tutorschule und einem oder zwei weiteren Pflichtfächern, die zum Schwerpunkt/Titel des Profils passen.

Die Themen für diese Profile wurden häufig so gewählt, dass sie das Schulleben bereichern und zu einer besseren Identifizierung der Schülerinnen und Schüler mit der Schule führen. Um die Eigenverantwortlichkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken, wurde vielfach hier die Wahl durch eine Bewerbung ersetzt.

Fachklassen ab Jahrgang 5

Um bildungsorientierte Eltern für die Gesamt- oder Stadtteilschule zu gewinnen, sind einige Schulen auf deren Wunsch nach Fachklassen ab Jahrgang 5 eingegangen. So gibt es Schulen mit bilingualen Klassen mit Spanisch, Englisch oder Portugiesisch, viele Schulen haben Bläserklassen eingerichtet, wiederum andere Schulen haben Klassen mit naturwissenschaftlichem oder sportlichem Schwerpunkt gebildet. ■

Profilklassen

Mitte der 90er Jahre waren auch die Gesamtschulen der zweiten Generation etabliert und hatten Erfahrungen mit dem von der BSB vorgegebenen Grundmodell der Hamburger Gesamtschule gesammelt. Probleme dieses Konzeptes waren deutlich geworden und man suchte nach Wegen, um im Rahmen der Vorgaben neue Strukturen des Lehrens und Lernens zu entwickeln.

UWE TIMMERMANN

So entstand an der **Gesamtschule Bergedorf** das Konzept der **Profilklassen**, das bald danach an der Ida Ehre Gesamtschule und dann an vielen anderen Gesamtschulen und später auch an Stadtteilschulen übernommen wurde. Am Beispiel der **Ida Ehre Gesamtschule** soll hier der Weg zu dieser Veränderung aufgezeigt, das Konzept kurz erläutert und von Erfahrungen berichtet werden.

Der Weg

Im November 1999 trafen sich mehrere Kolleginnen und Kollegen der Schule zu einem informellen Treffen, um sich über die (Un-)Zufriedenheit und Veränderungswünsche zur Arbeit in den Jahrgängen 9/10 auszutauschen. Beklagt wurde die geringe soziale Stabilität in den Lerngruppen, verursacht durch die äußere Leistungsdifferenzierung und die Ausdifferenzierung im Wahlpflichtbereich. Die Schülerinnen und Schüler hatten gerade in den oberen Jahrgängen bis zu 12 Lehrerinnen und Lehrer. Die Stabilität der Beziehung zum Tutor nahm zunehmend ab. Die Inhalte waren so stark in Fächern segmentiert, dass kaum projektorientiert und inhaltlich zusammenhängend gearbeitet werden konnte. Auch die Zeitstruktur verhinderte dies. Folglich identifizierten sich die Schülerinnen und Schüler wenig mit den Inhalten, die Motivation nahm ab und es wurde zunehmend schwerer, die Schülerinnen und Schüler unter den vorgegebenen Fächer- und Zeitstrukturen sinnvoll in die Gestaltung des Schullebens einzubeziehen.

Die **Ziele für eine Veränderung lagen in der Luft**: Es ging um mehr Stabilität der Beziehungen, größere Verbindlichkeit und mehr Arbeitszufriedenheit. Die Förderung der Selbstständigkeit, das Lernen in Zusammenhängen mit einer starken Handlungs- und Produktorientierung, auch die Teamarbeit sollte für alle Schülerinnen und Schüler die Schule interessanter und das Lernen nachhaltiger werden lassen mit der Folge einer größeren Klarheit für die Abschlussperspektive. Es schlossen sich Hospitationen in verschiedenen Schulen und ein intensives Studium von Konzepten an. Dabei kristallisierte sich schnell heraus, dass das Profilklassenmodell am ehesten geeignet war, diese Ziele zu erreichen. Und so machte man sich auf den Weg, ein Konzept für die Arbeit in Profilklassen umzusetzen.

Konzeptionelle und organisatorische Grundsätze

- Die Profilklassen werden für **zwei Schuljahre in der Klassenstufe 9/10** eingerichtet. Dabei werden aus sechs 8. Klassen acht 9. Klassen mit ca. **20 SchülerInnen** gebildet. Die Schülerinnen wählen eine von der Schule vorgegebene Fächerkombination aus einem Wahlpflichtfach mit einem weiteren Fach (Wahlpflichtbereich III oder Pflichtfach). Die beiden Fächer sind inhaltlich in dem Profil miteinander verbunden.
- Die **Arbeit im Profil** umfasst **in der Regel sechs Stunden**, die geblockt an einem Schultag liegen. So wird gewährleistet, dass die SchülerInnen ohne Unterbrechung projektorientiert

arbeiten können und die LehrerInnen Unterrichtsvorhaben realisieren können, die vorher nicht möglich waren.

- Die Arbeit im Profil ist auf das **Schulleben** bezogen und soll es **bereichern**. Aus dem schulischen Leben heraus erhalten die Profile ihre Aufträge und auf dessen Gestaltung sind die Arbeiten gerichtet. So ist die Arbeit **ergebnisorientiert**, in der Regel selbstständig geplant und organisiert und häufig auch unternehmerisch kalkuliert.
- Alle Profile sind **für SchülerInnen aller Abschlussorientierungen offen**. Eine Leistungsbeurteilung für die Arbeit am Profiltag findet im Rahmen der Fächer statt, die in das Profil eingehen. Die Ergebnisse der Arbeit werden einmal im Halbjahr der Schulöffentlichkeit präsentiert.
- Bis zum Halbjahreswechsel wird das Angebot für das kommende Schuljahr entwickelt und festgelegt. Nach einer **Präsentation der Profile** in einer Broschüre und auf einem

„Markt“ mit Profilständen **bewerben sich die SchülerInnen** für zwei sie interessierende Profile. Daraufhin werden die Klassen nach einem differenzierten Kriterienkatalog zusammengestellt.

Profile wie Wissen und Genießen pur (NW, AL), die Manufaktur AG (AL WP, AL Pflicht), die Kunstwerkstatt (BK WP, BK Pflicht), das Musical (Darstellendes Spiel, Musik), fit for fun (Sport, Biologie) oder Digi com (Informatik, Physik) erfreuen sich auch heute noch großer Beliebtheit.

In der Rückschau wird deutlich, dass die SchülerInnen an den Profiltagen deutlich engagierter, zuverlässiger und selbstständiger arbeiten als an den anderen Tagen. Gerade für SchülerInnen, die wir sonst nur noch schwer mit schulischen Anforderungen erreichen können, ist ein Kristallisationspunkt entstanden, der wieder eine stärkere Identifikation mit dem Lernen in der Schule ermöglicht. ■



„Wir machen Gesamtschule nicht für eine Lobby, nicht für einen Senator oder eine Senatorin, nicht für eine politische Partei, die Gesamtschulen in ihrem politischen Programm hatte oder hat! Wir machen Gesamtschule gegen fast unausrottbare Vorurteile; wir gewinnen Bestätigung – wenn, dann – aus erfolgreicher Arbeit mit unseren Schülerinnen und Schülern, aus der Zufriedenheit der Eltern, die ihre Kinder unseren Schulen anvertraut haben und nicht zuletzt aus unserer eigenen Überzeugung für die richtige Sache zu stehen, für eine Schule, die in ihren Grundsätzen zu einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft passt und der es auch bei Gegenwind und verknüpften Ressourcen gelingt, formale Zwänge in erfolgreichen Reformentwicklungen zu überwinden.“

Gert Rauschnig, Vorsitzender der GGG-Hamburg 1977–1978. Gesamtschullehrer der ersten Stunde an der Gesamtschule Horn, Didaktischer Leiter, 1993 Grundsatzreferent, ab 2000 Abteilungsleiter Gesamtschulen in der Schulbehörde bis 2006

Projektarbeit

Die Durchführung von Projekten sowie die Projektorientierung im Unterricht waren von Anfang wesentliche Bestandteile der pädagogischen Arbeit an den Gesamtschulen, und dies setzt sich in den Stadtteilschulen fort. Viele Stadtteilschulen haben feste Projektzeiten in ihren Stundenplänen verankert.

BIRGIT XYLANDER

So fang es an

Die Einführung von Projektwochen in den Gesamtschulen der 70er Jahre fußte auf den Beschreibungen der Merkmale von Projektarbeit seit Anfang des 20. Jahrhunderts, als der Begriff zum ersten Mal auftauchte (planvolles Handeln, selbstständige Lösung von wirklichen Aufgaben, Ziel- und Ergebnisorientierung, learning by doing in einem sozialen Miteinander, Wert von Erfolg und Misserfolg für das Lernen, Lernen nach Interessen und Neigungen⁽¹⁾).

Diese Projektwochen waren ein wichtiger Schritt dazu, den Kindern und Jugendlichen in ihrer Vielfalt in den Gesamtschulen gerecht zu werden und ihre eigenen Interessen in der Schule zu berücksichtigen. Hier erlebten die Schulen, wie spannend und nachhaltig Lernen und wie erfüllend das Lehren sein kann. Diese Projektwochen waren aber allzu oft Lückenfüller nach Zeugniskonferenzen (wenn der Lehrplan „abgearbeitet“ war), und die Ergebnisse flossen nicht in das Zeugnis ein.

Inzwischen haben viele Schulen regelmäßigen Projektunterricht im Stundenplan etabliert. Sie haben erkannt, dass sie damit den SchülerInnen das Lernen erleichtern- und der Welt gerecht werden, die nicht in Fächer aufgeteilt ist!

Verantwortungsübernahme

In der Projektarbeit übernehmen die SchülerInnen Verantwortung in vielfältiger Hinsicht:

- für den eigenen Lernfortschritt, weil sie selbst gestalten müssen. Sie reflektieren über den Projektkinhalt, über ihr eigenes Interesse, ihren

Lern- und Leistungsstand, über die nächsten Arbeitsschritte und über das eigene Ziel bezogen auf Inhalt und Methode. Die Reflexion über den eigenen Lernfortschritt müssen sie in Einklang mit der Gruppe bringen.

- im Team für die eigene Arbeit als ein Teil des Ganzen, für das gemeinsame inhaltliche Ergebnis und Produkt, für die Beachtung aller in der Gruppe vertretenen Fähigkeiten und Weiterentwicklungsbedürfnisse, für Wege und Zeit, für eine angemessene Verteilung der Arbeit, für die Zwischenbilanz und die Entscheidung über die Weiterarbeit.
- in der übergeordneten Gestaltung der Projektarbeit bei der Entscheidung über durchzuführende Projekte, bei der Unterstützung der MitschülerInnen bei der (Unter)Themenfindung, der Formulierung von Forscherfragen/Hypothesen, der Suche nach außerschulischen Experten, bei der Entwicklung von inhaltlichen Anforderungen und Bewertungskriterien, bei der Materialbereitstellung, in der Hilfestellung für Gruppen bei der Teamarbeit und bei der Durchführung von Bewertung und Feedback.

Etablierung von Projektarbeit

Die feste Etablierung von Projektarbeit in vielen Stadtteilschulen folgt der Erkenntnis, dass Kinder nachhaltig lernen, wenn sie an ihren tatsächlichen Fähigkeiten und Interessen ansetzen können und dabei alle Sinne angesprochen werden. Mit der Wahl eines Unterthemas gehen sie von ihren Interessen aus, mit der Formulierung von Forscherfragen von ihrem individuellen Leistungsstand.



Ich werde nicht nachlassen an dem dicken Brett „Gemeinsames Lernen für alle Kinder“ mitzubohren. Ich bin auch der Auffassung, dass die Stadtteilschule in Hamburg ein positives Erbe unserer Gesamtschulen angetreten hat. Aber es bleibt noch viel zu tun, denn die Freunde der Schulform-Hierarchie haben noch nicht aufgegeben.

Gerhard Lein, GGG-Vorsitzender 1991–1997, Gründungsschulleiter der Gesamtschule Lohbrügge (bis 2009), Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft seit 2004

Die Aufgabe der LehrerInnen ist es dabei darauf zu achten, dass die Anforderungen individuell angemessen sind – weder zu schwer noch zu leicht –, zu beraten und Hilfestellung zu leisten. Projektarbeit ermöglicht das Lernen mit Kopf, Herz und Hand, in der Anwendung wird Teamarbeit gelernt.

Die Anzahl der Wochenstunden für die Arbeit in Projekten variiert in den Schulen. An manchen Schulen gibt es feste Projektstage, an anderen sind die Projektzeiten über die Woche verteilt. Allen Schulen aber ist mittlerweile gemeinsam, dass sie die Leistung, die die SchülerInnen in den Projekten erbringen, bewerten, in die Zeugnisse einfließen lassen und auch auf diese Weise die wertvolle Arbeit und den Lernfortschritt der SchülerInnen anerkennen und würdigen.

Einige Schulen binden die Projekte an Fächer oder Fachbereiche. Sie haben ein Projektcurriculum und weisen die Anteile der Fachinhalte aus, so dass die Stundentafel erfüllt wird. Andere Schulen legen den Schwerpunkt auf die Entscheidung durch die SchülerInnen und machen sehr wenige inhaltliche Vorgaben. Hier wird auf andere Weise dafür gesorgt, dass die Anforderungen der Bildungspläne erfüllt werden. Einige Schulen setzen auf eine sehr hohe SchülerInnenmitwirkung nicht nur bei Planung und Durchführung, sondern auch bei der Entwicklung von Bewertungskriterien und der Bewertung selbst, z.B. durch SchülerInnenprojekträte, die den einzelnen Projektgruppen auch Hilfestellungen geben. Dies alles sind Schritte zu einer echten SchülerInnenorientierung und zu individualisiertem Lernen, wie es am besten in der Projektarbeit gelingen kann.

Präsentation der Ergebnisse

Unverzichtbar ist die Präsentation der Ergebnisse vor einem mehr oder weniger breiten, auch außerschulischen Publikum. Auf die Vorstellung eines Ergebnisses hinzuarbeiten ist in hohem Maße motivierend und spornt zu Höchstleistungen an. Der Anblick des Denk-Mals, des umgestalteten Schulhofs, die Aufführung am Ende eines Zirkus- oder Theaterprojekts, die Wettkämpfe eines Olympiade-Projekts oder der Präsentationsmarktplatz, auf dem in Wort, Bild und Schrift an den Ständen der Untergruppen die Arbeitsergebnisse und der Weg dorthin stolz vorgestellt werden, das Feedback des Publikums mit Tipps für die nächste Präsentation sind für alle Beteiligten erhebende Momente. Das ist schon etwas anderes als die Rückgabe einer Klassenarbeit, unter der nur eine Zahl steht.

Projekte werden in hohem Maße dem Anspruch gerecht, dass sich die SchülerInnen gegenseitig unterstützen, in der Projektarbeit zeigt sich der große Wert der Heterogenität. Dem Lernen-Wollen der Kinder und Jugendlichen wird Rechnung getragen, das forschende Lernen wird gefördert und dadurch Nachhaltigkeit und Selbstwirksamkeitserfahrung möglich gemacht.

Es ist kein Zufall, dass gerade an Gesamtschulen und jetzt Stadtteilschulen die Arbeit in Projekten forciert wird, wird doch damit die Heterogenität der Schülerschaft als eine Bereicherung empfunden, und die individuellen Lernvoraussetzungen werden als Ausgangspunkt für den Unterricht ernst genommen. ■

(1) S. C. R. Richards, J. Dewey, W. H. Kilpatrick, C. Nelson, L. Bossing

Von der Differenzierung zur Individualisierung

REGINE BONDICK & BIRGIT XYLANDER

Ein Kernthema der Gesamtschule ist die Frage, in welcher Weise man der Heterogenität der Schülerschaft am besten gerecht werden kann, sie für den Lernfortschritt jedes einzelnen Kindes nutzt und dadurch eine für alle anregungsreiche Lernumgebung schafft. Die äußere Differenzierung nach Leistung oder nach Interessen – zumeist klassenübergreifend – hebt den Anspruch an inhaltlich vielfältige Anforderungen und passgenaue Methoden im Unterricht nicht auf.



Regine Bondick, bis 31.07.2014
Lehrerin und
Abteilungsleiterin
für die Jahrgänge
5 bis 7 an der Max
Brauer Schule in
Hamburg Altona



Birgit Xylander,
Schulleiterin an
der Stadtteilschule
Winterhude – Win-
terhuder Reform-
schule in Hamburg
bis 31.1.2019

Zahlreiche Schulen haben in den letzten zwanzig Jahren Formen der Individualisierung als konsequente Weiterführung einer Differenzierung erprobt. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Lernen ein konstruktiver Prozess auf der Basis der unterschiedlichen Erfahrungen und der vorhandenen kognitiven Werkzeuge des Lernenden ist. Das Lernen wird dann nachhaltig, wenn durch eigenständige Erfahrungen neues Wissen und neue Fähigkeiten an vorhandenes Wissen und vorhandene Fähigkeiten des Lernenden anknüpfen können. Intendiert ist damit auch ein höheres Maß an Selbststeuerung und Lern-Reflexion. Nicht erst in Zeiten der Inklusion mit einer noch größer gewordenen Vielfalt an gemeinsam Lernenden ist diese Erkenntnis die Grundlage dafür, dass Schülerinnen und Schüler erfahren, dass sie selbstwirksam werden können. Und es hat Folgen für die Leistungsbewertung. Galt bisher „Du kannst nicht ...“, gilt nun „Du

kannst ...“, weil der individuelle Lernfortschritt im Fokus des Geschehens steht. „Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht“, so ein afrikanisches Sprichwort.

Exemplarisch stehen hier zwei Hamburger Stadtteilschulen: Die Winterhuder Reformschule (WTR) und die Max Brauer Schule (MBS). Beide Schulen nehmen seit 2008 am Hamburger Schulversuch „alles>>können“ teil, der ihnen den rechtlichen Rahmen für besondere Unterrichtskonzepte mit alternativer Leistungsrückmeldung bietet. Beide Schulen sind Langformschulen mit gebundenem Ganzttag.

Bausteine

In den Sekundarstufen I der beiden Schulen ist das selbst organisierte und kompetenzorientierte Arbeiten auch nach der Primarstufe Grundlage der Unterrichtsorganisation. Dazu gehört die Entwicklung von Planungskompetenz. In der MBS

lernen die Schülerinnen und Schüler in Lernbüros, im Projektunterricht und in Werkstätten. Im Lernbüro legen sie für Deutsch, Englisch und Mathematik eigene Schwerpunkte transparent fest. Ihre Planungsinstrumente sind aufeinander abgestimmte Kompetenzraster und Checklisten mit Trainingsmöglichkeiten.

Dem Lernbüro entspricht in der WTR „KuBa“ (Kulturelle Basis: Deutsch, Mathematik, Englisch und Gesellschaft). Die Schülerinnen und Schüler entscheiden selbst, wann sie woran – entsprechend ihrem jeweiligen individuellen Lernstand – in welchem Fachraum unter Begleitung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern arbeiten. Dort finden sie Bausteine für jeweils drei Jahre. Die in „KuBa“ bzw. im Lernbüro repräsentierten bzw. „aufgehobenen“ Fächer geben in der Studentafel und in den Rahmenplänen vorgesehene Zeiten und Inhalte an den Projektunterricht ab, der in großen Zeiteinheiten stattfindet. In der Projektarbeit setzen die Schülerinnen und Schüler naturgemäß an ihren individuellen Interessen, Lernvoraussetzungen und Kenntnissen an. Die Ergebnisse ihrer Arbeit stellen sie in Präsentationen vor. Die konkrete und individuelle Rückmeldung zum Kompetenz- und Wissenserwerb ist Grundlage und Ansporn für das weitere Lernen. Eine andere Beurteilungs- und damit auch Zeugnisform als die nackte Abbildung der Leistung in Zahlen ist unabdingbar. Über das Jahr und die Jahre hinweg entsteht durch die individuelle Leistungsrückmeldung im Dialog ein Bild vom individuellen Lernfortschritt.

Die Leistungsrückmeldung

Mithilfe der Planungshefte – des Logbuchs (WTR) bzw. des „Blauen Buches“ (MBS) – steuern die Schülerinnen und Schüler täglich ihren Lernprozess selbst, kontrollieren ihren individuellen Lernfortschritt und besprechen das Erreichte und neue Ziele in Planungsgesprächen.

Begleitet wird das Lernen von besonderen Formen der Leistungsrückmeldung: Dazu gehören Punkte im Kompetenzraster für die Lernbürofächer, Schüler-Eltern-Lehrer-Gespräche

Logbuch WI'R	
Ich kann ...	gezeigt in
ein Projekt in der Gruppe durchführen, d.h.	
• eine Forscherfrage entwickeln	
• Informationen aus verschiedenen Quellen beschaffen	
• die Informationen in der Gruppe diskutieren	
• die Informationen strukturieren	
• das Ergebnis präsentieren	
• auf verschiedene Arten präsentieren:	
• an der Tafel	

(SELG) zweimal im Schuljahr mit standardisierten Rückmeldebögen (MBS), Seekarten, „Drei-Experten-Gespräche“ mit von den Schülerinnen und Schülern frei auszufüllenden Bilanzbögen (WTR), Selbsteinschätzung/Fremdeinschätzung und Präsentationen nach Themenkreisen und Projekten, Zertifikate, Portfolio-Mappen, Planungshefte ... All diese Formen bauen aufeinander auf, das Zeugnis – ein Lernentwicklungsbericht – ist das letzte Element in dieser Reihe und sollte keine Überraschungen bieten.

Fazit

Die Beispiele der beiden Schulen zeigen, dass es große Spielräume gibt, die von Schulen für sehr weitreichende Veränderungen genutzt werden können. Selbst wenn am Ende Noten gegeben werden müssen, kann Individualisierung im Unterricht erfolgreich sein.

Viele Stadtteilschulen nutzten die Zusammenarbeit in den Schulversuchen „d.18“ und „alles>>können“ und haben durch den Austausch in anderen Netzwerken wie z.B. bei den von der GGG organisierten Schulbesuchstagen ähnliche Elemente in ihr Schulkonzept integriert.

Eine umfangreichere Darstellung der beiden Schulkonzepte findet sich in der Zeitschrift Pädagogik, 9/2017: S. Beutel, R. Bondick, B. Xylander: Leistungsbeurteilung, pädagogische Spielräume nutzen und gestalten, S. 19–23

Kompetenzraster Mathematik	A1		A2		B1
	Ich kann im Bereich von 0 bis 10.000 natürliche Zahlen darstellen, vergleichen, und runden. Ich kann Teiler angeben.	Ich kann mit großen Zahlen umgehen.	Ich kann Bruchzahlen darstellen.	Ich kann Bruchzahlen vergleichen.	
Zahlen					
Fläche und Raum	Ich kann geometrische Körper und Flächen in der Umwelt erkennen, benennen und kann sie beschreiben. Ich kann Körpernetze von Würfeln und Quadern entwerfen und diese Körper herstellen.		Ich kann Symmetrische Figuren erkennen und erstellen.		
Daten und Wahrscheinlichkeit	Ich kann einfache Befragungen durchführen und auswerten.		Ich kann die Wahrscheinliche Zufallsversuchen bestimmen.		

Mathematik - Zahlen	
Checkliste und Trainingsmöglichkeiten	
A2.1 Ich kann Bruchzahlen darstellen.	
Themenkreis „Gerechtes Teilen“	
Bearbeite von dieser Checkliste mindestens Teilkompetenz 1-3.	
Ich kann:	Ich trainiere:
1G Ich kann Essen mathematisch gerecht aufteilen.	• Erkundung 1.1 - 1.3
	• Zahlen A2.1 Arbeitsblatt 1.1-1.3
2G Ich kann ein Ganzes ohne Rest aufteilen.	• Erkundung 2.1 oder 2.2
	• Erkundung 2.3 oder 2.4
	• Arbeitsblatt 3 Seite 13
	• Zahlen A2.1 Arbeitsblatt 2.1 - 2.2
	• Weitere Übungen
	• Zahlen A2.1 Arbeitsblätter 2.3: Fehlerkarte
	• sur(E): Erkundung 2.5
	• Spiele zu zweit oder mehr: Erkundung 2.6-2.7



Vier gewinnt: Von Allein zu Gemeinsam, so fing es an

BEATE NIEDERNHÖFER



Beate Niedernhöfer, ehem. Abteilungsleiterin Oberstufe an der GSB in Kooperation mit der Gewerbeschule 13

Viele Jahre war die damalige Gesamtschule Bergedorf die einzige Gesamtschule mit einer Oberstufe im Stadtteil. Die Schüler_innen aller vier Bergedorfer Gesamtschulen konnten nach dem erfolgreichen Besuch des Jahrgangs 10 in die Oberstufe der GSB wechseln. Dies war zwischen den Bergedorfer Gesamtschulen seit dem Jahr 2002 vertraglich geregelt worden.

Die zunehmende Attraktivität der Gesamtschulen und die damit verbundenen wachsenden Schülerzahlen machten den Ausbau der Oberstufe erforderlich.

Steigende Schülerzahlen sowie die Möglichkeit für Schüler_innen mit qualifiziertem Realschulabschluss die 11. Klasse der Gesamtschule besuchen zu können, machten die Ausweitung der gemeinsamen Oberstufe im Sinne der Stärkung der Gesamtschulen möglich und notwendig.

Leitung und Arbeitsgruppen entwickeln die Konzeption:

Ein erster wichtiger Schritt der Gesamtschulen in Bergedorf war die Installation von schulübergreifenden Arbeitsgruppen, paritätisch besetzt mit verantwortlichen Kolleg_innen, die die Anschubarbeit gegen Anrechnung leisteten. Die AG11 entwickelte das Konzept für den Jahrgang 11. Sie legte das jährliche Angebot an

Themenklassen fest, evaluierte laufend die Prozesse und die Arbeit der Fachkoordinationen. Sie erarbeitete ein verbindliches Methodencurriculum.

Ähnlich arbeitete die AG Profiloberstufe (AG POS) an einem Seminarcurriculum im Hinblick auf das Präsentationsprüfungsformat. Weitere Schwerpunkte waren die Binnendifferenzierung in den Kernfächern, das Profilangebot für das jeweilige nächste Schuljahr und die Tutorenarbeit in der Studienstufe.

Eine wichtige Ergänzung stellte die Arbeit in den schulübergreifenden Fachkoordinationen, insbesondere in den Kernfächern der Vorstufe dar, da der Übergang nach 11 in die Profile zwischen den Standorten problemlos möglich sein sollte.

Lernen nicht nur in Profilen

Durch die Abstimmung über die Themenklassen und Profile entstand ein attraktives und vielfältiges Angebot der damaligen vier Gesamtschulen. Neben dem BIM-Profil wurden 12 Themenklassen und 13 Profile entwickelt, die je nach personeller Ausstattung oder Schülerwünschen abrufbar waren und die ein breites Begabungs- und Interessenspektrum abdeckten. So konnten in den vier weitergeführten Sprachen Kurse mit finanzierbarer Größe eingerichtet werden. Mit über 20 verschiedenen Sportangeboten und Kursen im

Bereich der Künste, Musik und Theater sowie im Neigungskursbereich gab es weitere attraktive Lernangebote für unsere Schüler_innen.

Synergien nutzbar machen durch Zusammenwirken der Lehrkräfte

Das hatte Bedeutung und veränderte den Unterricht, z.B. in Mathematik. Alle vier Verbundschulen arbeiten in der Oberstufe mit sog. CAS-Rechnern, die starke inhaltliche und methodische Veränderungen des Unterrichts mit sich bringen. Auch unser Berufsorientierungskonzept wurde vom Verbund gemeinsam entwickelt, und ein BOSO-Portfolio für Schüler_innen erarbeitet und an allen Schulen eingesetzt. Eine gemeinsame BOSO-Projektwoche mit mehr als 80 Angeboten richtet sich an alle Schüler_innen des 12. Jahrgangs.

Wichtig für den Erfolg dieses Oberstufenmodells war auch das hervorragend funktionierende, verlässliche Team der Oberstufenkoordinator_innen. Gemeinsam wurde z.B. entschieden, wie die Schüler nach ihrer Wahl der Themenklassen und der Bewerbung für die Profile auf die Standorte verteilt wurden. Die Wahlen der Schüler hatten dabei oberste Priorität, kein Schüler wurde gezwungen seine Schule zu verlassen, doch eine notwendigerweise gleichmäßige Verteilung kommuniziert.

Informieren

Informationsabende für die Jahrgänge 10 und 11 waren Großveranstaltungen, die gemeinsam an wechselnden Standorten durchgeführt wurden.

Vom Infoflyer Oberstufe über die Broschüren, zu Handreichungen für Kollegen und Schüler bis hin zum Oberstufenplaner waren alle Druckerezeugnisse aus einer Hand gefertigt. Sie repräsentierten mit den Logos und dem einheitlichen Layout die gemeinsame Zielsetzung für den Weg zum Abitur.

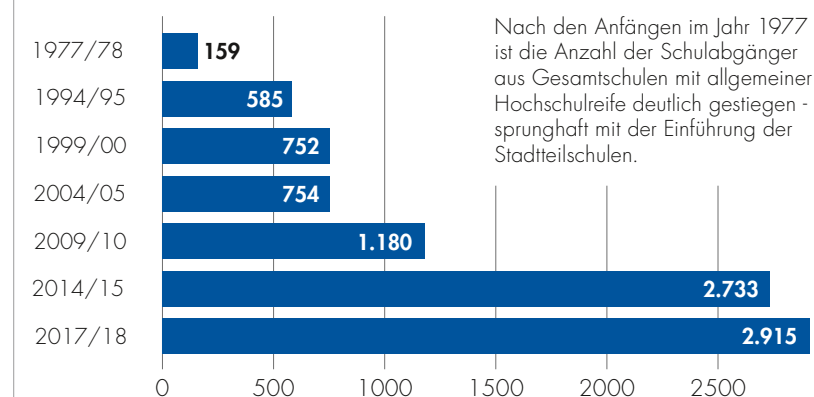
So sieht es jetzt aus

Inzwischen sind die vier Stadtteilschulen des Verbundes auch in ihren Sekundarstufen II gefestigt.

Die GSB hat mit der Umwandlung in eine Stadtteilschule ein neues Schulkonzept für die Unter- und Mittelstufe entwickelt, das seine Fortsetzung auch in der Sekundarstufe II finden sollte. Diese für die Einzelschule richtige Konsequenz stellte für den Verbund eine Schwierigkeit dar. Die Entscheidung, auch in der Sekundarstufe II vermehrt auf stabile Beziehungen zwischen Lerngruppen und Pädagogen zu setzen, dem Projektunterricht ein noch stärkeres Gewicht einzuräumen und damit die Oberstufe auch dreijährig zu konzipieren, konnte von den anderen drei Verbundschulen nicht einfach übernommen werden. Sie waren nicht rechtzeitig in den Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess einbezogen worden.

Insofern reduziert sich die Zusammenarbeit aktuell wieder etwas. Es gibt noch gemeinsame Veranstaltungen für den Jahrgang 11, eine gemeinsame Anmelderunde für SuS außerhalb der vier Stadtteilschulen, d.h. von Gymnasien im Bezirk, aus Hamburg und SH, sowie ein gemeinsames Sprachenangebot für die Jahrgänge 11-13, ein gemeinsames Sportangebot zwischen GSL und GSB sowie ein Wahlangebot für besondere Kurse in der Studienstufe. Inwieweit die Stadtteilschulen weiterhin ihr Augenmerk über die Einzelschule hinaus auf den Bezirk und die gemeinsame Zukunft der Stadtteilschulen lenken, wird die Zukunft zeigen. ■

Abitur an Gesamtschulen und an Stadtteilschulen



Heute kommen ungefähr ein Drittel der Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten aus Stadtteilschulen.

Quellen: Drs.8/3683, 18/3641, 19/8173, Schulstatistiken,



Wilde Zeiten

Rainer Gelling ist GGG-Mitglied seit Anfang an. Von 2001–2011 war er Schulleiter an der GHR-Schule Steinadlerweg. Er berichtet, wie er die Zeit von 2001–2011 an seiner Schule wahrnahm.

Rainer Gelling, du warst von 2001–2011 Schulleiter der Schule Steinadlerweg in Billstedt. Was prägte diese Zeit?

Es war eine schöne, spannende und manchmal auch ungewisse Zeit. Im gleichen Zeitraum wurde das Senatorenbüro in der Hamburger Straße sechs Mal neu besetzt.

Du hast am 01. November 2001 dein Büro in der GHR-Schule Steinadlerweg bezogen.

Ja, dort fand ich eine große Stecktafel zum Stundenplanbau und eine weitgehend intakte Schulgemeinschaft vor. Erstere wurde zügig durch eine entsprechende Software ersetzt, Letztere galt es zu hegen und weiter zu entwickeln.

Welches waren die besonderen Merkmale dieser Schule?

Knapp 600 Schülerinnen und Schüler in 23 Klassen wurden von 43 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet. Besondere Merkmale dieser „Schule im Grünen“ waren und sind ein Lehrschwimmbecken, ein Zoo mit vielen Kleintieren und zwei Ponys sowie ein tatkräftiger Elternrat, der sich auf vielfältige Weise damals wie heute für die Schule engagiert, so z.B. mit einem Gartentag im Frühjahr, an dem viele Hände zupacken, um die Außenanlagen ansprechend zu gestalten.

Deine Schule hatte 600 Schüler und 43 Lehrer. Konnte man von einem Team sprechen?

Das Kollegium bestand, etwas überspitzt gesagt, aus drei „Kasten“: den Grund-, den Haupt- und den Realschulpädagogen. Die Letztgenannten erfreuten sich einer Unterrichtsverpflichtung von 26 Stunden, während die übrigen 28 Mal in der Woche vor die Klasse traten. Etwa ein Drittel unterrichtete auch „kastenübergreifend“. Die Leiter größerer Sammlungen wurden durch eine Verwaltungsstunde entlastet. Der pädagogische und fachspezifische Austausch zwischen den Lehrkräften erfolgte eher unstrukturiert. Dies änderte sich mit der Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells 2003, mit dem versucht wird, sämtliche anfallenden Aufgaben des Lehrberufes zu quantifizieren und somit verbindlicher zu machen.

Wie sah die Zusammenarbeit mit den anderen Schulen im Bezirk aus?

Unter den GHR-Schulen war sie eng und lebendig. Mit den Gesamtschulen und Gymnasien fand jedoch kaum ein Austausch statt, es sei denn, es ging um Umschulungen nach § 49 (Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen) oder um Rückläufer aus den Gymnasien.

In den Jahren 2004–2008 versuchte der CDU-Senat die bröckelnde Hauptschule durch einige quantitative und qualitative Verbesserungen zu retten. Hatte deine Schule davon Vorteile?

Kaum, der Antrag der Schule Steinadlerweg auf Weiterentwicklung zur gebundenen Ganztagschule wurde 2006 von der Behörde abgelehnt. 2007 erreichten die Anmeldezahlen für Kl. 5 mit 46 Anmeldungen einen Tiefpunkt.

Ab 2008 hatten wir eine schwarz-grüne Koalition. Mit ihren Plänen mischten sie die Hamburger Strukturen auf. Siehst du das auch so?

Ja, ab 2008 wurde es richtig spannend. Die schwarz-grüne Koalition wollte die sechsjährige Primarschule und darauf aufbauend das „Zweisäulensystem“ installieren, in dem Gesamt- und größere HR-Schulen zu Stadtteilschulen werden. Damit standen über Jahrzehnte gewachsene Strukturen zur Disposition. In einem Infoblatt der Schulaufsicht hieß es: „Für alle Schulen gilt: Zurück auf LOS!“

Gleiches galt für die Schulaufsichtsbezirke. Diese wurden schulformübergreifend geschnitten und orientieren sich nun an den Grenzen der sieben Hamburger Bezirke. Um die schöne neue Schullandschaft zu planen, tagten ab September 2008 regionale Schulentwicklungskonferenzen. Moderne Konferenztechnik und externe Moderatoren sollten möglichst konfliktarme Ergebnisse gewährleisten.

Und an deiner Schule?

Gleichzeitig wurde am Steinadlerweg im Elternrat, in der Lehrer- und Schulkonferenz heftig diskutiert, welcher Weg der richtige für die eigene Schule sei. Die Mehrheit hatte sich schließlich für eine Fusion mit der Grundschule Speckenreye zu einer fünfzügigen Primarschule entschieden. So stand es dann auch im SEPL 2010.

Das war sicher einschneidend für das Kollegium.

Das hieß für die Kolleginnen und Kollegen, die weiterhin ältere Jahrgänge unterrichten wollten: Abschied und Schulwechsel. Im Mai 2010 beschnupperten sich die verbliebenen Kollegien der Schulen Steinadlerweg und Speckenreye im Rahmen eines Kennenlernwochenendes in der Nordheide. Hier entstanden bereits erste Fachkonferenzprotokolle zur Entwicklung zeit- und ortsgemäßer Curricula.

Das klingt super. Hielt der Schwung an?

Nein. Das geschah alles unter politischem Vorbehalt. Dr. Walter Scheuerl powerte mit seiner Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule. Am 18. Juli 2010 wurde sie mit 54,5 % Nein-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 39,3 % abgelehnt.

Die Folge ist eine Menge Flickschusterei im Schuljahr 2010/11?

Die Schule Steinadlerweg war plötzlich eine vierjährige Grundschule mit einer

auslaufenden R10. Drei fünfte und vier sechste Klassen lernten ebenfalls am Steinadlerweg, waren de jure aber der STS Horn unterstellt. Die 7., 8. und 9. Klassen wurden bereits am Standort Querkamp der STS Horn unterrichtet. Dass diese Umbruchsphase allen Beteiligten eine Menge Langmut und Flexibilität abverlangte, versteht sich von selbst.

Und heute?

Ein Blick auf die Homepage (brueder-grimm-schule.de) lässt erahnen, wie bunt in der neuen alten Schule gerade angesichts der jüngeren Herausforderungen unterrichtet, gelernt und gelebt wird. Übrigens steht nun bereits die nächste Ponygeneration auf der Koppel, und am 25. April 2020 ist wieder Gartentag.

Das Gespräch führte Anne Volkmann



Umfassender Bildungsauftrag

Ganzttag

EVA REITER / EINFÜHRUNG GERHARD LEIN

Während anderenorts neue Gesamtschulen grundsätzlich als Ganztagschulen (GTS) gegründet wurden, tat Hamburg sich damit schwer. Zwar wurden die beiden Gesamtschulen Steilshoop (1971) und Mümmelmannsberg (1973) als GTS gegründet und auch gebaut, aber erst im Laufe der Jahre – und sehr zögerlich – folgten weitere Gesamtschulen: Wilhelmsburg 1991, Rudolf-Ross 1997 und Allermöhe 1999. Dies änderte sich erst, als der Bund 2003 das 4-Mrd.-Paket „Investition Zukunft Bildung und Betreuung“ auflegte und die Ganztagschulentwicklung in den Ländern durch Investitionszuschüsse beschleunigte. Auch in Hamburg wurden Rahmenbedingungen für gebundene und offene Ganztagschulen geschaffen. Seit 2011 gibt es in Hamburg den Anspruch auf eine ganztägige Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren. Heute sind alle Stadtteilschulen Ganztagschulen.

Flächendeckende Einführung der Ganztagschule in Hamburg

Seit der flächendeckenden Einführung der Ganztagschule in Hamburg können Schülerinnen und Schüler an Hamburgs Schulen den ganzen Tag über neben gutem Unterricht auch eine hochwertige Bildung und Betreuung erhalten.

Der Ganzttag an Hamburger Schulen ist in **verschiedenen Formen** organisiert. Somit verfügt Hamburg über ein großes Netz von Ganztagschulen, die nach unterschiedlichen Modellen arbeiten und durch das breite Spektrum ihrer vielfältigen Angebote die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern abdecken können.

Unabhängig von der Schulform bieten sie über den Unterricht hinaus von 8-16 Uhr viele Angebote im Freizeit-, Neigungs- und Förderbereich an, so dass die Kinder sich in Sport, Musik, Werken, Kunst, Theater und weiteren kreativen Tätigkeiten erproben können. In den Rand- und Ferienzeiten finden zusätzliche Betreuungsangebote statt, für die nach dem Einkommen gestaffelte Gebühren erhoben werden.

Man unterscheidet in Hamburg Ganztagschulen nach Rahmenkonzept (GTS), Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) und Ganztagschulen besonderer Prägung.

Mit dem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen muss gezielt die **Frage der Qualität** gestellt werden. Im Jahr 2015 startete daher in Hamburg die Volksinitiative „Guter Ganzttag“, deren Anliegen es war, den flächendeckend eingeführten Ganzttag an Hamburgs Schulen insbesondere bei den sogenannten GBS-Schulen (Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen, ein kooperatives Modell von Schule und Jugendhilfeträger) zu verbessern. Gegenstand der im Ergebnis erfolgreichen Initiative waren wesentliche Aspekte des Ganzttags, die sich auf die räumliche Situation, die Schulverpflegung, personelle Ausstattung und die Zusammenarbeit zwischen Schule und den Kooperationspartnern im Ganzttag beziehen. Durch die Einigung der Initiative mit der Bürgerschaft gibt es für staatliche Schulen die Möglichkeit, Mittel aus dem Sonderfond „Guter Ganzttag“ zu beantragen und hierüber eine Qualitätssteigerung zu erzielen. Außerdem arbeiteten in den letzten Jahren meh-



Eva Reiter, Lehrerin und Ganztagskoordinatorin an der Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg, Landesvorsitzende des Ganztagschulverbandes in Hamburg seit 2016, Mitglied im Bundesvorstand seit 2017, Bundesvorsitzende seit 2018

rere Arbeitsgruppen zusammen mit Experten aus verschiedenen Bereichen z.B. an den Themen „Räume“, „Verpflegung“ und „Qualitätskriterien“, um die Qualität an allen Ganztagschulen Hamburgs insgesamt zu verbessern.

Grundsätzlich tragen Ganztagschulen zu mehr **Bildungsgerechtigkeit** bei, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur psychosozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, indem sie das Sozialverhalten, die Motivation und ein positives Selbstbild fördern. Doch bedauerlicherweise sind wir vielerorts auf dem Weg in eine „**Betreuungsrepublik**“. Kinder brauchen aber in erster Linie Bildungsanregungen und Bildungschancen, sie brauchen Zeit für den Wechsel von Anspannung und Entspannung und dazu in der Schule eine professionelle Begleitung.

Zurzeit **schöpfen viele Schulen ihre Möglichkeiten als Ganztagschule nicht aus**. Das beinhaltet zum Beispiel die Rhythmisierung des Schulalltags, das Setzen thematischer Schwerpunkte, die Einrichtung kompetenzorientierter Lernangebote oder die Anreicherung der Lernkultur.

Wir vom Ganztagsschulverband mahnen erneut, mit einer um die nachmittäglichen Betreuungsmöglichkeiten erweiterten Halbtagschule können die allseits bekannten Bildungsdefizite in Deutschland nicht abgebaut werden.

Die von uns **geforderten Qualitätsmerkmale** umfassen daher: schulübergreifende Qualitätsstandards, die Entwicklung eines pädagogischen



Gesamtschulen müssen Ganztagschulen sein. Sie sind ein Beitrag zur Bewältigung sozialer Ungleichheit. Keine andere Schule eröffnet den Schülerinnen und Schülern eine solche Vielzahl an Möglichkeiten.

Klaus Reinsch (†), GGG-Vorsitzender von 1978–1980, ehemaliger Schulleiter der Gesamtschule Mümmelmannsberg



Leitbilds für jede Ganztagschule, die Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten, eine kinderfreundliche Rhythmisierung des Ganztags, eine gute personelle, räumliche und sächliche Ausstattung sowie die Einbindung der Schule in den Stadtteil.

Seitens des Landesverbands Hamburg haben wir zudem für eine **Qualitätssteigerung durch die Stärkung der Ganztagskoodinator*innen** plädiert. Denn nach der Einigung der Bürgerschaft mit der Initiative „Guter Ganztag“ sollte die Hälfte der sogenannten Kooperationspauschale bei den GBS-Schulen direkt der Organisation und Koordination an den GTS-Schulen (Ganztagschulen nach Rahmenkonzept) zu Gute kommen. Sie wanderte jedoch in den allgemeinen Zuweisungstopf und ist mit dem Argument der selbstverwalteten Schule, in die man nicht eingreifen wolle, nicht extra ausgewiesen. So bleibt es weiterhin dem Verhandlungsgeschick der Koordinator*innen an den Schulen überlassen, ob er oder sie etwas „vom Kuchen“ abbekommt.

Zur Zeit sind wir sehr gespannt, wie die Behörde die Neugründung von über 40 neuen Schulen sowie den Ausbau von rund einem Drittel der bestehenden Schulen aufgrund von steigenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren umsetzen wird. Wir werden hier bezüglich der finanziellen Ausstattung, angemessener Sachmittel, des Personalbedarfs (insbesondere angesichts des sowieso schon herrschenden Fachkräftemangels) und des Umgangs mit den vermutlich zu erwartenden strukturellen und sozialen Problemen nachfragen. Insbesondere die Fragestellung, wie der Ganztag für all diese Erweiterungen organisiert und garantiert und wie die Integration zukünftig gewährleistet werden soll, interessiert uns. ■

Die vollständige Fassung dieses Artikels und alle unsere Veröffentlichungen und Stellungnahmen finden sich auf der Homepage des Ganztagsschulverbands, Landesverband Hamburg (unter Nachrichten aus Hamburg sowie Downloads und Materialien).

Beratungsdienste an Gesamtschulen

Ein multiprofessioneller Beratungsdienst an jeder Gesamtschule war seit der Gründung der ersten beiden Gesamtschulen 1968 in Hamburg geplant.

THERESE ZIESENITZ-ALBRECHT

Zunächst umstritten, sind solche Beratungsdienste heute längst anerkannt und unentbehrlich für den Erhalt von Heterogenität an Schulen des gemeinsamen Lernens. Sie schöpfen aus der positiven Haltung zur Vielfalt der Schülerschaft und haben sich bis heute bewährt. Die Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen mit unterschiedlichen Blickwinkeln auf das gemeinsame Lernen ist ein wesentlicher Ansatzpunkt und unverrückbarer Bestandteil der Beratungsarbeit.

Leitideen

Gesamtschulen/Stadteilschulen machen Leben und Lernen, die Entwicklung von Individualität und Gemeinschaft als Prozess möglich. Beziehung, Zuversicht und Zuneigung als die bedeutsamen Hilfestellungen für die Entwicklung von innerer Stärke und Selbstwertgefühl stehen im Fokus der Beratungsarbeit von Schülerinnen⁽¹⁾, Eltern und Lehrerinnen. Nicht Auslesen und Sortieren steht im Mittelpunkt, sondern die individuelle Förderung in der Gruppe. So soll und kann Freude am Lernen gefördert werden und erhalten bleiben. Die Haltung ist geprägt von Achtung vor der Mitwelt und den Mitmenschen und es gilt eine dialogische Annäherung zu finden. Für die Mitarbeiter des Beratungsdienstes ist die Kenntnis des Systems Schule bedeutsam, der doppelte Blick von innen als Mitglied des Systems und von außen aus der Distanz der anderen Professionen ist Voraussetzung für deren Entwicklung und Veränderung. Es geht nicht nur um Hilfestellung für den einzelnen Schüler, sondern auch um Hilfestellung bei der Weiterentwicklung des Systems.

(1) Ich benutze die weibliche Form für alle Geschlechter

Die konkrete Arbeit

Mehrere Sozialpädagoginnen und Beratungslehrerinnen (sowie früher eine Schulpsychologin) gehören zum Team der Beratungsdienste, seit geraumer Zeit auch Kolleginnen mit ausländischer Sprach- und Kulturkompetenz.

Die Beratungsdienste beraten bei der Zusammensetzung von Klassen, sie begleiten die Klassen auf ihrem Weg, sie beraten Teams, einzelne Schülerinnen und unterstützen damit die inklusive Arbeit einer Schule. Einzelhilfe, Gruppenarbeit, Krisenintervention, Elternarbeit und die Vernetzung im Stadtteil sind wichtige Bausteine der Arbeit dieser multiprofessionellen Teams. Im Rahmen des Ausbaus der Stadteilschulen zu Ganztagschulen konnte in den letzten Jahren die präventive oder stadteilspezifische Arbeit stärker ausgebaut werden (z.B. Mädchen- und Jungengruppen, Streitschlichter).

Während der wöchentlichen, gemeinsamen Koordination aller Beratungsdienstmitglieder werden vertraulich Fragen zur Arbeit mit Schülerinnen, Eltern, Familien, Lehrerinnen, Klassen, Gruppen und Projekten reflektiert, Lösungsideen überlegt und in ihrer Durchführung begleitet.

Die zunehmende Zahl von **Sozialpädagoginnen** an Schulen, nicht zuletzt auch durch den Ausbau der Inklusion, stärkt deren Selbstbewusstsein als professioneller Gruppe auch gegenüber der großen und dominanten Gruppe der Lehrerinnen. Die Fachrichtung Schulsozialarbeit (seit 1976) an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg (jetzt HAW) hat dazu beigetragen, die Arbeit der Sozialpädagoginnen in Hamburg zu professionalisieren und ihrer Rolle in einem multiprofessionellen Team Gewicht zu verleihen.



Therese Ziesnitz, Diplompsychologin, Arbeit in Einrichtungen für verhaltensauffällige Jugendliche, Lehrauftrag in der FHS Rauhes Haus, Schülerhilfe, Beratungsdienst der GS Mümmelmannsberg 1981–2009

Seit die **Schulpsychologinnen** im Jahr 2000 den regionalen Beratungs- und Unterstützungsstellen (ReBUS heute ReBBZ) zugeordnet wurden, ist die integrierte und systemorientierte Arbeit der Psychologinnen ohne Präsenzzeit in der Schule schwieriger geworden.

Nach wie vor sind Einzel-, Familien- und Lehrerinnenberatung, diagnostische Unterstützung der Arbeit der Kolleginnen und Beteiligung an der Koordination des Beratungsdienstes die Kernaufgaben der Schulpsychologinnen.

Beratungslehrerinnen sind Teilzeitberaterinnen mit umfangreicher Zusatzausbildung. Die heutige Beratungslehrerinnenausbildung wird von Schulpsychologinnen durchgeführt. Inzwischen gibt es für die Ausbildung ein professionell erarbeitetes, immer im Prozess befindliches Curriculum als Antwort auf gesellschaftlich Fragestellungen und Entwicklungsbedürfnisse von Schülerinnen und Schulen. Empathie und Gesprächsführung waren und sind notwendige Grundkompetenzen aller Beratungsdienstmitglieder.

Neue Erkenntnisse der humanistischen Psychologie/ Soziologie/ Neurologie und daraus folgende methodische Vorgehensweisen einerseits,

die zunehmenden interkulturellen Anforderungen, Eskalation von Problemen wie Gewalt, Mobbing, Drogen, ADHS, Kriegs-, Missbrauchs- und Gewalterfahrungen andererseits verändern die Arbeit in den Beratungsdiensten und schlagen sich in der Aus- und Fortbildung nieder.

Der Blick auf die zu fördernden Kinder hat sich inzwischen auf Kinder mit besonderen Begabungen im Bereich Kunst, Musik, Theater, Sprachen und Naturwissenschaften ausgeweitet und hat zu einer Kooperation mit der Beratungsstelle für besondere Begabungen geführt.

Ausblick und Fazit

Heute sind Beratungsdienste offenbar so selbstverständlich, dass sie auf der Homepage der GGG gar nicht mehr auftauchen oder ...?

Die Heterogenität eines Stadtteils spiegelt sich in der Schule, im Kollegium und in den Beratungsdiensten wider. Antworten auf gesellschaftspolitische Entwicklungen, die in die Schule hineinwirken, sind möglich, weil die Beratungsdienste als integrierter Teil der Schule die inneren und äußeren Entwicklungen beobachten und entsprechend handeln können. ■



Von 2004 bis 2014 wurde die GGG-Hamburg von Vorstandskollektiven geführt. Hier das Kollektiv 2012–2014: Eike Karsten, Anne Volkmann, Peter Puhle, Hayo Hayunga, Ulrike Kaidas-Andresen, Ulf Kahlke, Barbara Riekman

Die Schule für alle bleibt unser Ziel. Das ist eine Schule, die inklusive und demokratische Bildung bejaht, die die unterschiedlichen Bedürfnisse der Lernenden und ihr Recht auf individuelle Förderung anerkennt und die die Barrieren, die Kinder beim Zugang zu Bildung behindern, ausfindig macht und beseitigt. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Von der Integration zur Inklusion

BIRGHILD BÖCKER & UWE TIMMERMANN

Die Gesamtschulen in Hamburg haben sich immer als „Schulen für alle“ angesehen. Dennoch hat es einige Zeit gedauert, bis auch der Anspruch umgesetzt werden konnte, mit Behinderungen und Lernbeeinträchtigungen aufzunehmen, damit alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam und voneinander lernen können. Nachdem zunächst einzelnen dieser Schülerinnen und Schüler durch die Initiative ihrer Eltern der Weg in die Gesamtschulen geebnet wurde, sind heute alle Stadtteilschulen inklusive Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler mit und ohne besonderen Förderbedarf gemeinsam lernen. Der Weg hierhin soll in diesem Beitrag dargestellt werden.

Die Anfänge der Integrationsbewegung an staatlichen Schulen in Hamburg als Grundschulbewegung

Integrationsklassen „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ – dieses Motto steht am Anfang der Integrationsbewegung. Vor 50 Jahren entwickeln sich in verschiedenen Stadtteilen in Hamburg Elterninitiativen, die ihre Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam aufwachsen lassen. Was in der Nachbarschaft und in einzelnen Kindertagesstätten bereits erfolgreich an sozialen Kontakten gewachsen ist, soll auch in der Grundschule fortgesetzt werden. Ein Konzept wird gemeinsam zwischen Eltern, Schulbehörde und mit wissenschaftlicher Unterstützung entwickelt mit den zwei Modellen „11 + 4“ und „18 + 2“. Im Sommer 1983 startet jeweils eine Integrationsklasse an drei verschiedenen Grundschulen.

Die wissenschaftliche Begleitung durch Professor Dr. Hans Wocken stellt nach vier Jahren fest, dass „nicht behinderte Kinder in Integrationsklassen genauso viel lernen und genauso gute

Schulleistungen erbringen wie Kinder in anderen Grundschulklassen.“ Außerdem profitieren besonders Kinder mit schweren Behinderungen von den vielfältigen Anregungen, die sie durch die nicht behinderten Kinder erfahren.

Die ersten positiven Ergebnisse führen zu einer Ausweitung des Schulversuchs:

Integrationsklassen in den Grundschulen

Jahr	Integrationsklassen	Grundschulstandorte
1983	3	3
1987	22	10
1993	71	20
2008	110	28

Parallel zu dieser beeindruckenden Entwicklung werden andere integrative Maßnahmen erprobt. Die Nachfrage nach Integrationsplätzen für lernbehinderte Schülerinnen und Schüler steigt. So genannte integrative Regelklassen werden eingerichtet. 1993 gibt es 147 integrative Regelklassen an 29 Grundschulstandorten.

Gesamtschulbewegung

Für die Eltern und Pädagogen der ersten beiden Integrationsklassen ist es bereits zu Beginn von Klasse 3 im Jahre 1985 ein gesetztes Ziel, dass ihre Kinder gemeinsam an eine weiterführende Schule übergehen können. Gesamtschulen werden angefragt, ein Arbeitskreis mit Grundschul- und Gesamtschuleltern, Grundschulpädagogen und Gesamtschullehrern gegründet, Verhandlungen werden mit der Schulbehörde geführt. 1987 steht das Konzept für die Weiterführung des Schulversuchs Integrationsklassen in Klasse fünf: 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse, eine Dreiviertelstelle Sozialpädagogen und eine



Birghild Böcker, ehem. Schulleiterin der GS Bergstedt, Schulrätin a.D.

halbe Stelle Sonderpädagogen. Dazu kommt die Forderung nach einem Gruppenraum wie in der Grundschule üblich, aber in der Sekundarstufe nur begrenzt vorhanden.

Die wissenschaftliche Begleitung wird in der Sekundarstufe von Professor Dr. Wilfried Schley übernommen. Jede Unterrichtsstunde ist doppelt besetzt, damit ergeben sich besondere Anforderungen an das Lehrerteam. Die Öffnung des Unterrichts zum Beispiel durch Wochenarbeitspläne mit Pflicht- und Wahlaufgaben muss realisiert werden, um den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen gerecht zu werden. Was sich in der Grundschule an offenen Unterrichtsformen bereits bewährt hat, muss in der Sekundarstufe noch einmal neu überdacht werden, was sehr aufwändig ist wegen der Fächervielfalt, der differenzierten Leistungsanforderungen und des lebenspraktischen Unterrichts nach Sonderschullehrplan.

So wie die Grundschulstandorte sich in jedem Jahr vergrößert haben, wächst auch die Anzahl an Integrationsklassen in den Gesamtschulen:

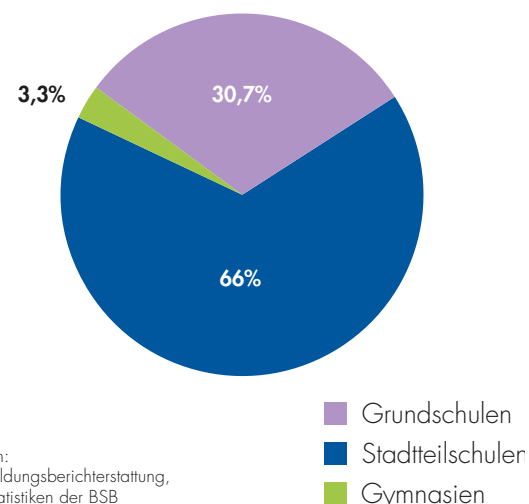
Integrationsklassen in den Gesamtschulen

Jahr	Integrationsklassen	Gesamtschulstandorte
1987	2	1
1993	55	12
2008	162	21

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Integrationsklassen sich in Hamburg stark ausgebreitet und an ihren einzelnen Standorten bewährt haben. Allerdings läuft nicht immer alles reibungslos. Es gibt hohe Bedarfe an Fortbildung, Supervision und Beratung. Die Anforderungen an Baumaßnahmen zur barrierefreien Beschulung weiten sich aus. Nur dem besonderen Engagement, der Zielstrebigkeit und Hartnäckigkeit von Eltern und Pädagogen ist das Gelingen zu verdanken.

Inklusion findet an Stadtteilschulen statt

Verteilung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf die allgemeinen Schulen im Schuljahr 2018/19



Inklusion

Im März 2009 unterzeichnet der Deutsche Bundestag die UN-Behindertenrechtskonvention. Im Artikel 24 gewährleisten die Vertragsstaaten der Vereinten Nationen ein „integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen“ und sie stellen sicher, „dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben...“ Damit wird ein Paradigmenwechsel von der Integration zur Inklusion eingeleitet.

In den kommenden Jahren wird von Seiten der Schulbehörde mehrfach umgesteuert. 2010 wird das Zweisäulenmodell von Stadtteilschulen und Gymnasien eingeführt und die verschiedenen Modelle integrativer Klassen laufen aus. Neue erste und fünfte Klassen werden nach einheitlichen Richtlinien organisiert. Der individuelle Anspruch der Kinder mit Behinderung soll nachvollziehbar werden, indem den verschiedenen Förderschwerpunkten die zusätzlichen Sonderpädagogikstunden in Form von Wochenarbeitszeiten

zugeordnet werden. Vermehrt werden Gutachten und Förderpläne erstellt. Besonders schwierig gestalten sich die systemische Zuordnung von Erzieher- und Sozialpädagogenstunden einerseits und der individuelle Anspruch auf individuelle Schulbegleitung andererseits. ReBBZ (Regionale Bildungs- und Beratungszentren) werden gegründet. Das Fortbildungsangebot für inklusiven Unterricht wird intensiviert und ausgeweitet. Es gründet sich eine Volksinitiative für „gute Inklusion“. Ende 2017 kommt es zur Einigung, indem die Bürgerschaft verbesserte Rahmenbedingungen für die Personalausweisung und die Unterrichtsentwicklung verabschiedet. Die große Umsteuerung hat sehr viel Kraft und Energie gekostet. So genannte Schwerpunktschulen oder „freie“ Schulwahl für flächendeckende Inklusion? Es bleibt noch viel zu tun, um für das „gemeinsame Leben und Lernen“ eine umfassende Akzeptanz herzustellen.

Zukunft der Inklusion

Für die GGG kann nur eine inklusive Schule eine gute Schule des gemeinsamen Lernens sein. In einer inklusiven Schule müssen alle Schülerinnen und Schüler dort abgeholt werden, wo sie stehen, und darin gefördert werden, ihre Potentiale zu entwickeln. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie eine Behinderung haben, mit besonderen Lernproblemen kämpfen oder hochbegabt sind. Eine Verengung des Inklusionsbegriffs auf Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf ist dabei nicht zielführend. In die Feststellungsdiagnostik für besondere Förderbedarfe sind in den letzten Jahren viele Ressourcen geflossen, die in der konkreten Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern sinnvoller eingesetzt werden könnten. Zusammen mit dem „Bündnis für schulische Inklusion“ wollen wir uns dafür einsetzen, dass die alten diagnostischen Feststellungsverfahren abgeschafft und neue Kriterien der Ressourcenzuteilung entwickelt werden, damit die Schulen ihre Aufgabe, eine inklusive Schule für alle zu sein, noch besser erfüllen können. ■

„Wie können wir das Bildungssystem in ein wirklich inklusives System umwandeln? Ich glaube, wir müssen nur eine einzige Kleinigkeit ändern, nur eine kleine Sache, nämlich alles.“

*Prof. Dr. Vernor Muñoz,
UN-Sonderberichterstatter
für das Menschenrecht
auf Bildung
von 2004 bis 2010*

50 Jahre GGG – Es begann in Hamburg

50 Jahre GGG – Anlass genug für einen Rückblick! Leichter gedacht als getan, denn bei der Suche nach alten Quellen und Dokumenten stießen wir oft auf Achselzucken; es war leider schon „alles entsorgt“. Besuche im Staatsarchiv und in zahlreichen Bibliotheken brachten uns bei der Spurensuche weiter, und Stück für Stück öffneten sich auch Kellersammlungen.

Gründung einer "Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e. V."

Am 24. Januar 1969 ist in Hamburg eine "Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e. V." gegründet worden.

Die Gesellschaft hat folgende Zielsetzungen:

Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Errichtung neuer und die Zusammenarbeit bestehender Gesamtschulen zu fördern.

Die Gesellschaft will insbesondere

- a) die Forschung in allen Fragen, die Gesamtschulen betreffen, anregen,
- b) die öffentliche Diskussion um die Gesamtschule fördern und versachlichen,
- c) Lehrer und künftige Lehrer mit allen Fragen der Gesamtschule vertraut machen und so zur Lehrerbildung beitragen,
- d) einen Ansatz bieten zur demokratischen Selbstverwaltung und zur Zusammenarbeit der Gesamtschulen in der Bundesrepublik Deutschland,
- e) durch die Ergebnisse ihrer Arbeit Gesetzgebern, Kultusverwaltungen und Schulträgern Vorschläge und Hilfe bei der Einrichtung und Organisation von Gesamtschulen geben.

Sitz der Gesellschaft ist Dortmund.

Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Oberstudiendirektor Dr. Horst Mastmann, Berlin, zum Vizepräsidenten Landesschulrat W. Neckel, Hamburg, und Magistratsoberschulrat Herbert Enderwitz, Frankfurt, gewählt.

Horst Mastmann

Und dann ein höchst erstaunliches Ergebnis: Der erste Kongress der GGG fand zwar 1969 in Dortmund statt, wo auch die Geschäftsstelle ihren Sitz hatte, gegründet wurde die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule jedoch am 24.01.1969 im Hamburger Curiohaus.

Der erste Bundesvorstand bestand aus Horst Mastmann (Berlin), Herbert Enderwitz (Frankfurt) und Wolfgang Neckel (Hamburg, Mitgliedsnummer 004). Die Geschäftsführung übernahm Herbert Frommberger (Dortmund).

Der Hamburger Landesverband der GGG wurde im Jahr 1974 gegründet. Bis dahin organisierte man sich im „Arbeitskreis Gesamtschulen“ in der GEW. In einer Handakte, die wir von Dirk Hagener erhielten, findet sich ein verblichenes Protokoll der Gründungsversammlung nebst dem Original der Anwesenheitsliste (DSGVO, leider). Sie fand am 31.01.1974 in der Gesamtschule Steilshoop statt. Zum Vorsitzenden wurde Lutz Trautmann gewählt (12/1/4); weitere Vorstandsmitglieder waren Marlies Greintzer, Gert Rauschnig und Jürgen Riekmann.

Die Hamburger Gesamtschulen und ihre GGG haben in den letzten Jahrzehnten Enormes auf die Beine gestellt. Einiges davon haben wir in diesem Heft darstellen können. Wir bedanken uns bei unseren Autorinnen und Autoren, ohne deren engagierte Beiträge (und ihrer Bereitschaft Kürzungen zu ertragen) dieses Unterfangen nicht hätte gelingen können. Unser Dank gilt auch Barbara Riekmann, Otfried Börner und Wolfram Bundesmann für ihre tolle Unterstützung bei der Endredaktion.

Wir hoffen, dass Vergnügen bei der Lektüre entsteht und wünschen allen, die gemeinsame Schule für alle noch zu erleben!

Das Redaktionsteam (Gerhard Lein, Andrea Runge, Uwe Timmermann, Anne Volkmann)

Impressum

Es begann in Hamburg –
50 Jahre GGG

Herausgeber

GGG Hamburg, Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Hohenhorner Weg 3, 21529
Kröppelshagen
Telefon: 0049 173 - 94 600 10
annaamonn@ggg-web.de
www.ggg-web.de

Redaktion

Gerhard Lein, Andrea Runge,
Uwe Timmermann, Anne Volkmann

Bildnachweis

Frederike Heim: S. 21
Fabian Hammerl: S. 3
MBS: S. 15, 18, 20
Privat: S.1, 3, 9, 14, 15, 17, 21, 22, 26,
34, 35, 38, 43, 44, 51, 54, 56, 58, 61,
63, 65
Andrea Runge: S. 6, 45
Ronald Sawatzki: S. 23
Stilla Seis: S. 40, 41, 60
STS Lurup: S.27,
GGG: S. 14, 23, 37, 45, 49, 62
Anne Volkmann: S. 13, 25, 35, 37, 39,
41, 54, 59, 62, 64
Michael Zapf: S. 54
Pixabay: UI-4, S. 6, 30, 34, 36, 44, 46
S. 68 Ausriss: Gesamtschule, Jahrgang
1969, S. 7

Wir bedanken uns bei Ronald Sawatzki für die Genehmigung zum Abdruck des Fotos von der Demonstration 2003.

Unser ganz besonderer Dank gilt Stilla Seis für die intensive Begleitung unseres Projekts und das Layout.

Copyright 2019

Bei GGG Hamburg und den Autoren.
Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der GGG Hamburg.

Gestaltung

Stilla Seis
stilladesign.de

Erschienen im November 2019

